

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl Wilhelm Fricke

Fluchthilfe als Widerstand im Kalten Krieg

Hubertus Knabe

Der lange Arm der SED

Einflußnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit  
auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland

Christian Bergmann

Totalitarismus und Sprache

Petra Gruner

Die Neulehrer: Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft

Klaus Polkehn

Die DDR und Palästina

B 38/99

17. September 1999

Karl Wilhelm Fricke, Dr. phil. h. c., geb. 1929; Publizist in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, 3. Aufl., Köln 1989; Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, 2. Aufl., Köln 1990; MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991; Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, 4. Aufl., Berlin 1997; (zus. mit Roger Engelmann) „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998.

Hubertus Knabe, Dr. phil., geb. 1959; wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Klaus Ehring (Pseud. des Verf.)/Martin Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982; (Hrsg.) Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989; Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999 (i. E.).

Christian Bergmann, Dr. phil. habil., geb. 1930; Studium der Germanistik und Geschichte; 1974 Habilitation an der Universität Leipzig; bis zur Emeritierung 1995 Professor für Germanistische Linguistik an der Technischen Universität Chemnitz.

Veröffentlichung u. a.: Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen 1999.

Petra Gruner, Dr. phil., geb. 1958; wiss. Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Erziehungskonzeptionen und ihre Umsetzung in den Schulen der SBZ und frühen DDR“ am Institut für Schulpädagogik der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Angepaßt oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989, Berlin–Neuwied 1990; Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft? Biographische Konstruktionen von Neulehrern in der SBZ/DDR zwischen individueller Erfahrung und gesellschaftlichem Deutungsanspruch, Diss., Humboldt-Universität zu Berlin 1998; (Hrsg. zus. mit A. Leschinsky/G. Kluchert) Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule – Allgemeines und der Fall DDR, Weinheim 1999.

Klaus Polkehn, Journalist, geb. 1931; 1968–1991 stellvertretender Chefredakteur der „Wochenpost“ in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Im Banne der Sahara, Leipzig 1969; Palästina. Reisen im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1986; Yad Vashem und Deir Yassin, in: Palästina – Sehnsucht und Machtpolitik, hrsg. von Martin Robbe, Berlin 1990; Krieg um Wasser. Der Jahrhundertkonflikt im Nahen Osten, Berlin 1992; Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Fluchthilfe als Widerstand im Kalten Krieg

## Anmerkungen zu einem ungeschriebenen Kapitel DDR-Widerstandsgeschichte

### I. Republikflucht und Fluchthilfe

Ein Staat wie die DDR, der seinen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Ausreise generell verweigert und das illegale Verlassen als „Republikflucht“ diskriminiert und kriminalisiert hat, handelte gewiß folgerichtig, wenn er Fluchthilfe aus politischen Gründen als Staatsverbrechen ahnden ließ. Umgekehrt war Fluchthilfe vor diesem politischen Hintergrund durchaus als eine legitime Form von Widerstand anzusehen.

Eine massenhafte Flucht- und Abwanderungsbewegung ist seit Gründung der DDR in Erscheinung getreten. In ihr manifestierte sich eine „Abstimmung mit den Füßen“. Sie hat so lange gedauert wie die Herrschaft der SED. Allein in den Jahren von 1949 bis 1961, von der Gründung des zweiten deutschen Staates bis zur Errichtung der Berliner Mauer, wechselten rund 2,7 Millionen Menschen ohne gesetzliche Genehmigung aus der DDR nach Westberlin oder in die Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>. In keinem Jahr des genannten Zeitraumes lag die Zahl der Menschen, die den ungeliebten Staat „illegal“ verließen, unter hunderttausend.

Für die Herrschenden in der DDR wurden daher die Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961 zur Ultima ratio. Sie erschienen ihnen als unumgängliche Alternative zur Eindämmung des Flucht- und Abwanderungsstromes; sie wollten damit ein Ausbluten der DDR unterbinden und ihrem Verfall als Staat entgegenwirken. Mit der Abriegelung aller bis dahin offenen Fluchtwege am 13. August war indes bei vielen Menschen im Staat der SED der Wille zur Flucht nicht gebrochen, sondern im Gegenteil herausgefordert, auch wenn die Republikflucht schwieriger und gefährlicher geworden

war. Fluchthilfe, und zwar organisierte, wurde so geradezu zwangsläufig provoziert.

In der Tat konnten Flucht und Abwanderung aus der DDR nach dem Bau der Berliner Mauer zwar deutlich gedrosselt, aber nie gänzlich unterbunden werden<sup>2</sup>. Die Zahl der Menschen, die in der Zeit zwischen dem 13. August 1961 und dem 9. November 1989 die DDR illegal verließen, belief sich immerhin noch auf knapp 95 000. Davon waren rund 40 000 sogenannte Sperrbrecher, die entweder über die seit 1952 abgeriegelte, zeitweilig sogar vermintete Demarkationslinie oder über den „antifaschistischen Schutzwall“ in Berlin geflüchtet waren, ferner über die „nasse Grenze“, das heißt durch die Elbe oder von der Ostseeküste aus. Ebenso wurde der Transitverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet zur Flucht genutzt. Mehrere Tausend Menschen gelang zudem die Flucht über Drittländer, vorwiegend über die damalige Tschechoslowakei oder über Ungarn, aber auch über Polen, Rumänien und Bulgarien, ferner über Skandinavien, speziell auf den nach Schweden führenden Fährlinien.

Zu den Flüchtlingen zählte die Staatssicherheit im übrigen die sogenannten „Verbleiber“ oder „Nicht-Rückkehrer“, das heißt solche DDR-Bürger, die eine legale Dienst- oder Privatreise zum Verbleib im Westen genutzt hatten, die nicht in den „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ zurückgekehrt waren. Der letzte Akt im Drama Republikflucht spielte im Spätsommer 1989, als es zu jenem Massenexodus kam, der nach Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze die Implosion des DDR-Sozialismus unaufhaltsam beschleunigen sollte.

Je riskanter eine Republikflucht wurde, desto näher lag der Gedanke an organisierte Fluchthilfe. Sie wurde im wesentlichen erst nach dem 13. August 1961 akut, nachdem durch Errichtung des von der SED so genannten antifaschistischen Schutzwalls alle Wege nach Westen blockiert bzw.

1 Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn-Berlin 1961, S. 15; vgl. dazu ferner Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 4, S. 386 ff.

2 Zu den folgenden Zahlen vgl. Bernd Eisenfeld, Fluchtbewegung, Stichwortartikel in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 200 ff.

unter Kontrolle genommen und unkontrollierte Reisen nach Westberlin unterbunden waren, zudem aber wenig Aussicht auf eine legale Ausreise aus der DDR bestand.

Für die Kriminalisierung der Republikflucht, die für den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, „Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes“<sup>3</sup> war, hatte das Regime schon vor dem Bau der Mauer gesorgt. In ihrer Sitzung vom 11. Dezember 1957 beschloß die Volkskammer erstens ein Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches<sup>4</sup> und zweitens ein Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes<sup>5</sup>. Beide Gesetze enthielten spezielle Bestimmungen zur strafrechtlichen Ahndung von Flucht- und Fluchthilfedelikten, die auf ihre Weise die Entschlossenheit des Regimes erkennen ließen, forciert gegen Republikflucht und Fluchthilfe vorzugehen.

Konkret wurde die Republikflucht durch das Änderungsgesetz zum Paßgesetz vom 15. September 1954 unter Strafe gestellt, indem ihm Paragraph 8 eingefügt wurde. Danach konnte mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden, „wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt oder betritt oder wer ihm vorgeschriebene Reiseziele, Reisewege oder Reisezeiten oder sonstige Beschränkungen der Reise oder des Aufenthalts hierbei nicht einhält“. Auch Vorbereitung und Versuch waren strafbar.

Infolgedessen kam es im Laufe der Zeit zu Zehntausenden von Verurteilungen – sei es wegen Fluchtvorbereitung oder Fluchtversuchs, sei es wegen Beihilfe, sei es wegen vollendeter Flucht in solchen Fällen, in denen sich ehemalige Flüchtlinge zu einer Reise nach Ostberlin oder in die DDR oder gar zur Rückkehr entschlossen hatten und so zur Rechenschaft gezogen werden konnten. „Allein wegen des Versuchs, ohne Genehmigung die DDR zu verlassen, kamen seit Ende der fünfziger Jahre jährlich zwischen 2 000 und 3 000 Menschen in Haft.“<sup>6</sup> Dennoch vermochte die strafrechtliche Ahndung von Fluchtdelikten den permanenten Exodus nicht zu stoppen. Die Zwangs-

maßnahmen vom 13. August 1961 waren aus der Sicht der Herrschenden unausweichlich geworden.

Unmittelbar davor und danach kulminierte die Strafrechtsprechung in zwei höchstinstanzlichen Urteilen vom 2. und 16. August 1961, in denen gegen fünf bzw. vier Angeklagte Zuchthausstrafen bis zu fünfzehn Jahren wegen „Spionage“ und „Menschenhandel“ ergingen<sup>7</sup>. Mit beiden als mehrtägige Schauprozesse inszenierten Verfahren vor dem Obersten Gericht bezweckte die Politbürokratie der SED nichts als eine propagandistische Rechtfertigung der Sperrmaßnahmen vom 13. August mit Hilfe der Justiz.

---

## II. Fluchthilfe nach dem 13. August 1961

---

Widerständiges Verhalten ist in der DDR primär stets aus der Politik des Regimes hervorgegangen. Daher war es nur logisch, daß sich nach dem 13. August 1961 Fluchthilfe als aktuelle Form politischen Widerstands entwickelte – zumal im geteilten Berlin, wo unzählige Familien durch die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ zerrissen waren.

Binnen kürzester Zeit fanden sich zumeist junge Menschen in Westberlin, häufig selbst „Republikflüchtige“, aber auch in Westberlin lebende Bundesbürger mit Gleichgesinnten im Osten zu Fluchthelfergruppen zusammen, die planmäßig Fluchthilfe organisierten und Tausende fluchtwilliger Menschen, Familienangehörige, Freunde und Kommilitonen, aus Ostberlin und der DDR aus schleusten – sei es mit gefälschten Pässen und durch Fluchttunnel, sei es im Transitverkehr in Fahrzeugen mit eingebauten Verstecken. Nichts blieb unversucht. Motiv ihres Handelns war die Solidarität mit den „Eingemauerten“ und der Protest gegen die Willkür der SED-Diktatur. Fluchthilfe war Widerstand – das Eintreten für die Wahrung oder Wiederherstellung des Rechts auf Freizügigkeit.

Es war kein Zufall, wenn sich gerade Studenten der Freien Universität, der Technischen Universität und anderer Hochschulen in Westberlin zu ersten Fluchthelfergruppen zusammenschlossen. Die vermutlich erste Organisation gründeten Detlef Girmann und Dieter Thieme, beide Studenten an der FU, die aufgrund ihres Engagements im Studentenwerk plötzlich mit der Situation mehre-

3 Walter Ulbricht, Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, zit. in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Band VI, (Ost-)Berlin 1961, S. 696 f.

4 Vgl. GBl. der DDR, 1957, Teil I, S. 643.

5 Vgl. ebd., S. 650.

6 Falco Werkentin, Zur Dimension politischer Inhaftierungen in der DDR 1949–1989, in: Klaus-Dieter Müller/Annegret Stephan (Hrsg.), Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998, S. 146.

7 Vgl. Urteil des Obersten Gerichts vom 2. August 1961, Aktenzeichen: 1 Zst (I) 2/61, und Urteil des Obersten Gerichts vom 16. August 1961, Aktenzeichen: 1 Zst (I) 3/61.

rer Hundert in Ostberlin lebender Kommilitonen konfrontiert waren, die bis dahin als „Grenzgänger“ in Westberlin studiert hatten. Ihnen sollte geholfen werden, nachdem ihnen die DDR-Behörden ein Weiterstudium im Westen verboten hatte. Die ersten Fluchthilfeaktionen wurden schon im August/September 1961 erfolgreich durchgeführt.

Allerdings sollte das ausgeklügelte Grenzkontroll- und Sicherungssystem der DDR alsbald auch zu Festnahmen von Flüchtlingen und Fluchthelfern führen, und die ersten Strafprozesse, die abschreckend wirken sollten, ließen nicht lange auf sich warten. Dabei wollten die Herrschenden in Ostberlin die Fluchthilfeaktionen natürlich nicht als spontane Reaktion auf ihr Grenzregime, sondern als Ausdruck einer durch die „Bonner und Westberliner Ultras“ entwickelten „politischen Offensive“ gegen die DDR verstanden wissen: „Die Hauptmethode dieser ‚Offensive‘ gegen die DDR sind gegenwärtig die Aktionen gegen das Hoheitsgebiet, die Grenze und die Grenzsicherungskräfte der DDR. Diese Aktionen verfolgen das unmittelbare Ziel, mit Waffen, Sprengstoffen und planmäßiger Unterwühlung den antifaschistischen Schutzwall in Berlin durchlässig zu machen, die Bürger der Hauptstadt der DDR zu terrorisieren und Verwirrung und Unruhe zu stiften.“ Diese Sätze finden sich in einem Urteil des Obersten Gerichts vom 4. Juli 1962, mit dem die fünf Angeklagten Gottfried Steglich, Carsten Mohr und Klaus-Peter Skrzypczak, Studenten aus Westberlin, sowie Walter Bleschinski und Wolfgang Richter aus Ostberlin, die mit der „Girmann-Organisation“ beim Bau eines Fluchttunnels zusammengearbeitet hatten, zu Zuchthausstrafen zwischen fünf und 15 Jahren verurteilt wurden<sup>8</sup>.

Es war das erste Urteil des Obersten Gerichts gegen Fluchthelfer. Erstmals wurde darin die von Detlef Girmann aufgebaute Fluchthelfergruppe massiv attackiert: „Sie beschäftigt sich mit der planmäßigen Organisierung von Grenzverletzungen, der Unterminierung der Staatsgrenze der DDR durch von Westberlin vorgetriebene Tunnel, der Fälschung falscher Pässe zur Täuschung der Grenzsicherungsorgane der DDR, mit organisiertem Menschenhandel und seit einigen Monaten mit der Vorbereitung gewaltsamer Grenzdurchbrüche unter Anwendung von Waffengewalt, Sprengstoffen und unter dem Feuerschutz von Agentengruppen und von Angehörigen der Westberliner Polizei.“ Ungeachtet der polemisch zugespitzten Übertreibungen – „gewaltsame Grenzdurchbrüche“ unter Einsatz von Waffen und Sprengstoff waren keineswegs geplant – entsprach

die Schilderung der Fluchthilfe annähernd der Realität.

Dem ersten Fluchthelfer-Prozeß vor dem Obersten Gericht folgte ein zweiter: Am 3. September 1962 verurteilte der 1. Strafsenat nach mehrtägiger „öffentlichkeitswirksamer“ Verhandlung die Fluchthelfer Heinz Fink und Horst Sterzik zu lebenslangem Zuchthaus. Die aus Westberlin stammenden Mitangeklagten Dieter Gengelbach, Wolf-Dieter Sternheimer und Hartmut Stachowitz erhielten insgesamt 25 Jahre Zuchthaus. Die Anklage hatte auf „Spionage“ und „staatsgefährdende Gewaltakte“ gelautet.

Den strafpolitisch präjudizierenden Urteilen folgten in den sechziger und siebziger Jahren Hunderte von Verurteilungen von nun als „Kopffjäger“ und „Menschenhändler“ diffamierten Fluchthelfern – gnadenlose Verurteilungen, die sich juristisch vorerst noch auf die Paragraphen 17 und 21 des Strafrechtsergänzungsgesetzes gründeten. Paragraph 17 stellte „staatsgefährdende Gewaltakte“, Paragraph 21 „Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik“ unter Strafe.

Die nach dem Bau der Berliner Mauer alsbald vielfältigen Versuche, die Grenzsperrungen zu durchbrechen, häufig durch Beschädigung von Sperranlagen, zum Beispiel durch Zerschneiden von Stacheldrahtsperrungen, wurden von der Strafjustiz nun als „Grenzprovokationen“ und „Grenzdurchbrüche“ qualifiziert und als „staatsgefährdende Gewaltakte“ geahndet. Demgegenüber wurden Fluchthelfer, die jemandem zur Flucht aus der DDR verholfen hatten, absurderweise wegen „Verleitung zum Verlassen der Republik“ zur Rechenschaft gezogen.

Hunderte Fluchthelfer aus Ost und West, unter ihnen viele Studenten, sind in den sechziger Jahren für ihre uneigennützigere Hilfsbereitschaft in die Zuchthäuser der DDR gegangen. Der folgende, durchaus typische Fall des damaligen FU-Studenten Manfred Görlach mag das beispielhaft illustrieren<sup>9</sup>. Da er als Inhaber eines bundesdeutschen Personalausweises damals problemlos von West nach Ostberlin fahren durfte, hatte Görlach als Kurier daran mitgewirkt, zwei Kommilitoninnen aus Ost- nach Westberlin auszuschleusen. In Vorbereitung einer dritten Schleusung mit Hilfe eines schwedischen Passes wurde er am 13. Dezember 1961 in Ostberlin festgenommen. Aufgrund einer Denunziation, die durch einen fehlgeleiteten Brief möglich geworden war, hatte ihm die Staatssicherheit eine Falle stellen können.

<sup>8</sup> Urteil des Obersten Gerichts vom 4. Juli 1962, Aktenzeichen: 1 Zst (I) 2/62.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Manfred Görlach, *Eingemauert. Erinnerungen an Potsdam und Brandenburg 1961–1964*, Erfstadt – Liblar 1991 (Privatdruck).

Nach vier Monaten Untersuchungshaft wurde der 25jährige Manfred Görlach vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Potsdam am 21. März 1962 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt – „wegen fortgesetzter Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik“. Sein solidarisches Handeln büßte er mit zweidreiviertel Jahren seiner Freiheit. Am 25. August 1964 wurde er aus dem Strafvollzug in Brandenburg-Görden entlassen – dank Freikauf durch die Bundesregierung.

Zu welch politisch motivierten, juristisch selbst nach DDR-Recht unsinnigen Fehlentscheidungen die Justiz in diesem Kontext fähig war, machte das Urteil gegen den Fluchthelfer Harry Seidel anschaulich. Der damals 24jährige Elektromonteur wurde am 29. Dezember 1962 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt<sup>10</sup>. Gemeinsam mit anderen Fluchthelfern hatte er in mehreren Schleusungen durch einen selbstgegrabenen Tunnel etwa 20 Flüchtlingen zur Flucht nach Westberlin verholfen, geriet aber am 14. November 1962 bei einer abermaligen Aktion in einen Hinterhalt. Seidel wurde überwältigt und sechs Wochen später vom 1. Strafsenat des Obersten Gericht abgeurteilt. Es gründete seine Entscheidung jedoch nicht nur, wie in vergleichbaren Strafverfahren zuvor, auf die Paragraphen 17 und 21 des Strafrechtsergänzungsgesetzes, sondern zusätzlich auf Paragraph 6 des Gesetzes zum Schutze des Friedens, ein Gesetz vom 15. Dezember 1950, das im Grunde stets nur propagandistischen Zwecken zu dienen hatte, aber kaum angewandt wurde.

Im Fall Harry Seidel wurde die Anwendung damit begründet, daß der Angeklagte „nicht nur diesen Staat (die DDR, d. V.) schmähdlich verraten, sondern aus einer bewußten Feindschaft gegen die sozialistische Entwicklung in der DDR schwerste Verbrechen gegen den Frieden und das deutsche Volk begangen“ hätte. „In voller Kenntnis dessen, daß seine Handlungen jederzeit einen, in seinen Folgen kaum übersehbaren, bewaffneten Konflikt an der Staatsgrenze der DDR auslösen konnten, hat er seine Verbrechen mit ständig steigender Intensität durchgeführt, um der Arbeiter-und-Bauern-Macht schwersten Schaden zuzufügen.“ Was das Oberste Gericht als Präzedenzfall verstanden wissen wollte, blieb allerdings ein Einzelfall. Augenscheinlich ist das Friedensschutzgesetz bei Grenzdurchbrüchen später nicht mehr angewandt worden. Zu unglaublich war die Gleichsetzung von Fluchthilfeaktionen mit „friedensgefährden-

den Aggressionshandlungen“. Harry Seidel konnte am 13. September 1966 durch die Bonner Regierung freigekauft werden.

Als die Gefahren für Fluchthelfer unkalkulierbar geworden waren, verlagerten sie ihre Aktionen in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren auf andere, für DDR-Bürger zugängliche sozialistische Länder – und sie organisierten sich professionell. Einschlägige Fluchthilfeorganisationen der sechziger Jahre sind vor allem mit den Namen Wolfgang Fuchs, Hasso Herschel, Wolfgang Loeffler, Horst Dawid, Albert Schütz und Karl-Heinz Bley verbunden – um die wichtigsten, besonders erfolgreichen Gruppen zu nennen. Nach einem MfS-Bericht schleusten sie allein zwischen 1964 und 1969 über Ungarn, Bulgarien, die CSSR und Jugoslawien 330 DDR-Bürger aus<sup>11</sup>.

Getreu ihrer Philosophie, uneigennützig zu arbeiten, stand die Girmann-Organisation nach gut zweieinhalb Jahren, in denen sie mehr als 900 Menschen zur Flucht nach Westen verholfen hatte, vor der Alternative, entweder Fluchthilfe kommerziell und professionell zu organisieren oder sich zurückzuziehen. Die Mitglieder entschieden sich Ende 1963 für den Ausstieg<sup>12</sup>. Risiko und Aufwand waren ihr zu hoch geworden.

---

### III. Spezielles Strafrecht gegen Fluchthilfe

---

Angesichts einer mehr als fragwürdigen Strafrechtsprechung, wonach Fluchthilfe als „Verleitung zum Verlassen der Republik“ geahndet wurde, lag es für die Herrschenden nahe, die in diesem Kontext entwickelten Grundsätze in die Neukodifizierung des DDR-Strafrechts einfließen zu lassen. So wurde im Strafgesetzbuch<sup>13</sup> vom 12. Januar 1968 in Paragraph 105 ein Tatbestand normiert, der die aktive Hilfe bei Republikflucht als „staatsfeindlichen Menschenhandel“ unter Strafe stellte. Wer es danach unternommen haben sollte, Bürger aus der DDR in Gebiete außerhalb ihres Staates „abzuwerben, zu verschleppen, aus-

11 Vgl. Monika Tantzsch, Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, Analysen und Berichte, BStU-Schriftenreihe B, Berlin 1998, S. 8 (BStU = Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR).

12 Vgl. Wolfgang Kockrow, Geschichte der Fluchthilfe (unveröffentlichtes Manuskript), S. 52. Für Einsichtnahme in das Manuskript dankt der Autor Wolfgang Kockrow.

13 Vgl. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968, GBl. der DDR, 1968, Teil I, S. 1.

10 Urteil des Obersten Gerichts vom 29. Dezember 1962, Aktenzeichen: 1 Zst (I) 4/62. Vgl. dazu Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1990<sup>2</sup>, S. 490 ff.

zuschleusen oder deren Rückkehr zu verhindern“ mit dem Ziel, „die Deutsche Demokratische Republik zu schädigen“, oder „in Zusammenhang mit Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen, die einen Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik führen, oder mit Wirtschaftsunternehmen oder deren Vertretern“, der machte sich nach Paragraph 105 des „staatsfeindlichen Menschenhandels“ schuldig. Die Mindeststrafe belief sich auf zwei Jahre Freiheitsentzug. Das Delikt der Flucht selbst wurde in seinen verschiedenen Begehungsformen in Paragraph 213 des Strafgesetzbuches als „ungesetzlicher Grenzübertritt“ unter Strafe gestellt.

Natürlich war der Begriff des „staatsfeindlichen Menschenhandels“ von der Realität weit entfernt, denn die durch Paragraph 105 definierte Straftat hatte mit Menschenhandel nach herkömmlichem Strafrechtsverständnis überhaupt nichts zu tun. Kein DDR-Bürger wurde gegen seinen Willen oder unter arglistiger Täuschung aus „seinem Staat“ verbracht und zum Gegenstand von Menschenhandel gemacht. Fluchthilfe nahmen seit dem 13. August 1961 stets nur Bürger der DDR in Anspruch, die ihren Staat illegal verlassen wollten, weil ihnen legal die Möglichkeit dazu nicht gewährt wurde. Insoweit beruhte der Tatbestand des „staatsfeindlichen Menschenhandels“ auf einer Fiktion.

Gleichwohl hat dieser Umstand die Gerichte der DDR von einer unerbittlichen Handhabung der in Paragraph 105 enthaltenen Strafbestimmung nicht abgehalten. Hohe und höchste Freiheitsstrafen wurden aus Gründen der Abschreckung daraus abgeleitet. Bezeichnenderweise wurden Fluchthelfer-Prozesse nur selten als Schauprozesse ausgestaltet, allenfalls in Pilotverfahren; in den Folgeprozessen blieb die Öffentlichkeit stets ausgeschlossen. Offenbar sollte nicht publik werden, auf welchen Wegen fluchtwillige DDR-Bürger dem Regime hatten entkommen wollen oder wie ihnen Fluchthilfe zuteil geworden war. Zur Illustration ein Fallbeispiel aus den siebziger Jahren.

Am 9. April 1976 wurde der 20jährige FU-Student Matthias Bath aus Westberlin am Grenzkontrollpunkt Marienborn festgenommen, weil er in seinem Pkw ein junges Ehepaar aus der DDR mit Kind in die Bundesrepublik hatte „schleusen“ wollen. Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder, dem der Angeklagte trotz Zuständigkeit der Ostberliner Gerichtsbarkeit aus politischen Gründen überantwortet worden war und das unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte, erkannte am 6. September 1976 nach Paragraph 105 des Strafgesetzbuches auf fünf Jahre Freiheitsstrafe. An der politischen Argumentation in der Urteilsbegründung hatte sich nichts geändert: „Nach dem Ergebnis

der Beweisaufnahme hat sich der Angeklagte des verbrecherischen Unternehmens des staatsfeindlichen Menschenhandels nach Paragraph 105 Ziffer 2 StGB schuldig gemacht, indem er sich bewußt in eine Gruppe, die einen Kampf gegen die DDR führt, eingliederte und in deren Auftrag Bürger der DDR in die BRD auszuschleusen versuchte. Die Schwere des Verbrechens des Angeklagten wird bestimmt durch die Gefährlichkeit des staatsfeindlichen Menschenhandels als eines schwerwiegenden Angriffs auf die Souveränitätsrechte der Deutschen Demokratischen Republik, die Sicherheit ihrer Staatsgrenzen und die Interessen der sozialistischen Gesellschaft. Die Tatsache, daß der Angeklagte die von der DDR auf der Grundlage des Transitabkommens zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD gewährten Reise- und Kontrollerleichterungen skrupellos für sein Vorhaben mißbrauchte, ist strätfaterschwerend zu beurteilen.“<sup>14</sup>

Trotz solcher unverhältnismäßig hohen Strafen sollte die in Paragraph 105 enthaltene Bestimmung zwecks größerer Abschreckung sogar noch verschärft werden. Denn das zweite Strafrechtsänderungsgesetz<sup>15</sup> vom 7. April 1977 sah u. a. „für besonders schwere Fälle“ speziell von Fluchthilfe – spricht: „staatsfeindlichem Menschenhandel“ – als Höchststrafe lebenslange Freiheitsstrafe vor. In der ursprünglichen Fassung war keine Höchststrafe festgelegt worden.

Das Regime reagierte damit auf die Zunahme von Fluchthilfeaktionen nach Inkrafttreten des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 über den zivilen Personen- und Güterverkehr zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet. Durch dieses Abkommen wurden die Kontrollen im Transitverkehr auf ein Minimum beschränkt und vereinfacht. Fluchthilfeorganisationen machten sich das sofort zunutze – mit dem vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) schon 1973 festgestellten Ergebnis, „daß der staatsfeindliche Menschenhandel gegenwärtig eine der hauptsächlichsten Methoden der Feindtätigkeit darstellt und dabei zielgerichtet und systematisch die im Ergebnis der Entspannungstendenzen in Europa getroffenen vertraglichen Regelungen wie das Transitabkommen und die Reise- und Besuchervereinbarung sowie der grenzüberschreitende Reise-, Touristen- und Transitverkehr aus und nach sozialistischen Staaten mißbräuchlich ausgenutzt werden“<sup>16</sup>.

14 Urteil des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder vom 6. September 1976, Aktenzeichen: I A BS 27/76 – 211 – 50 – 76. Vgl. Matthias Bath, 1197 Tage als Fluchthelfer in DDR-Haft, Berlin 1987.

15 Vgl. GBl. der DDR, 1977, Teil I, S. 100.

16 Ebd., S. 11.

Die verstärkten Fluchthilfeaktionen nach Inkrafttreten des Transitabkommens lassen sich auch an Zahlen ablesen, die das MfS ermittelt hat. Von 3 295 Ausschleusungen in den Jahren 1972 bis 1988 entfielen 953 allein auf das Jahr 1973 – für Erich Mielke ein Alarmsignal. Die Folge war eine Intensivierung „operativer Maßnahmen“ gegen Fluchthelferorganisationen, die nicht ohne Wirkung blieb: In dem genannten Zeitraum konnten immerhin 2 748 Ausschleusungen verhindert werden<sup>17</sup>.

#### IV. Fluchthelfer im Stasi-Visier

Die politische Dimension von Republikflucht und Fluchthilfe trat nicht nur aus den einschlägigen Strafnormen und Strafurteilen, sondern auch aus Befehlen, Dienstanweisungen und anderen internen Bestimmungen des MfS hervor. Selbstverständlich hatte sich die Staatssicherheit schon vor Errichtung der Berliner Mauer der Problematik Flucht angenommen. „Einschätzung der Gründe der Republikflucht und Maßnahmen zur Bekämpfung“<sup>18</sup> lautete zum Beispiel Punkt 2 der Tagesordnung einer Beratung des Kollegiums des MfS am 28. Januar 1958. Vierzehn hochrangige Generäle und Offiziere der Staatssicherheit, darunter Erich Mielke und Markus Wolf, offenbarten ihre ganze Ratlosigkeit.

„Genosse Minister Mielke wies darauf hin“, so stand hernach im Protokoll zu lesen, daß „zum Teil eine falsche Einstellung besteht bei unseren Genossen gegen die Republikflucht. Wir müssen die Republikflucht richtig beurteilen, damit die Partei eine große Kampagne dagegen entfalten kann und für die operative Arbeit des MfS richtige Maßnahmen festgelegt werden.“ Zugleich hob der Stasi-Chef das Problem ins politisch Grundsätzliche: „Die Republikflucht ist in erster Linie eine Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Diese Auseinandersetzung bringt auch gewisse Schwierigkeiten, die nicht umgangen werden können. Schwierigkeiten gibt es sogar auch in der Beziehung, daß unsere Mitarbeiter die Arbeit gegen die Republikflucht nicht richtig organisieren. Die Mitarbeiter sehen nicht, daß die Republikflucht zu dem Plan des Feindes gehört, die DDR aufzuweichen, zu schädigen.“ Selbst der Gedanke, „evtl. Grenzen (zu) schließen“<sup>19</sup>, wurde von Mielke damals bereits

erwogen – gut dreieinhalb Jahre vor dem 13. August 1961.

Im MfS waren für die Bekämpfung von Republikflucht und Fluchthilfe in den ausgehenden fünfziger und sechziger Jahren in der Hauptsache die Dienststellen der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) und der Hauptabteilung V bzw. XX (Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit) zuständig. 1970 übernahm die neu gebildete Hauptabteilung VI (Paßkontrolle/Sicherung der Touristik) die Koordinierung in der „operativen Abwehr“ von Fluchthilfedelikten, bis 1975 in Gestalt der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) eigens eine Struktureinheit zur „Vorbeugung, Bekämpfung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels“<sup>20</sup> geschaffen wurde<sup>21</sup>. Ihre Kompetenzen, die in den Folgejahren erheblich ausgeweitet wurden, erstreckten sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch auf die Bekämpfung „rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen“<sup>22</sup>, das heißt, sie umfaßte auch die Unterdrückung der Ausreisebewegung.

Indizien dafür, für wie existentiell notwendig das MfS die Auseinandersetzung mit der Flucht- und Fluchthilfeproblematik gehalten hat, lieferten neun Stasi-Generale und Obristen mit einer sogenannten Kollektiv-Dissertation, die 1975 an der Juristischen Hochschule Potsdam zu folgendem Thema erarbeitet wurde: „Organisierung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels.“<sup>23</sup>

20 Befehl Nr. 1/75 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, in: Hans-Hermann Lochen/Christian Meyer-Seitz (Hrsg.), Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992, S. 173 ff.

21 Näheres dazu bei M. Tantzsch (Anm. 11), S. 20 ff.

22 Befehl Nr. 6/77 des Ministers für Staatssicherheit vom 18. März 1977 zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie zur Unterbindung dieser rechtswidrigen Versuche, in: H.-H. Lochen/C. Meyer-Seitz (Anm. 20), S. 23; vgl. ferner die Dienstanweisung Nr. 2/83 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen vom 13. Oktober 1983, in: ebd., S. 89 ff.

23 Manfred Hummitzsch/Heinz Fiedler/Rolf Fister/Manfred Gruska/Heinz Roth/Gerhard Teichmann/Peter Winkler/Lutz Beckert/Werner Paulsen, Organisierung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen

17 Vgl. ebd., S. 77.

18 Protokoll der Kollegiumssitzung am 28. Januar 1958, BStU, Zentralarchiv SdM 1554, Bl. 1.

19 Ebd., Bl. 14f.



Selbst 1987, zwei Jahre vor der Implosion des DDR-Sozialismus, wurde noch eine zweite einschlägige Kollektiv-Dissertation vorgelegt: „Kampftraditionen und Erfahrungen des MfS aus der politisch-operativen Tätigkeit gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel, andere Formen des organisierten Verlassens der DDR und Schlußfolgerungen für die aktuelle und perspektivische Arbeit.“<sup>24</sup> Wenn auch derlei Machwerke ohne wissenschaftlichen Erkenntniswert waren, so stellen sie doch signifikante Belege dafür dar, wie die Staatssicherheit von der Flucht- und Fluchthilfe-problematik herausgefordert war. Die Zielrichtung ihrer Bemühungen zeigt folgendes Zitat aus einer Dissertation aus dem Jahre 1975:

„Die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist darauf auszurichten, ihre Wirkungsmöglichkeiten systematisch einzuengen und zu verschließen, sie zu verunsichern, zu desinformieren und zu zersetzen, sie in Widersprüche untereinander, zu ihren Auftraggebern und ihrer Umwelt zu bringen, ihnen damit die Fortsetzung ihrer verbrecherischen Tätigkeit zunehmend zu erschweren und letztendlich ihre Liquidierung zu erreichen.“<sup>25</sup>

## V. Fluchthelfer oder Menschenhändler?

Fluchthilfe war als Widerstand im Kalten Krieg allerdings zunehmend differenziert zu bewerten, seitdem ab Mitte der sechziger Jahre kommerzielle Fluchthilfeunternehmen entstanden, die fluchtwilligen DDR-Bürgern den Weg in den Westen gegen zum Teil erhebliche Honorare öffneten. Beträge zwischen 5 000 und 20 000 DM waren keine Seltenheit. In einzelnen Fällen kamen sie auch auf das Doppelte bis Dreifache. Hier wurden Profite gemacht, die sich aus humanitären Gründen nicht rechtfertigen ließen.

Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, Diss. A/B der Juristischen Hochschule, Potsdam 1975, S. 168.

<sup>24</sup> Gerd Held/Steffen Geithner/Wolfgang Thieme/Lutz Reicherdt, Kampftraditionen und Erfahrungen des MfS aus der politisch-operativen Tätigkeit gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel, andere Formen des organisierten Verlassens der DDR und Schlußfolgerungen für die aktuelle und perspektivische Arbeit, Diss. A der Juristischen Hochschule, Potsdam 1987.

<sup>25</sup> Zit. in: Daniela Beutler/Werner König, Geheime Lizenz zum Töten. Liquidierung von Feinden durch das Ministerium für Staatssicherheit, in: Lothar Mertens/Dieter Voigt, Opfer und Täter im SED-Staat, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 58, Berlin 1998, S. 85.

Fluchthilfeverträge waren gleichwohl nicht sittenwidrig, sondern rechtsgültig, woran auch die relative Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren nichts änderte. In drei Entscheidungen des 3. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes über die Einklagbarkeit von Fluchthilfe-Verträgen vom 29. September 1977 ist das ausführlich begründet worden: „Ein Deutscher, der aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland oder nach Berlin (West) übersiedelt, verstößt daher nicht gegen die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze und Wertvorstellungen, sondern macht von seiner ihm durch das GG (= Grundgesetz) gewährleisteten Freizügigkeit Gebrauch. Er handelt nicht sittenwidrig. Für den, der ihm beim Verlassen der DDR und bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland oder nach Berlin (West) hilft, kann im Grundsatz nichts anderes gelten. Die Gewährung von Fluchthilfe verstößt daher als solche nicht gegen die guten Sitten, ebensowenig die Verpflichtung zu solcher Hilfe.“ Und auch nachstehenden lapidaren Satz prägte der BGH: „Die Gewährung von Fluchthilfe und die Verpflichtung dazu ist auch nicht deshalb sittenwidrig, weil die Gesetze der DDR sie verbieten.“<sup>26</sup>

Die Übergänge zwischen ideeller und professioneller Fluchthilfe waren fließend. Die berufsmäßig betriebene Fluchthilfe schloß bei den hier tätigen Fluchthelfern politische Motive keineswegs aus. Ungeachtet dessen haben einige gewerbsmäßige Fluchthilfeorganisationen aus der Situation fluchtwilliger Menschen in der DDR durchaus ein einträgliches Geschäft gemacht. Allerdings ist vor allzu voreiliger Verurteilung zu warnen. Nachdem die DDR ihr Grenzkontroll- und Sicherungssystem seit den sechziger Jahren systematisch ausgebaut und verbessert hat, erforderte die planmäßige Organisation von Fluchthilfe immer höhere finanzielle Aufwendungen.

Zu bedenken ist ferner das hohe Risiko, daß Fluchthelfergruppen eingegangen sind, wenn sie ihre Aktionen auf dem Hoheitsgebiet der DDR angebahnt oder durchgeführt haben. Wolfgang Kockrow beziffert die Zahl der Fluchthelfer, die aufgrund fehlgeschlagener Fluchthilfeunternehmen zwischen 1961 und 1988 in der DDR verhaftet und verurteilt wurden, auf 800 Personen, darunter auch viele Ausländer<sup>27</sup>. Sie fielen der Staatssicherheit als Fahrer, Kuriere und Schleuser in die Hände, weil Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in ihre Organisationen hatten eindringen und sie verraten können.

<sup>26</sup> BGH, Urteil vom 29. 9. 1977 – III ZR 164/75 –, zit. in: Recht in Ost und West, 22 (1978) 1, S. 34.

<sup>27</sup> Vgl. W. Kockrow (Anm. 12), S. 131.

Ein Schulbeispiel dafür liefert der Fall Rainer Schubert. Der in Westberlin ansässige Journalist war als Fluchthelfer für die Schweizer Organisation „Aramco AG“ tätig, ehe er sich verselbständigte. Insgesamt konnte man 98 ausreisewilligen DDR-Bürgern zur Flucht verhelfen – zumeist durch Schleusungen mit falschen Pässen im Transitverkehr. Als einer seiner Mitstreiter auf der Transitstrecke nach Berlin festgenommen worden war, erkannte das MfS Schuberts Rolle im Fluchthelfermilieu. Am Abend des 8. Januar 1975 wurde er von einem Ostberliner Bekannten, der vom MfS zur inoffiziellen Zusammenarbeit genötigt worden war, auf Weisung des Führungsoffiziers unter dem Vorwand, eine Fluchthilfeaktion zu besprechen, zu einem Treffen nach Ostberlin gelockt. In einem Fußgängertunnel am Alexanderplatz wurde der Fluchthelfer wie geplant von einer operativen Gruppe des MfS erwartet und festgenommen<sup>28</sup>.

Das Stadtgericht (Ost-)Berlin verurteilte Rainer Schubert am 26. Januar 1976 – nach einem Jahr Untersuchungshaft – „in teilweise nichtöffentlicher Hauptverhandlung ... wegen staatsfeindlichen Menschenhandels, teilweise in Tateinheit mit Sabotage im besonders schweren Fall, mehrfacher Spionage, mehrfachen ungesetzlichen Grenzübertretts im schweren Fall ... sowie mehrfacher Urkundenfälschung und wegen Terrors und staatsfeindlicher Hetze“ zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe<sup>29</sup>, von denen er knapp neun Jahre in Berlin-Hohenschönhausen und Bautzen II bis zu seinem Freikauf am 14. Oktober 1983 zu verbüßen hatte.

Fluchthelfer haben, was kaum mehr in Erinnerung ist, nicht nur ihre Freiheit, sondern auch ihr Leben riskiert. Einer der ersten, der bei einer Schleusungsaktion von DDR-Grenzsoldaten erschossen wurde, war Heinz Jercha. Er wurde am 27. März 1962 bei dem Versuch, Flüchtlinge durch einen Tunnel nach Berlin-Neukölln, Heidelberger Straße, zu schleusen, entdeckt und angeschossen<sup>30</sup>. Er erlag seinen Verletzungen in Westberlin.

Ungeklärt blieb bis in die Gegenwart der Mordfall Hans Ulrich Lenzlinger. Der umstrittene Chef der Fluchthilfeorganisation „Aramco-AG“ wurde im Februar 1979 in seiner Villa in Zürich erschossen. Der naheliegende Verdacht, Stasi-Agenten könn-

ten die Hände im tödlichen Spiel gehabt haben, wurde nicht bewiesen. Ähnliches gilt für den Mordanschlag auf Kay Mierendorf. Der langjährige Chef einer Fluchthelferorganisation, der über 100 DDR-Bewohnern zur Flucht nach Westdeutschland verhalf, sollte am 9. Februar 1982 durch eine offenbar technisch perfekte Briefbombe in Bad Tölz getötet werden. Er verlor mehrere Finger einer Hand und trug weitere Verletzungen davon, kam aber mit dem Leben davon<sup>31</sup>. Auch hier ist der dringende Verdacht eines Stasi-Attentats bis heute nicht ausgeräumt, freilich auch nicht bewiesen.

Demgegenüber ist der an Wolfgang Welsch versuchte Mord durch die Staatssicherheit in vollem Umfang bewiesen: Der Fluchthelfer, Schauspieler und Autor, 1964 in der DDR aus politischen Gründen verhaftet und zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, 1971 freigekauft, organisierte Fluchthilfeaktionen. Die Staatssicherheit plante im Rahmen der „Operation Skorpion“ mehrere Mordanschläge – der dritte konnte unter Einsatz des IM „Alfons“ durch Vergiftung von Speisen mit Thallium, einem langsam wirkenden Gift, fast bis zum letalen Ende realisiert werden<sup>32</sup>. Nur ärztliche Kunst bewahrte das Opfer vor einem qualvollen Tod.

Die gewerbsmäßige Fluchthilfe bedarf, das wurde bereits angedeutet, einer kritisch differenzierenden Betrachtung. Nicht zu übersehen sind dabei Fluchthelferorganisationen, die jenseits von politischer Motivation nur aus finanziellem Kalkül tätig geworden sind – auch wenn sich ihr Handeln „objektiv“ gegen die politischen Interessen des Regimes gerichtet hat. Soweit dagegen Fluchthelfer als bewußte Gegner der Diktatur in der DDR aus der Überzeugung heraus gehandelt haben, Menschen im Staat der SED zu dem Recht zu verhelfen, über sich und die Gestaltung ihres Lebens selbst zu bestimmen, kann und muß „die organisierte Fluchthilfe als Form des Widerstands nach dem 13. August 1961“<sup>33</sup> angesehen werden. Allein eine historische Aufarbeitung der Fluchthilfe in allen ihren Varianten, die an konkreten Biographien festzumachen ist, wird die Scheidelinie deutlich machen, jenseits derer Fluchthelfer, gewerbsmäßige zumal, den Widerständlern in der DDR nicht zuzurechnen sind.

28 Vgl. Matthias Bath, Die Fluchthelfer Rainer Schubert und Hartmut Richter, in: Silke Klewin/Kirsten Wenzel, Wege nach Bautzen II. Biographische und autobiographische Porträts, Dresden 1998, S. 113 ff.

29 Vgl. Urteil des Stadtgerichts von Groß-Berlin vom 26. Januar 1976, Aktenzeichen: 101 a BS 80,75 / 211 – 153 – 75. Zur Entführung vgl. auch Urteil der 22. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 13. Mai 1993, Aktenzeichen: (502) 76/6 P Js 214/84 KLs (34/92).

30 Vgl. Werner Filmer/Heribert Schwan, Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1991, S. 96.

31 Vgl. Friedrich W. Schlomann, Die Maulwürfe. Noch sind sie unter uns, die Helfer der Stasi im Westen, München 1993, S. 55.

32 Vgl. D. Beutler/W. König (Anm. 25), S. 84; ferner Wolfgang Welsch, Operation Skorpion (Exposé).

33 Karl Wilhelm Fricke, Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 9, Köln-Weimar-Wien 1999, S. 29.

## Der lange Arm der SED

### Einflußnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland

#### I. Einleitung

Politischer Protest in der alten Bundesrepublik ist seit Anfang der siebziger Jahre zu einem Standardthema politikwissenschaftlicher Forschungen avanciert. Wenig Aufmerksamkeit fand dabei bislang die Frage nach externer Einflußnahme auf westdeutsche Protestbewegungen.

Trotz Öffnung der ostdeutschen Archive liegen auch zehn Jahre nach dem Untergang der SED-Herrschaft über die kommunistischen Unterwanderungs- und Beeinflussungsversuche gegenüber politischen Protestbewegungen in der Bundesrepublik neben einschlägigen Dokumentationen des Verfassungsschutzes nur wenige, zumeist aus der Vor-Wende-Zeit stammende Analysen vor<sup>1</sup>. Auch neuere zeithistorische Untersuchungen, beispielsweise über die Studentenbewegung der sechziger Jahre, verzichten zumeist auf eine Auswertung entsprechender DDR-Archivalien<sup>2</sup>. Inzwischen ist es jedoch möglich, anhand der überlieferten Quellen aus den Apparaten der SED, der von ihr gelenkten Massenorganisationen und Institutionen sowie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) externe Einwirkungen auf politische Entwicklungen in der Bundesrepublik zu rekonstruieren und zu bewerten. Im folgenden soll dies anhand zweier für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutender Protestbewegungen geschehen – der Studentenbewegung der sechziger und der Friedensbewegung der achtziger Jahre. Da es sich in beiden Fällen um komplexe historische Vorgänge handelt, muß sich die Analyse auf eine skizzenhafte Darstellung beschränken, die an anderer Stelle vertieft werden soll<sup>3</sup>.

Seit Gründung der beiden deutschen Staaten entfaltete die SED vielfältige Anstrengungen, um in Westdeutschland eine linke Opposition zu formieren. In den fünfziger Jahren ging es dabei vor allem um die Verhinderung der Wiederbewaffnung und der Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft, während in den sechziger Jahren die völkerrechtliche Anerkennung der DDR im Mittelpunkt stand. In den siebziger und achtziger Jahren zielte die SED vorrangig auf eine Stabilisierung des Status quo sowie auf die Verhinderung von westlichen Rüstungsanstrengungen. Zur Durchsetzung dieser Ziele bediente sie sich in der Bundesrepublik neben der (ab 1956 verbotenen) KPD und ihrer Nachfolgeorganisation, der DKP, verschiedener Vorfeld- oder Tarnorganisationen sowie einzelner mit der SED verbundener Kader in den Gewerkschaften, in der SPD und anderen politischen Gruppierungen. Für diese „Westarbeit“ (bis zum Mauerbau: „gesamtdeutsche Arbeit“) unterhielt die SED einen zentral gelenkten Apparat, der auch die Bezirke und die Massenorganisationen der DDR umfaßte und kontinuierlich in der Bundesrepublik Einfluß nahm<sup>4</sup>. Anfang der sechziger Jahre hatte dieser Apparat beispielsweise allein auf Bezirks- und Kreisebene 473 „feste Verbindungen“ zu „fortschrittlichen Kräften“ in der Bundesrepublik, von denen 209 SPD-Mitglieder und 75 SPD-Funktionäre waren<sup>5</sup>. Darüber hinaus war das MfS in Parteien und Verbänden mit einer bis heute unbekanntem Zahl an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und sogenannten Kontaktpersonen (KP)<sup>6</sup> veran-

4 Vgl. Martin Mönninghoff, „Hettstedt ruft Münster!“. „Westarbeit“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen (1956–1970). Münster 1998; Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

5 Die Zahl der auf dem Gebiet der Westarbeit tätigen hauptamtlichen DDR-Funktionäre betrug 1962 insgesamt 537 (ohne SED), darunter 135 beim FDGB, 45 beim Ausschuß für Deutsche Einheit und 38 bei der FDJ. J. Staadt (Anm. 4), S. 36 und S. 38 f.

6 Der einschlägigen Richtlinie zufolge handelte es sich dabei um Bundesbürger, die über Zugang zu „operativ bedeutsamen Informationen“ oder über Möglichkeiten der aktiven politischen Einflußnahme verfügten und zu denen eine „stabile Verbindung“ bestand, ohne daß sie den nachrichten-

1 Vgl. stellvertretend: Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik, Opladen 1988.

2 Vgl. Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

3 Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999 (i. E.).

kert, die Informationen beschafften und zur Beeinflussung mittels „aktiver Maßnahmen“<sup>7</sup> eingesetzt werden konnten.

## II. Studentenbewegung

Bei den Bemühungen, Einfluß auf kritische westdeutsche Studenten zu gewinnen, konzentrierten sich die SED und die von ihr angeleiteten Apparate der FDJ und der (illegalen) KPD anfangs auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der bis zum Unvereinbarkeitsbeschluß vom November 1961 offizieller Studentenverband der SPD war. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die sogenannte „Konkret“-Fraktion, die sich um die gleichnamige Hamburger Zeitschrift gruppierte. Das Blatt war 1955 auf Beschluß des Zentralrates der FDJ gegründet worden und wurde überwiegend aus der DDR finanziert<sup>8</sup>. Ihrem langjährigen Chefredakteur Klaus Rainer Röhl zufolge wurde die „Konkret“-Gruppe durch „Instruktoren“ der illegalen KPD angeleitet und die „praktische Zusammenarbeit“ bei konspirativen Zusammenkünften in Ostberlin besprochen<sup>9</sup>. Außer über das Blatt selbst, das in studentischen Kreisen beträchtliche

dienstlichen Charakter kannten. Vgl. Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“ vom 8. 12. 1979; BStU (Bundesbeauftragter für Stasiunterlagen), ASt Berlin, XV 22, vollständig dokumentiert in: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 471–513, hier: S. 507 f.

7 „Aktive Maßnahmen“ waren der Richtlinie 2/79 zufolge darauf gerichtet, mit Hilfe „operativer Kräfte, Mittel und Methoden den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen; progressive Ideen und Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern; die Entwicklung von Führungspersonlichkeiten und solchen Personen zu beeinflussen, die bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielen“. Der Einsatz der „konspirativen Kräfte, Mittel und Methoden“ war dabei so vorzunehmen, „daß Ausgangspunkte, handelnde Personen und Zielsetzung der aktiven Maßnahmen verschleiert werden“, ebd., S. 476.

8 Der Zentralrat der FDJ hatte den späteren DKP-Vorsitzenden Herbert Mies am 6. April 1955 damit beauftragt, in Westdeutschland eine von der FDJ bezuschußte Studentenzeitschrift zu gründen, deren „feste Grundlage“ die sowjetische Deutschlandpolitik sein sollte; Seitenumfang, Preis, Druck und Titel waren von der FDJ vorgegeben worden; vgl. SAPMO-BA FDJ A 2534 (SAPMO-BA = Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv). Am 8. Mai 1955 erschien die erste Ausgabe unter dem Namen „Studentenkurier“, ab Oktober 1957 nannte sie sich dann „Konkret“.

9 Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 9ff, 90 ff. und 129 ff.

Popularität genoß, nahm die „Konkret“-Fraktion über ihre Kader Einfluß, die ihre Position im SDS unter anderem dadurch ausbauten, daß sie an Universitäten, an denen es keinen SDS gab, neue SDS-Gruppen gründeten; bei Bundesdelegiertenkonferenzen standen diesen automatisch zwei Stimmen zu<sup>10</sup>. Im Oktober 1958 wurde mit Oswald Hüller erstmals ein Vertreter der orthodoxen Linken zum Bundesvorsitzenden gewählt. Mit Verfahrenstricks gelang es der „Konkret“-Fraktion wenig später, beim Westberliner Kongreß der studentischen Anti-Atom-Ausschüsse (Januar 1959) und beim Kongreß „Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus“ in Frankfurt (Mai 1959) Resolutionen durchzusetzen, die den Vorstellungen der SED weit entgegenkamen<sup>11</sup>.

Unterlagen des MfS zeigen, daß der Staatssicherheitsdienst in dieser Zeit gezielt Agenten in den SDS einschleuste; von einigen sind umfangreiche IM-Vorgänge überliefert. Im Auftrag der Staatssicherheit „floh“ beispielsweise der ehemalige FDJ-Funktionär Peter Heilmann nach Westberlin, um sich dort in der SPD und im SDS zu engagieren<sup>12</sup>. 1959 wurde er als Vertreter der „gemäßigten Mitte“ in den Bundesvorstand des SDS gewählt, nachdem Oswald Hüller unter dem Druck der SPD zuvor von seinem Amt suspendiert worden war. Vor allem zwischen 1959 und 1961 lieferte er der Staatssicherheit regelmäßig Einschätzungen zur Situation im SDS, übermittelte interne Beschlüsse und Sitzungsprotokolle und gab taktische Hinweise, wie der Verband von der SED am wirkungsvollsten instrumentalisiert werden könnte.

1959 verpflichtete das MfS auch den nach Westberlin geflüchteten Studenten Walter Barthel, der der FDJ interne Unterlagen aus dem SDS angeboten hatte<sup>13</sup>. Als „Zielstellung“ wurde ihm vorgegeben, die hauptamtliche Sekretärsstelle des Berliner SDS zu besetzen, wozu er seine „bisherige linke Einstellung schrittweise auf die Position des 3. Weges bringen“ sollte<sup>14</sup>. Tatsächlich wurde Barthel im Februar 1960 Berliner Landessekretär, von wo aus er das MfS mit zahlreichen Berichten, Personencharakteristiken und Einwirkungsvorschlägen belieferte. Dem Staatssicherheitsdienst führte

10 Vgl. ebd., S. 147 ff.; Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988, S. 281.

11 Vgl. K. R. Röhl (Anm. 9), S. 142 ff.; Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977, S. 56.

12 IM-Vorgang „Adrian Pepperkorn“ (18bändige Teilablage); BStU, ZA, A 589/85.

13 IM-Vorgang „Kurt“ (11bändige Teilablage); BStU, ZA, AIM 10996/66.

14 HA V/6: Treffbericht vom 23. 12. 1959; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 1, Bl. 104–107, hier: Bl. 106.

er im September 1961 einen weiteren Mitarbeiter zu, den damaligen Gruppenvorsitzenden am Otto-Suhr-Institut, Dietrich Staritz, der 1962 in den politischen Beirat des Westberliner SDS-Vorstandes gewählt wurde<sup>15</sup>. In Absprache mit dem MfS betätigten sich beide bald auch als Informanten des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Alle drei Genannten spielten im Berliner SDS, der mit 200 Mitgliedern etwa ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft stellte, eine wichtige Rolle. Den überlieferten Aktenvorgängen zufolge lag ihre Aufgabe vor allem darin, aus erster Hand über verbandsinterne Vorgänge und Kräftekonstellationen zu berichten sowie Personen zu benennen, die für das MfS oder für die FDJ ansprechbar erschienen. Darüber hinaus machten sie Vorschläge für das Auftreten der mit der SED verbundenen Kader und die Beeinflussungsversuche der FDJ. Heilmann, der im Mai 1959 an dem umstrittenen Frankfurter Kongreß teilgenommen hatte, warnte beispielweise das MfS davor, daß durch das Vorpreschen der Hüller-Fraktion der Bogen überspannt werden könnte. In seinem Bericht monierte er, daß die „Konkret“-Gruppe Forderungen gestellt hätte, die sogar weit über die der Sowjetunion hinausgegangen seien<sup>16</sup>. Wenig später schlug er vor, „durch ernsthafte Betrachtungen über die DDR, in der Positives und Negatives miteinander abgewogen werden, wobei zweifellos in geschickter Weise das Positive überwiegen kann, zu wirken. . . . ‚Konkret‘ müßte darüber hinaus seinen Freunden empfehlen, intensiv und praktisch im SDS mitzuarbeiten, ohne sich zunächst in ideologische Debatten zu schmeißen.“<sup>17</sup>

Auch Barthel benannte in seinen Berichten immer wieder Ansatzpunkte für eine Stärkung der SED-freundlichen Positionen im SDS. Nach dem Ende der finanziellen Zuwendungen durch die SPD empfahl er etwa, daß die FDJ verstärkt in das dadurch entstandene Vakuum eindringen sollte. „Dazu ist es notwendig, daß sich sofort geeignete SDS-Mitglieder, die über die FDJ lanciert werden können, bereit finden, Funktionen zu übernehmen. . . . Ich schlage vor, daß die FDJ die ihnen bekannten und befreundeten SDS-Genossen dahingehend instruiert, daß diese von sich aus an [es folgen zwei Namen von SDS-Funktionären] oder Barthel herantreten und ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu erkennen geben.“<sup>18</sup> Im Vorfeld der

Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 1960 informierte er auch über die akuten Finanzprobleme des SDS und schlug vor, daß dem SDS „ein gewisser Betrag“ zur Finanzierung des Transportes der Delegierten überwiesen wird<sup>19</sup>. Schon am folgenden Tag fertigte das MfS eine ausführliche „Information“, in der es hieß: „Vorschlag für die FDJ! Hier besteht die Möglichkeit, sich mit einem PKW anzubieten. Die bisherige finanzielle Lage des SDS ist denkbar ungünstig, da zur Zeit nur noch 5 DM auf dem Konto vorhanden sind. Zur Finanzierung des Transportes und aller anfallenden Unkosten wäre es erforderlich, daß die geplante Infiltrierung von Geld durch die FDJ schnellstens durchgeführt wird. Anfang November finden die Neuwahlen zum Landesvorstand des SDS in Berlin statt. . . . Dies wäre wiederum eine Möglichkeit, einen geeigneten Kandidaten der FDJ zu lancieren.“<sup>20</sup> Barthel schlug dem MfS dafür eine ganz bestimmte SDS-Vertreterin vor und meinte, die FDJ solle sofort mit ihr sprechen und sie dazu bringen, daß sie, wenn er sie danach frage, zusage und sich bereit erkläre, die Nachfolge des Organisationssekretärs im Landesvorstand zu übernehmen. „Damit wäre für ein weiteres Jahr die systematische Kontrolle des SDS-Landesvorstandes gewährleistet.“<sup>21</sup> Zur finanziellen Unterstützung des SDS durch die FDJ empfahl er wenig später, daß diese „nicht kampagnenhaft vorgenommen, sondern in der bekannten Weise regelmäßig mit Beiträgen zwischen 20 und 80 DM erfolgen [solle], mit einem monatlichen Durchschnitt von etwa 300 DM“<sup>22</sup>.

Auch nach der Trennung zwischen SPD und SDS suchten MfS und SED den Studentenverband als „Speerspitze“ einer linken Opposition zu instrumentalisieren. Insbesondere bei der „Entlarvung“ ehemaliger Nationalsozialisten im westdeutschen Staatsapparat, beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg und bei der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR bedienten sie sich des studentischen Protestpotentials in der Bundesrepublik.

Im November 1965 stellte der Zentralrat der FDJ fest, daß sich „im SDS ein Prozeß zur realeren politischen Aufgabenstellung“ vollziehe. „Ein ehemaliges vordergründiges Anliegen des SDS, nicht nur kritisch zur Bundesrepublik, sondern auch zur DDR zu sein und beim Auftreten in der DDR der

15 IM-Vorgang „Erich“; BStU, ZA, AIM 10998/66.

16 HA V/2: Bericht vom 29. 5. 1959; BStU, ZA, MfS A 589/85, Bd. VI, Bl. 306–322, hier: Bl. 310.

17 HA V/2: Betr.: Delegiertenkonferenz des SDS in Göttingen vom 30. Juli bis 1. August 1959 (Abschrift eines Tonbandes), 12. 8. 1959; ebd., Bl. 387–391, hier: Bl. 390.

18 Betr.: Zur Lage im SDS, 21. 7. 1960; ebd., Bl. 203–208, hier: Bl. 206f.

19 HA V/6: Treffbericht vom 21. 9. 1960; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 3, Bl. 8–16, hier: Bl. 15.

20 HA V/6: Information vom 22. 9. 1960; ebd., Bl. 21–25, hier: Bl. 25.

21 Ebd., Bl. 70.

22 Betr.: SDS-Landesbeiratssitzung, 10. 1. 1961; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 4, Bl. 41–51, hier: Bl. 50.

„Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ zum Durchbruch zu verhelfen“, so heißt es in einer „Konzeption zur weiteren Einflußnahme der FDJ auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)“, finde nur noch geringe Unterstützung und Resonanz. Der erweiterte Einfluß der progressiven Kräfte habe sich unter anderem „in der personellen Vertretung linker Kräfte im Beirat des SDS (Deppe-Marburg, Helberger-Westberlin)“ und in den „konsequenteren Aktivitäten des Bundesvorstandes“ gezeigt. Diese Kräfte konzentrierten sich insbesondere in den SDS-Gruppen von Köln, München, Münster, Mannheim, Hamburg, Kiel und Karlsruhe. „Die gegenwärtigen Positionen des SDS ergeben weitere und neue Möglichkeiten, durch verstärkte Bemühungen unsererseits die Beziehungen zu dieser Studentenorganisation – zu den Gruppen und Leitungen – auszubauen, um zur weiteren progressiven Entwicklung beizutragen.“<sup>23</sup>

Als Zentren SED-freundlicher Traditionalisten fungierten unter anderem die 1966 gegründete Novembargesellschaft in Westberlin und der aus ihr hervorgegangene Republikanische Club (RC); der RC bildete in den späten sechziger Jahren eine der Schaltstellen der Berliner Studentenbewegung. In beiden Organisationen war das MfS mit Barthel und Staritz im inneren Zirkel vertreten. Einer Übersicht aus dem Jahr 1969 zufolge führte die Hauptverwaltung A (HVA) im RC daneben drei weitere Inoffizielle Mitarbeiter und vier Kontaktpersonen<sup>24</sup>. Darüber hinaus wurde der RC von dem FDP-Bundestagsabgeordneten William Borm unterstützt, der als Einflußagent vom Leiter der HVA, Markus Wolf, persönlich geführt wurde. Angeblich stellte er dem Club bei seiner Gründung 150 000 DM zur Verfügung, die aus der Kasse der HVA stammten<sup>25</sup>. Die Bedeutung dieser politischen Aktivitäten für die SED kann man daran ermessen, daß die MfS-Berichte darüber häufig direkt an Parteichef Walter Ulbricht gingen<sup>26</sup>.

23 Konzeption zur weiteren Einflußnahme der FDJ auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in Westdeutschland, Anlage zum Sekretariatsprotokoll Nr. 123, 23. 11. 1965; BuArch Bln. DY 24/1560/I. Dok. in: Michael Herms/Karla Popp, Westarbeit der FDJ 1946–1989. Eine Dokumentation, Berlin 1997, S. 324–332, hier: S. 324 ff.

24 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969, Anlage: Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 304.

25 Peter-Ferdinand Koch, Die feindlichen Brüder: DDR contra BRD – Eine Bilanz nach 50 Jahren Bruderkrieg, Bern 1994, S. 209. Koch beruft sich dabei auf die Anklageschrift gegen Markus Wolf, in der diese Feststellung jedoch nicht getroffen wird. Vgl. Der Generalbundesanwalt, Anklageschrift gegen Markus Wolf, Karlsruhe 1992 (Eigendruck), S. 234.

26 Ohne Kopf (maschinenschriftlich „Otto“): Einzelinformation über einige Probleme der „Linken“, insbesondere in Westberlin, vom 3. 3. 1967, Verteiler: Walter Ulbricht,

Vom MfS infiltriert waren auch die Versuche, in Berlin eine massenwirksame linke Zeitung ins Leben zu rufen. In der fünfköpfigen Vorbereitungskommission des vom „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein unterstützten Projektes war das MfS zunächst mit Heilmann und Barthel vertreten, von denen letzterer einen Großteil der Vorarbeiten leistete. Nach dem Rückzug Augsteins entwickelte Barthel dann die Idee, ein zumindest im Wahlkampf wöchentlich erscheinendes Extrablatt in Form einer Boulevard-Zeitung herauszugeben, von dem 1967 mehrere Ausgaben in Auflagen von 10 000 bis 50 000 Exemplaren erschienen. Daraus entstand schließlich der „Berliner Extra-Dienst“, der über ein Jahrzehnt lang als Sprachrohr linker Traditionalisten fungierte und dessen Geschäftsführer Walter Barthel wurde. Zwei ehemalige Mitarbeiter der HVA berichteten nach der Wende, daß das Blatt eng mit dem MfS verbunden gewesen sei. Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung sei von der für „aktive Maßnahmen“ zuständigen Abteilung X „massiv gefördert“ worden und hätte „ohne unsere redaktionellen Beiträge und ohne unser Geld gar nicht leben können“; ihr Chefredakteur Carl Guggomos hätte beim Staatssicherheitsdienst den Decknamen „Gustav“ getragen<sup>27</sup>. Diese Aussagen werden indirekt durch einen von Markus Wolf unterschriebenen Plan vom Februar 1969 bestätigt, in dem unter anderem die „Herausgabe einer Sonderausgabe“ des „Extra-Dienstes“ und die Veröffentlichung einer Artikelserie darin beschlossen wurde<sup>28</sup>.

Der vierseitige Plan mit „aktiven Maßnahmen“ zur Störung der Bundespräsidentenwahl in Westberlin, den Wolf 1969 an den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, sandte, zeigt exemplarisch, wie das MfS die politischen Vorgaben der SED umsetzte. Die Sowjetunion und die DDR protestierten seinerzeit massiv gegen das Vorhaben der Bundesrepublik, die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin durchzuführen. Mittels aller „nutzbaren operativen Verbindungen in APO-Kreise“

Hermann Matern, Paul Verner u. a.; BStU, ZA, HVA 222, Bl. 297–305, hier: 300. Der Bericht enthielt auch den Hinweis: „Gegen Spenden aus der DDR hätte man nichts, wenn es anonym geschehe.“

27 Günter Bohnsack/Herbert Brehmer, Auftrag Irreführung: Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 193. Vgl. ferner „Treffen auf der Parkbank. Die Ex-Stasi-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer über ihre Tricks gegen Geheimdienste und Medien“, in: Der Spiegel, Nr. 30/91 vom 22. 7. 1991, S. 58–63, hier: S. 60; Günter Bohnsack, Hauptverwaltung Aufklärung: Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst, Berlin 1997, S. 107 f. Tatsächlich ist in den Unterlagen des MfS eine Quelle der HVA-Abteilung X mit dem Decknamen „Gustav“ und einer Registriernummer aus dem Jahr 1967 erfaßt.

28 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 299–303, hier: Bl. 301.

wollte die HVA die Proteste der Studentenbewegung gegen die Bundesversammlung unterstützen. „Hilfe“ wollte man nicht nur „bei der Organisation politischer Demonstrationen (besonders bei der geplanten Veranstaltung des Republikanischen Klubs am 5.3. in Westberlin)“ leisten, sondern auch „bei der Erarbeitung und Verbreitung von Flugblättern und anderen Agitationsmaterialien (insbesondere einer Agitationsschrift des Westberliner Republikanischen Clubs über den Zusammenhang zwischen den Bonner Berlin-Provokationen und den Nachteilen für die Westberliner Bevölkerung)“. Die erwähnte Sonderausgabe des „Berliner Extra-Dienstes“ rief auf der Titelseite zur „Begrüßung“ der Wahlmänner am 5. März vor deren Hotel auf. Dort kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als Studenten die Zufahrt blockierten. Dem Plan war eine Liste beigelegt, der zu entnehmen ist, daß die HVA zu diesem Zeitpunkt in der Westberliner APO über 17 Inoffizielle Mitarbeiter und zehn Kontaktpersonen verfügte. 14 von ihnen waren im SDS aktiv, je zwei im Sozialistischen Hochschulbund (SHB), bei den Jungsozialisten und in der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS) sowie fünf im ASTA der Freien und der Technischen Universität<sup>29</sup>.

Auch in den siebziger und achtziger Jahren suchten SED und MfS an westdeutschen Universitäten Einfluß auszuüben, worüber bislang jedoch nur vereinzelt Unterlagen aufgefunden wurden. Abstrakte Hinweise finden sich in einer Forschungsarbeit über die „politisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“, die 1976 im Auftrag von Markus Wolf angefertigt wurde und in der der Nutzung der Hochschulen für „politisch-aktive Maßnahmen“ ein eigenes Kapitel gewidmet wird<sup>30</sup>.

### III. Friedensbewegung

Eine bedeutende Rolle für die SED spielte auch das politische Engagement von Friedensgruppen in der Bundesrepublik. Regelmäßig erarbeitete das Zentralkomitee Konzeptionen „für die weitere

Entwicklung des Friedenskampfes in Westdeutschland“, für deren Umsetzung der eingangs zitierte Apparat der „Westarbeit“ verantwortlich war<sup>31</sup>. Auch hier liefen die Einflußnahmen auf mehreren Ebenen – über die von der SED angeleiteten kommunistischen Organisationen in Westdeutschland, über „neutrale“ DDR-Einrichtungen wie die Nationale Front oder der Friedensrat, über Funktionäre verschiedener Friedensvereinigungen in der Bundesrepublik sowie über geheime Operationen des Staatssicherheitsdienstes.

Anfang der achtziger Jahre konzentrierten sich die Anstrengungen der SED darauf, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern. Als besonders erfolgreich erwies sich dabei der sogenannte Krefelder Appell, den nach Angaben seiner Initiatoren bis zum Herbst 1983 4,7 Millionen Menschen unterzeichneten<sup>32</sup>. Die Organisation der Kampagne lag in der Hand von Josef Weber, einem ehemaligen Wehrmachtsoberst, der seit Anfang der fünfziger Jahre in verschiedenen Friedenskampagnen tätig und Mitbegründer der Deutschen Friedensunion (DFU) war. Kontaktadresse der „Krefelder Initiative“ war die Bundesgeschäftsstelle der DFU, deren Direktorium Weber angehörte und die auch die Finanzierung übernahm.

Unterlagen aus dem Zentralkomitee der SED zeigen, daß die Geldmittel der DFU zum großen Teil aus der DDR stammten. Anfang der siebziger Jahre wurde sie von dort mit knapp fünf Millionen DM pro Jahr unterstützt; 1989 stellte die SED der DFU „Solidaritätsmittel“ in Höhe von 3,1 Millionen DM zur Verfügung und finanzierte 31 hauptamtliche Mitarbeiter<sup>33</sup>. Die politische Anleitung der DFU erfolgte durch die DKP<sup>34</sup>. Die engen

31 Vgl. Konzeption für die weitere Entwicklung des Friedenskampfes in Westdeutschland vom 28. 1. 1963; SAPMO-BA DY 30/IV A2/902/199.

32 Schreiben der Initiatoren an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 6. 6. 1983, in: *Unsere Zeit* vom 10. 9. 1983.

33 Der Umfang der Finanzierung der DFU durch die DDR zu Beginn der siebziger Jahre geht aus einer geheimen Information für das Politbüromitglied Albert Norden zur Vorbereitung einer Zusammenkunft mit einer DFU-Delegation am 20. 2. 1973 hervor. Darin heißt es: „Geheim – nur persönlich. ... Die DFU erhält von uns monatlich 277 000 DM, die D(utsche)V(oiks)Z(eitung) 121 000 DM, zusätzlich für die DVZ von Interwerbung 5 000 DM.“ Zusammengerechnet erhielt die DFU damit jährlich 4 836 000 DM aus der DDR; SAPMO-BA DY 30 IV B 2/2.208/5, Bl. 34. Die Angaben für 1989 stammen aus: Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr [der SED], dokumentiert in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowsky – Werkzeuge des SED-Regimes (Abschlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages)*, Bonn 1994, Anlagenband 1, S. 305.

34 Westabteilung: Information über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD vom 25. 7. 1975.

29 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969, Anlage: Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 304.

30 HVA: Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“, GVS 211-A 20/76, S. 40; BStU, ASt Berlin, XV 6.

Verbindungen der Krefelder-Appell-Organisatoren in die DDR macht eine Notiz des Friedensrates anschaulich, in der die „Arbeitsgruppe BRD“ über ein Gespräch mit Josef Weber im Januar 1981 berichtet. Danach beklagte sich Weber direkt in Ostberlin über den „Versuch des Abwerbens von Persönlichkeiten, die den Appell unterzeichnet haben, wie zum Beispiel Prof. Dr. h. c. Karl Bechert, für andere Friedensorganisationen (erhält Briefe vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, die einen anderen Inhalt haben als Briefe, die von Josef Weber im Auftrage des Unterzeichnerkreises an ihn gerichtet sind)“<sup>35</sup>. Eine Woche später informierte der Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees, Herbert Häber, den Generalsekretär der SED, Erich Honecker, über eine Zusammenkunft mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies und teilte unter anderem mit: „Ebenso wichtig ist die Bielefelder Initiative von Sozialdemokraten. Zu den Initiatoren gibt es Verbindungen. Es war und bleibt richtig, daß sich diese Initiative auf die Gewinnung von Mitgliedern und Funktionären der SPD konzentriert. Bestrebungen, sie möglichst rasch an den Krefelder Appell anzuschließen oder sogar dem bestehenden Komitee für Frieden und Abrüstung zuzuordnen, sind unterbunden worden.“<sup>36</sup>

Auch das MfS hatte den Auftrag, die Anti-Raketen-Proteste in der Bundesrepublik zu fördern. Welche Bedeutung die Friedensbewegung für den Staatssicherheitsdienst hatte, kann man unter anderem den Sitzungsprotokollen seines obersten Führungsorgans, des sogenannten Kollegiums, entnehmen. Im Februar 1982 befahl Erich Mielke, die bundesdeutsche Friedensbewegung „stärker zu fördern und zu unterstützen“. Es gebe „sehr günstige Ansatzpunkte, um mit unseren Mitteln und Möglichkeiten politische Kräfte, die sich in dieser Bewegung engagiert haben, zu unterstützen sowie neue operativ bedeutsame Kontakte im Operati-

S. 1; SAPMO-BA DY 30 IV AB 2/2.028/8. Mitgeteilt wird darin u. a., daß das Präsidium der DKP in seiner Sitzung vom 2. Juli 1975 eine Information über die weitere Tätigkeit der DFU zur Kenntnis nahm und „Empfehlungen vor allem in Richtung auf die stärkere Herausarbeitung des spezifischen Charakters dieser Vereinigung“ gab.

<sup>35</sup> Notiz des Friedensrates der DDR, Arbeitsgruppe BRD, über ein Gespräch mit Josef Weber, Mitherausgeber des Krefelder Appells, am 26. 1. 1981, S. 2; SAPMO-BA DY 30 J IV 2/202 – 503.

<sup>36</sup> Schreiben von Häber an Honecker vom 2. 2. 1981, S. 1 f.; SAPMO-BA DY 30 J IV 2/202 – 503. Die „Bielefelder Initiative“ wurde unter anderem von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Begemann getragen und hatte im Dezember 1980 einen Appell vorgelegt, der die SPD aufforderte, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern. Der Appell ist dokumentiert in: Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß*, Reinbek 1981, S. 252–254.

onsgebiet herzustellen und zu nutzen“<sup>37</sup>. Ein Jahr später unterstrich er vor dem Gremium erneut die Notwendigkeit, die Anti-Raketen-Bewegung in der Bundesrepublik „durch geeignete, wirksame aktive Maßnahmen, unter Nutzung [der] Mittel und Möglichkeiten des MfS“ zu stärken. „Es ist Aufgabe des MfS beizutragen, jene Kräfte zu unterstützen (in der SPD und FDP), die realistisch denken und jetzt für Aufhebung des Raketenbeschlusses eintreten.“<sup>38</sup> In ähnlicher Weise äußerte sich auch Markus Wolf, als er im Januar 1982 vor der Parteiorganisation der HVA erklärte, daß mit deren Mitteln „ein nicht unerheblicher Beitrag zur weiteren Vertiefung und Ausweitung der Friedensbewegung in westeuropäischen NATO-Ländern und zur Einflußnahme auf die Entscheidungsfindung der betreffenden Regierungen geleistet“ worden sei. Trotz der erreichten Ergebnisse seien „weiter zunehmende Anstrengungen notwendig, um die Friedensbewegung in westeuropäischen Staaten mittels aktiver Maßnahmen weiter zu stärken und Spaltungsversuche abzuwehren“<sup>39</sup>.

Verantwortlich war dafür in erster Linie die HVA, in deren Jahresplänen entsprechende Aufgaben vorgegeben waren. Über ihr konkretes Vorgehen liegen aufgrund der Aktenvernichtung so gut wie keine Unterlagen vor. Erhalten geblieben ist jedoch ein „Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD“ vom August 1981, das zum Ziel hatte, „den nachrichtendienstlichen Einfluß auf die sich in der BRD entwickelnde Friedensbewegung zu erhöhen, diese zu stimulieren und zu stärken“. Als „Zentrum der Maßnahmen“ war danach die Herausbildung von Friedensinitiativen innerhalb der Gewerkschaften zu fördern. Durch das „aktive Wirken“ von Inoffiziellen Mitarbeitern und Kontaktpersonen sollten ferner kirchliche Organisationen und Einrichtungen beider Konfessionen in die Friedensbewegung eingebunden werden. Namentlich Gruppierungen wie „Pax Christi“, „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ (BDKJ), Aktion „Ohne Rüstung leben“, „Aktion Sühnezeichen“ sowie die von Martin Niemöller geprägte Evangelische Kirche in Hessen-Nassau sollten von der HVA unterstützt werden.

<sup>37</sup> Material über die erweiterte Kollegiumssitzung vom 19. Februar 1982 zur Auswertung der Beratung des Sekretariates des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, Anlage zum Schreiben Erich Mielkes vom 25. 2. 1982, S. 13ff; BStU, ZA, DSt 102825.

<sup>38</sup> Hinweise für die Kollegiumssitzung am 26. 6. 1983, S. 4; BStU, ZA, SdM 1567.

<sup>39</sup> Auszug aus dem Referat des Genossen Generaloberst Wolf auf der Aktivtagung der Parteiorganisation der HVA am 13. 1. 1982; BStU, ASt Gera, BV Gera/Abt. XV 389, Bl. 10f.



Das Konzept macht eine Art Arbeitsteilung zwischen kommunistischen und geheimdienstlichen Kräften erkennbar. Das „operative Netz“, so heißt es da, könne die Arbeit der DKP nicht ersetzen, sondern sei „dort konzentriert, wo diese wenig wirksam ist“. Das MfS wollte vornehmlich in solchen Organisationen „aktive Arbeit“ leisten, die größere Einwirkungsmöglichkeiten auf SPD, FDP und Gewerkschaften hätten als die DKP, etwa beim Krefelder Appell, beim sozialdemokratischen Bielefelder Aufruf, beim Heidelberger Appell oder beim sogenannten Hamburger Forum. Auch in den Medien wollte man verschiedene Aktivitäten „fortsetzen“ wie die „Durchführung öffentlicher Foren und Pressekonferenzen von Politikern und Einzelpersonlichkeiten“ oder die „Veröffentlichung von Anzeigen in der Presse einschließlich lokaler Zeitungen“. Während des SPD-Parteitages im April 1982 wollte man durch Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen den politischen Druck auf die Parteiführung verstärken. „Eine wesentliche Aufgabe“, so heißt es in dem Konzept, „ist es, während der Tagung Initiativanträge zu formulieren und zu lancieren, um die Manöver der Führung zu unterlaufen.“<sup>40</sup>

Zur Förderung der Friedensbewegung arbeitete das MfS eng mit dem KGB zusammen. In einem Bericht vom September 1982 heißt es, daß gemeinsam mit dem sowjetischen Geheimdienst „wichtige Beiträge zur Vertiefung und Erweiterung der Friedensbewegung“ geleistet worden seien. Hervorzuheben seien insbesondere die „Maßnahmen zur Beeinflussung von Politikern der SPD/FDP-Koalitionsregierung sowie holländischer und belgischer Regierungskreise, die Initiierung von Aktionen mit Massencharakter (Massendemonstrationen, Konferenzen usw.)“. Im Zusammenhang mit dem Europa-Besuch von US-Präsident Reagan seien „gezielte und Maßnahmen mit Massencharakter“ in der Bundesrepublik und Westberlin „politisch und organisatorisch mitorganisiert und gestaltet“ worden. Diese „forderten die Verurteilung und Nichtrealisierung des Brüsseler Raketenbeschlusses, der Konfrontationspolitik von Reagan und Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA“. Die Bewegung „Generale für den Frieden“, so heißt es schließlich, „wurde weiter ausgebaut, tritt auf internationaler Ebene auf (einschließlich im Rahmen der UNO) und ist fester Bestandteil der Friedensbewegung“<sup>41</sup>.

In seinen „Erinnerungen“ beschreibt Markus Wolf ausführlich, wie das MfS die Gruppierung „Generale für den Frieden“ infiltrierte. Schon kurz nach deren Gründung sei eine „Quelle“ in Hamburg an den Organisator, Professor Gerhard Kade, herangetreten. Da dieser zu Gesprächen mit Abgesandten der DDR bereit schien, habe Wolf zwei Mitarbeiter zu ihm geschickt, die vorgaben, im Auftrag des Ministerrates der DDR zu kommen. Als Kade diesen gegenüber meinte, ein jährlicher „Zuschuß“ von 100 000 DM würde der Gruppe „die Öffentlichkeitsarbeit entscheidend erleichtern“, habe Wolf diese Summe umgehend „bewilligt“. Obwohl die Gruppe kein Sprachrohr Moskaus gewesen sei, erkannte man Wolf zufolge „in Erklärungen der Generale den Einfluß wieder, den wir über Kade ausübten“<sup>42</sup>.

Den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft zufolge beruhte sogar die gesamte Gründung der Gruppe auf einer Initiative der HVA. Danach wurde der Abteilung I bereits Ende der siebziger Jahre die Aufgabe zugewiesen, in Zusammenarbeit mit der Abteilung II pensionierte Generale und Admirale, die als „Multiplikatoren“ für die militärpolitischen Positionen des Warschauer Paktes geeignet erschienen, zu einer „nachrichtendienstlich steuerbaren Gruppe zusammenzuführen“. Die Gruppe, der neben ehemaligen Militärs aus Norwegen, Portugal, England, Griechenland, Italien, Frankreich und den Niederlanden auch die westdeutschen Generale a. D. Gert Bastian und Günter Vollmer angehörten, sei in der Folgezeit mit einer Vielzahl von Argumentationspapieren und Hintergrundmaterialien versorgt worden, die von Mitarbeitern der HVA-Abteilung X zum Teil in enger Zusammenarbeit mit dem KGB ausgearbeitet worden seien. Diese Unterlagen seien ausschließlich durch Führungsoffiziere der Abteilung I und II weitergeleitet worden, die auch über eine „operative Verbindung“ zum Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag verfügt hätten, in dem wichtige Schriften der Gruppierung erschienen<sup>43</sup>. Als die politische Dimension der „Generalsbewegung“ den nachrichtendienstlichen Rahmen gesprengt hätte, sei der Leiter der Abteilung Auslandsinformation des Zentralkomitees und Schwiegersohn Erich Honeckers, Manfred Feist, mit der weiteren Anleitung des Vorgangs beauftragt worden – nun übernahm der Friedensrat der DDR die Steuerung<sup>44</sup>.

40 HV A, Abt. II: Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD vom 17. 8. 1981, auszugsweise dokumentiert in: Rita Sélitrenny/Thilo Weichert, Das unheimliche Erbe: Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, S. 196–200.

41 Ohne Autor, ohne Titel [Bericht über gemeinsame aktive Maßnahmen des MfS mit dem KGB] vom 3. 9. 1982; BStU, ZA, ZAIG 5171, Bl. 111 f.

42 Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 343.

43 Vgl. Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Köln 1981.

44 Der Generalbundesanwalt, Anklageschrift gegen Rolf Günter Wagenbreth, Wolfgang Albert Mutz, Rolf Otto Herbert Rabe, Bernd Werner Michels, Karlsruhe 1993 (Eigendruck), S. 61–63.

# Totalitarismus und Sprache

---

## I. Einleitung

---

Das zu Ende gehende Jahrhundert ist gekennzeichnet durch das Entstehen und Erstarken sowie das Zusammenbrechen totalitärer Systeme. Besonders der Osten Deutschlands ist diesen Prozessen nachhaltig ausgesetzt gewesen. Dort wurde die nationalsozialistische unmittelbar durch die kommunistische Diktatur abgelöst; und 1989 fand der real existierende Staatssozialismus ein jähes Ende, begleitet von einem nahezu weltweiten Zusammenbruch kommunistischer Ein-Parteien-Staaten.

Totalitäre Systeme sind wesentlich auch dadurch gekennzeichnet, daß sie eine homogene Gesellschaft anstreben. Pluralismus ist ihnen nicht nur wesensfremd, sondern gilt ihnen als etwas geradezu Verabscheuungswürdiges. Ein Blick in das in Ost-Berlin herausgegebene Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache bestätigt diese Feststellung<sup>1</sup>. In der DDR wurde eine staatlich gelenkte Vereinheitlichung angestrebt, die darauf abzielte, alle kulturellen und weltanschaulichen Unterschiede einzuebnen. Es wurde dem einzelnen versucht vorzugeben, was er zu denken habe; und dieses aufgestellte Gedankengebäude sollte er annehmen. Es gab für ihn auch keine Möglichkeit des Vergleichs mit anderen Theorien. Das wurde durch eine Abschirmung nach außen, durch die Abkapselung in einer künstlichen Wirklichkeit erreicht, bewirkt durch Reiseverbot, scharfe Zensur und offizielle Verdikte im Bereich der Massenmedien. Mit diesen Maßnahmen wurde letztlich eine festgesetzte Denkweise angestrebt<sup>2</sup>.

Die vorgeschriebenen Gedanken konnten auch nur in einer gleichfalls regulierten Sprache ausgedrückt werden. Diese wurde dadurch als Instrument der Macht genutzt. Die Sprache war eine der tragenden Säulen des Staates. Denn sie wurde zum Sprachrohr der Ideologie, die mit Hilfe eines ausgebauten Netzes der Propaganda verbreitet

wurde, dadurch allgegenwärtig war und Tag für Tag breiten Bevölkerungsschichten ins Bewußtsein gedrückt werden konnte. Totalitäre Regime sind nicht zuletzt Diktaturen der Sprache<sup>3</sup>.

---

## II. Strukturen der Kommunikation

---

Das politische System der DDR war hierarchisch streng gegliedert, straff organisiert und folgte dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, das auf Lenin zurückging. In der gleichen Weise war das Informationssystem der DDR strukturiert. Es war dem in allen kommunistischen Parteien geltenden zentralistischen Organisationsprinzip angepaßt und wies einen vertikalen Aufbau auf, in dem die mittleren und unteren Gliederungseinheiten voneinander abgeriegelt waren. Ihre Informationen erhielten sie von der jeweils vorgeordneten Instanz.

Genauso bestand ein Zusammenhang zwischen System- und Kommunikationsstruktur. In der Massenkommunikation ist generell die Gefahr der Einseitigkeit gegeben. Die Möglichkeiten, eine Rückkopplung zum Empfänger vorzunehmen, sind eng begrenzt. In der DDR war dieses Prinzip der Ungleichheit verabsolutiert, denn es fehlte eine parlamentarische Opposition, es gab keine Widersprüche aus staatlichen Organisationen, und ebenso existierte keine unabhängige Presse. Auch das Kommunikationssystem war von der SED monopolisiert. Es diente ebenfalls der Repräsentation von Macht und zugleich ihrer Stabilisierung. Dazu trug gleichermaßen bei, daß die Gesellschaft in ihrer Totalität zur Übernahme der in der Partei geltenden Sprachgebung angehalten wurde.

Dieses Kommunikationssystem veranschaulichen geometrische Modelle: Das pyramidale demonstriert die Unterdrückung der Basis durch die Spitze, das kreisförmige die geschlossene totalitäre Gesellschaft, aus der niemand ausbrechen kann<sup>4</sup>. Vorschläge von seiten der Kommunikationstheorie, durch horizontale und zirkulare Kommunikation Verbindungen zur Basis und zur Peripherie herzustellen, wurden von der Parteiführung abge-

1 Vgl. Ruth Klappenbach/Wolfgang Steinitz (Hrsg.), Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache, Bd. 4, Berlin 1961, S. 2820.

2 Vgl. Kamaludin Gadshijew, Totalitarismus als Phänomen des 20. Jahrhunderts, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 336, Bonn 1996, S. 323 ff.

3 Vgl. Jacques Rupnik, Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: E. Jesse, ebd., S. 398 ff.

4 Vgl. Jean-Paul Picaper, Kommunikation und Propaganda in der DDR, Bonn Aktuell, Bd. 25, Stuttgart 1976, S. 156.

wiesen. Kurt Hagers Kritik an der Anwendung kybernetischer Selbstregulierungsmodelle in der Partearbeit und in der staatlichen Verwaltung auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaften im Oktober 1971<sup>5</sup> sorgte dafür, daß sich nichts veränderte. Damals erfolgte die endgültige Abschottung der Partei, die glaubte, daß „reformistisches“ Gedankengut aus den Naturwissenschaften in ihre Ideologie eindringen und ihre Machtstellung „aufweichen“ könnte.

### III. Ritualisierung der Kommunikation

Daß sprachliche Handlungen ritualisiert werden, ist typisch für totalitäre Systeme. In der NS-Schule hatte am Anfang jeder Stunde ein „Klassenführer“ „Meldung“ zu erstatten. Er erklärte, daß die Klasse zum Unterricht angetreten sei, und teilte mit, wer fehlte. Dann erfolgte die Sprachhandlung des Begrüßens, und zwar in einer formulativ und gestisch genau festgelegten Weise. Bereits das gedankliche Durchspielen einer Abweichung von diesen Festlegungen, die verhängnisvoll für die Beteiligten gewesen wäre, verweist auf den wahren Charakter des Rituals. Mit ihm fügte sich der einzelne in das System ein.

Das Begrüßungszeremoniell der DDR wies sehr viele Ähnlichkeiten mit dem der NS-Schule auf. Auch hier gab es spezielle Grußformeln. Die jüngeren Schüler, die fast ausnahmslos dem Verband der Jungen Pioniere angehörten, wurden zu bestimmten Anlässen wie dem wöchentlichen Fahnenappell mit „Für Frieden und Sozialismus seid bereit!“ oder verkürzt „Seid bereit!“ begrüßt, worauf sie „Immer bereit!“ zu antworten hatten. In den höheren Klassenstufen, in denen Zugehörigkeit zur Organisation der Freien Deutschen Jugend vorausgesetzt wurde, lautete die Grußformel „Freundschaft!“. Sie wurde sogar in Fremdsprachen übersetzt. Auch hier ging dem Gruß eine quasi paramilitärische Meldung voran, bei den Pionieren war er von einer gestischen Handlung begleitet.

Um die heranwachsende Generation dem Einfluß der Kirche zu entziehen, wurde von der NSDAP parallel zu oder als Ersatz für Konfirmation und Kommunion eine „Verpflichtung der Jugend“ eingeführt. Auf diesen feierlichen Akt, der in einem „Handschlag“ durch einen Parteifunktionär seinen Höhepunkt erreichte, wurde durch eine Reihe von Schulungsveranstaltungen vorbereitet.

Als damit vergleichbare Einrichtung gab es in der DDR die „Jugendweihe“. Sie gipfelte in einem

„Gelöbnis“, in dem unter anderem das Bekenntnis abgelegt wurde, „für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen“. Es brauchte von den Teilnehmern nicht auswendig gelernt zu werden, sondern wurde von dem Festredner vorgesprochen; und die Jugendweihlinge hatten lediglich zustimmend zu bestätigen: „Ja, das geloben wir.“ Auch diesem Akt ging eine Anzahl von Jugendstunden voraus.

Bei all diesen Veranstaltungen zeigte sich der Handlungscharakter der Sprache. Hier wurden mit Worten Handlungen vollzogen – wie die eines feierlichen Versprechens. Die sprachlichen waren Bestandteil anderer Handlungen, in die sie eingebettet waren. So sollte der Händedruck besiegeln, daß der zur Verpflichtung Angetretene nun aus seiner Kindheit heraus und in die Gemeinschaft der Jugendlichen eingetreten war. Die Verzahnung dieser Handlungen war genau geplant und folgte einem exakt vorgegebenen Muster; ihr lag eine ausgeprägte Institutionalisierung zugrunde.

Bei rituellen Kommunikationshandlungen gewinnt die Sprache, die dort häufig einen expressiven Charakter aufweist, eine ganz spezielle Funktion. Sie teilt nichts mehr mit, wie es sonst in der Kommunikation üblich ist. Statt dessen übt sie eine vereinnahmende Kraft aus. Dadurch wirkt die Sprache verhaltenssteuernd, und das macht sie außerordentlich wichtig<sup>6</sup>.

So wurde das Leben in der DDR durch einen ständigen Ablauf ritualisierter Handlungen überlagert. Bereits ein Pioniernachmittag und eine FDJ-Versammlung unterlagen einem genau festgesetzten Handlungszeremoniell ebenso wie eine Parteiversammlung und eine Rechenschaftslegung der Gewerkschaft oder einer der gesellschaftlichen Organisationen; und es gipfelte schließlich in den vor der internationalen Öffentlichkeit sorgfältig inszenierten Parteitagen der SED mit ihren Aufmärschen uniformierter Kinder, mit den fahnen-schwenkenden Jugendlichen und den akklamationsgesteuerten Teilnehmern.

Das Ritual ist bedroht und kann leicht zur Farce verkommen. Das ließ sich in der DDR besonders an den Demonstrationen zum 1. Mai beobachten. Ihr Ablauf folgte einem streng regulierten, sich jährlich wiederholenden Schema, in dem kein Handlungssinn mehr zu erkennen war, was aber kaum als Verlust empfunden wurde, allenfalls

5 Vgl. Ulla Fix, *Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände: Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmenden Kommunikation in der DDR*, in: Gotthard Lerchner (Hrsg.), *Sprachgebrauch im Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende*, Frankfurt am Main u. a. 1996, S. 11 ff.

5 Vgl. ebd.

noch von in der DDR studierenden Ausländern wie Palästinensern, die voller Begeisterung mit selbstgefertigten Fahnen ihrer Organisation, die sie dann nicht entrollen durften, zur Demonstration kamen und bitter enttäuscht waren, daß sie nicht die erwartete Resonanz auf ihr revolutionäres Pathos erlebten, sondern statt dessen an der technisch perfekten Organisation einer nichtsagenden Pflichtübung teilnahmen.

#### IV. Klischeehaftigkeit der Sprache

Rituelle Handlungen folgen stets dem gleichen Muster. Davon sind die in sie eingebetteten kommunikativen Tätigkeiten ebenso betroffen wie deren sprachliche Ausformung. Diese ist gekennzeichnet durch Schematisierung im Satzbau und durch Stereotypie im Wortschatz.

Auf die Formelhaftigkeit der nationalsozialistischen Sprache hat bereits der Romanist Victor Klemperer hingewiesen. Er war an der Technischen Universität Dresden tätig und wurde dort als Jude entlassen und von der Gestapo verfolgt. Darüber geben seine Tagebücher Auskunft, die er bis zum Ende seines Lebens gewissenhaft führte<sup>7</sup>. Auch seine Studien zur Sprache des Dritten Reiches, zur *Lingua Tertii Imperii* (LTI), heißen mit dem Untertitel „Notizbuch eines Philologen“. Dort verweist er auf die von der Goebbels-Propaganda gehandhabte Methode: „Durch Einhämmern des immer Gleichen“<sup>8</sup> soll Wirkung erreicht werden.

Die sozialistische Agitation folgte demselben Prinzip. Ihm lag ein einfältiges Quantitätsdenken zugrunde, dem jegliche Sensibilität für das Aufnahmeverhalten des an der Kommunikation Beteiligten fehlte. Tatsächlich bewirkt das fortgesetzte Wiederholen des immer Gleichen keinen Umschlag in eine neue Qualität, sondern das Gegenteil. Der Aufnehmende wird des ständig Gesagten überdrüssig<sup>9</sup>; und das immer wieder verwendete Wort nutzt sich ab.

7 Vgl. Victor Klemperer, *Curriculum vitae: Erinnerungen eines Philologen 1881–1918*, hrsg. von Walter Nowojcki, 2 Bde., Berlin 1989; ders., *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918–1932*, hrsg. von Walter Nowojcki unter Mitarbeit von Christian Löser, 2 Bde., Berlin 1996; ders., *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, hrsg. von Walter Nowojcki unter Mitarbeit von Hedwig Klemperer, 2 Bde., Berlin 1995; ders., *Nun sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959*, 2 Bde., Berlin 1999.

8 Ders., *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig 1968, S. 320.

9 Vgl. Christian Bergmann, *Parteisprache und Parteidenden: Zum Sprachgebrauch des ZK der SED*, in: G. Lerchner (Anm. 6), S. 67f.

Niemand erkennt das besser als ein Schriftsteller. Zu dem ersten Gesichtspunkt äußert sich Vaclav Havel, wenn er von dem Wort „Frieden“ sagt: „40 Jahre lang lese ich es in unserem Land auf jedem Dach und in jedem Schaufenster. 40 Jahre bin ich so, wie alle meine Mitbürger, zur Allergie gegen jenes schöne Wort erzogen worden.“<sup>10</sup> Der zweite wird von Uwe Johnson hervorgehoben: „Der dauernde Gebrauch eines Wortes in Rundfunk, Presse, Plakat kann es seiner ursprünglichen Bedeutung vollkommen entfremden und es – zur Phrase machen.“<sup>11</sup>

Der Schablonisierung unterlag auch der Aufbau von Texten. An ihrem Beginn hatte eine bekennende Formel zu stehen, am besten eine Verneinung vor der Partei, auf deren letzten Parteitag verwiesen wurde, von dessen Beschlüssen man ausging, bevor der eigentliche Gegenstand zur Darstellung kam; und schablonisiert war auch die Reihenfolge der sprachlichen Elemente: Marx wurde vor Engels genannt, die Partei vor der Regierung. Diese Formeln wurden durch sprachliche oder außersprachliche Reize aktiviert und stellten sich dann wie Orwells „Kavalleriepfede beim Hornsignal“<sup>12</sup> in immer der gleichen Reihenfolge auf. Originalität und Kreativität galten nicht als Werte. Vorgeprägte Muster wurden aneinandergefügt, bereits fertige Äußerungsteile als Versatzstücke übernommen.

Die Ursache für die Klischeehaftigkeit der Kommunikation war in der ihr zugrunde liegenden Zielstellung zu sehen. Einerseits war die kommunikative Handlung nicht vom Überzeugungswillen getragen, sondern in ihr drückte sich die Absicht aus, Macht zu repräsentieren. Andererseits wurde die Akzeptanz dieser Macht erwartet. Die formelhafte Sprache bekundete das Ausschalten eines anderen Denkens<sup>13</sup>.

Diese äußere Gleichschaltung bedeutete nichts anderes als einen Eingriff in die Selbstbestimmung des Individuums. Zu dessen psychischer Verformung wurde die Sprache als Mittel eingesetzt. Diese erwies damit ihre Zugehörigkeit zu dem für den poststalinistischen Totalitarismus typischen Instrumentarium. In den sechziger Jahren war der brutale Terror der Nachkriegszeit „leiseren Formen“ gewichen, die sich der Psychologie der Angst

10 Vaclav Havel, *Ein Wort über das Wort*, in: *Kopfbahnhof. Almanach 2. Das falsche Dasein. Sowjetische Kultur im Umbruch*, Leipzig 1990, S. 226.

11 Uwe Johnson, *Eine Reise wegwohin und andere kurze Prosa*, Berlin–Weimar 1989, S. 494.

12 Erhard Eppler, *Kavalleriepfede beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache*, Frankfurt am Main 1992, S. 242.

13 Vgl. George Orwell, *Collected Essays*, London 1961, S. 303.

bedienten<sup>14</sup>. Diese konnten ohne Sprache nicht auskommen, entfremdeten sie damit allerdings ihrem eigentlichen Auftrag: der kommunikativen Ethik.

---

## V. Uniformität der Sprache

---

Uniformität gilt als ein Wesenszug des Totalitarismus. Er prägt die Sprache wie das sprachliche Gestalten. „Es ist bei der Sprache der SED auch ganz unergiebig, zwischen Sprache und Sprachgebrauch zu unterscheiden. Bei einer genormten Sprache ist beides identisch.“<sup>15</sup> Vergleichende Textanalysen zeigen diese Gleichheit der Redeform.

In seiner Autobiographie gebraucht Honecker dieselbe Sprache, mit der er vor Funktionären spricht. Die SED hat nur einen Ton, und den gab die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus vor, ganz gleich, in welcher Umgebung, aus welchem Anlaß und in welcher Absicht zu reden oder zu schreiben war<sup>16</sup>. Eine Untersuchung von drei Reden, die auf dem IX. Pädagogischen Kongreß 1989 in Berlin gehalten wurden, ergibt, daß sie, obwohl unterschiedlichen Textsorten zugehörig, die gleichen Sprachhandlungen aufweisen und über den gleichen Wortschatz verfügen, so daß sie gegeneinander austauschbar werden<sup>17</sup>.

Ebenso wie Übereinstimmung darüber bestand, was in welcher Weise darzustellen war, gab es auch eine Übereinstimmung hinsichtlich thematischer Verbote. Bestimmte Phänomene waren prinzipiell aus der Kommunikation ausgegrenzt. Dazu gehörte die Staatssicherheit. Ebenso war es untersagt, sich speziellen Themen humoristisch zu nähern. Ein Lustspielfilm über die Nationale Volksarmee, ein Kabarettprogramm über die Kampfgruppen wären undenkbar gewesen. Nicht erlaubt war die Kritik an der Partei- und Staatsführung, nicht anzutasten war die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, und nicht angezweifelt werden durfte die Wahrheit des Marxismus mit seinem historischen Determinismus und der Endgültigkeit der kommunistischen Gesellschaftsformation. Das hatte zur

---

14 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Sieben Thesen zum MfS, in: Analysen und Berichte. Aus der Veranstaltungsreihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BUST), Reihe B, Nr. 3/93, Berlin 1993, S. 10; Jürgen Fuchs, Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung (BF), in: BF informiert, 2/1994, S. 4 ff.

15 E. Eppler (Anm. 12), S. 43.

16 Vgl. ebd.

17 Vgl. U. Fix (Anm. 6), S. 47 ff.

Folge, daß die prinzipiellen Gegner des Regimes, die keinen „verbesserten“, sondern gar keinen Sozialismus wollten, sich in Diskussionen – im Gegensatz zu den Reformsozialisten – zurückhielten, weil ihre Einwände grundsätzlicher Art waren und das System als solches in Frage stellten.

Insbesondere bei den inszenierten Massenaufmärschen zeigte sich die Vermassung des Individuums durch den totalitären Staat. Der Totalitarismus zielt darauf ab, den Menschen zu verstaatlichen und zu vergesellschaften. Die total verfaßte Gesellschaft unterwirft sich die Bereiche des Persönlichen und Privaten und betreibt rigoros deren Beseitigung.

---

## VI. Verdinglichung des Menschen in der Sprache

---

Von der Entpersönlichung des Individuums in der Masse zu seiner Verdinglichung ist es nur ein kleiner Schritt. Die Sprache des Totalitarismus bekundet, daß er vollzogen wurde: „Wir werden in absehbarer Zeit auf einer Reihe von Gebieten wieder zu vollen Touren auflaufen“, wird Goebbels im Tagebuch Victor Klemperers zitiert; und die philologisch exakte Deutung stellt heraus: „Sich selber und all seine Getreuen vergleicht der sprachgewaltige Prediger nicht etwa, nein, identifiziert er mit Maschinen.“<sup>18</sup>

Der Mensch soll zum Automaten und es soll erreicht werden, daß er „unabhängig von äußeren Eindrücken, unabhängig von inneren Erwägungen, unabhängig von jeder Instinktregung, dem Befehl des Vorgesetzten genauso gehorcht, wie eine Maschine vom Druck auf den auslösenden Knopf in Gang gesetzt wird“<sup>19</sup>. Aus dieser Einstellung ergibt sich das Übermaß der LTI-Wendungen auf dem Gebiet der Technik, die Masse der mechanisierenden Wörter, die zum Ausdruck des Versklavens und Entpersönlichens werden<sup>20</sup>.

Dieselbe Haltung findet sich bei den führenden Ideologen des sowjetischen Totalitarismus. In seiner Schrift „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ verlangt Lenin, der Schriftsteller müsse mit seiner Tätigkeit „zu einem Teil der allgemeinen proletarischen Sache, zu einem ‚Rädchen und Schraubchen‘ des einen einheitlichen, großen sozialdemokratischen Mechanismus werden“<sup>21</sup>.

---

18 V. Klemperer (Anm. 8), S. 192.

19 Ebd., S. 187.

20 Vgl. ebd., S. 188.

21 Wladimir Iljitsch Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur, zitiert nach: Marxismus und Literatur. Eine Doku-

Und Stalin sieht in ihm „den Ingenieur der menschlichen Seele“<sup>22</sup>. Zu dieser Formulierung notiert Victor Klemperer: „Auch das ist doch ein technisches Bild, ja eigentlich das allertechnischste. Ein Ingenieur hat es mit Maschinen zu tun, und wenn er als der rechte Mann für die Pflege der Seele angesehen wird, dann muß ich also daraus schließen, daß die Seele als Maschine gilt.“<sup>23</sup> Weiter in seinen Schlußfolgerungen geht er allerdings nicht.

Mit der „Liquidation der menschlichen Person“<sup>24</sup>, die sich in der Sprache verrät, befassen sich auch die Herausgeber des Wörterbuchs des Unmenschen. Sie interessieren sich vor allem für die Verben, die ein Akkusativobjekt verlangen, und stellen fest, daß diese in der Sprache totalitärer Staaten auffällig häufig begegnen<sup>25</sup>. Eine Verdinglichung des Menschen bewirken sie allerdings nicht von sich aus; sie tritt vielmehr erst dann ein, wenn in dem geforderten Objekt eine Personenbezeichnung anstelle einer erwarteten, weil eigentlich üblichen Sachbezeichnung verwendet wird.

Diese Erscheinung läßt sich besonders häufig im Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR beobachten<sup>26</sup>. Sie bleibt dort auch keineswegs auf die transitiven Verben beschränkt, sondern begleitet gleichsam den „operativen Vorgang“ von seiner Eröffnung bis zu seinem Abschluß. Denn die Akte wird angelegt, wenn eine Person „operativ angefallen“ ist; dann wird ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) zu ihrer „konkreten Bearbeitung“ eingesetzt; und auch einem IM kann es widerfahren, daß der Führungsoffizier vorschlägt, ihn „abzulegen“ oder „zur Archivierung zu bringen“<sup>27</sup>. Dadurch findet ein Übertragungsprozeß statt, bei dem das Element „menschlich“ getilgt wird. Menschen werden zu Objekten<sup>28</sup>. Es tritt eine Enthumanisierung ein, die im Wesen totalitärer Systeme liegt.

mentation, hrsg. von Fritz Joachim Raddatz, 3 Bde., Reinbek bei Hamburg 1969, Bd. 1, S. 88.

22 Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 9.

23 V. Klemperer (Anm. 8), S. 193.

24 Dolf Sternberger, Das heutige Deutsch – nachlässig, verräterisch oder einfach zeitgemäß? Fünf Thesen, in: ders./Gerhard Storz/Wilhelm E. Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Neue, erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik, Hamburg-Düsseldorf 1968, S. 332.

25 Vgl. ebd., S. 234.

26 Vgl. Christian Bergmann, Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen 1999, S. 16 ff.

27 Die Beispiele finden sich in dem von Joachim Walther, Sicherungsbereich Literatur, Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996 verwendeten Aktenmaterial, und zwar auf S. 791, 767, 688 und 752.

28 Vgl. Hubert J. Gieß, Wo Menschen zu Dingen werden. „Zur Aufklärung der Freundin des X. wurde Y eingesetzt“/

## VII. Aushöhlung der Sprache in den Wortbedeutungen

Das Eröffnungskapitel seines Buches „Begleitumstände“ nennt Uwe Johnson „Zwei Bilder“. In ihm werden „zwei Personen der Zeitgeschichte“ vorgestellt, die als Bilder in seiner Kindheit und Jugend allgegenwärtig waren: Hitler und Stalin. Beide, sagt er, haben vorgeführt, „wie man Sprache falsch benutzen kann, sogar mit dem Vorsatz zu betrügen“<sup>29</sup>. Das geschieht weniger dadurch, daß die Gestalt der Wörter verändert wird, vielmehr werden Eingriffe in ihre Bedeutung vorgenommen.

Das beginnt mit einer Umwandlung ihrer Fähigkeit zu werten. So wurden die Bezeichnungen „Fanatismus“ und „fanatisch“ in der LTI positiv aufgeladen, denn innerhalb des NS-Wertekanon benannten sie Vorbildliches und Beispielhaftes; und in der Sprache des realen Sozialismus wurde der negativ besetzte „Haß“ zu einer erstrebenswerten menschlichen Regung; „seine Stärkung und Vertiefung“ war „Aufgabe und Ziel der klassenmäßigen Erziehung“<sup>30</sup>.

Neben den Umwertungsprozeß tritt die Bedeutungs nivellierung. Unterschiede in den Wortbedeutungen werden beseitigt. Das geschieht im Rahmen einer ideologischen Simplifikation und führt zum Beispiel zur Gleichsetzung von politischem „Gegner“ und militärischem „Feind“. Die entstandene Bedeutungsidentität hat zur Folge, daß zwischen den Benannten nicht mehr differenziert werden muß; und die Bezeichnungen können in das auf einen primitiven Dualismus reduzierte Weltbild eingeordnet werden<sup>31</sup>.

Die Bedeutungsentleerung hat einen weitgespannten Wortinhalt zur Folge, der Unschärfe aufweist und Vieldeutigkeit ermöglicht. Im totalitären Staat kann diese Undeutlichkeit in mehrfacher Weise mißbraucht werden. Zum einen ermöglicht sie die willkürliche Zuordnung zu bewußt nicht exakt festgelegten Begriffen. Wer den „subversiven Kräften“ zugerechnet wird, das ist letztlich eine Ermessensfrage der Staatssicherheit, der die Vagheit der Bedeutung verhängnisvolle Handlungs-

Stasi-Sprache untersucht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 1. 1997, S. 7.

29 Uwe Johnson, Begleitumstände. Frankfurter Vorlesungen, Frankfurt am Main 1980, S. 54.

30 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, BUST (Hrsg.), Reihe A, Dokumente, Nr. 1/93, Berlin 1993, S. 163. Neu erschienen als: Siegfried Suckut (Hrsg.), Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996.

31 Vgl. J.-P. Picaper (Anm. 4), S. 79.

räume eröffnet<sup>32</sup>. Zum anderen fungieren die Leerformen auch als Tarnwörter, eben weil sie viele Deutungsmöglichkeiten zulassen. Das „Liquidieren“ eines Menschen kann vieles bezeichnen – bis hin zu seiner physischen Vernichtung. Diese Bedeutungseigenschaft kann der Verschleierung vor anderen ebenso nutzbar gemacht werden wie dem Betrug vor sich selbst.

Bei der Bedeutungsveränderung wird der gesamte Wortinhalt verfälscht. Als Paradebeispiel für diese Technik gilt „Demokratie“<sup>33</sup>, auch „Wahl“ läßt sich anführen<sup>34</sup>, und das „Reale“ ist für den kommunistischen Agitator keineswegs das „Wirkliche“<sup>35</sup>. Die Bedeutung von „Frieden“ schließt (gerechten) „Krieg“ ein; und was „solidarische Hilfe“ bedeutet, das erfuhr das tschechische Volk im August 1968 bei der Niederschlagung seiner freiheitlichen Bestrebungen.

In geradezu beispielloser Weise verfährt bei diesen Bedeutungsverfälschungen die Staatssicherheit. Das zeigt die Eintragung zu dem Stichwort „Vertrauensverhältnis“ in dem von Mielkes Ministerium herausgegebenen Wörterbuch. Die weit-schweifige Definition spricht von einer „Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen, die auf Grund komplexer, individuell verschiedenartiger psychischer Erscheinungen zu einer einseitigen oder beiderseitigen Bevorzugung und besonderen Anerkennung in bestimmten Lebensbereichen führt. Ein V. entwickelt sich vor allem aus Kenntnissen über den Partner, gefühlsmäßiger Zuwendung zu ihm und einstellungsmäßigem Verlassen auf ihn. In der politisch-operativen Tätigkeit wird in der Regel von V. zwischen operativem Mitarbeiter und IM gesprochen, wobei anzustreben ist, daß der IM dem operativen Mitarbeiter volles Vertrauen entgegenbringt, während der operative Mitarbeiter in seinem Verhältnis zum IM den Sicherheits- und Kontrollaspekt nicht außer acht lassen darf. Zwischen IM und operativ interessierender Person wird in der Regel von vertraulichen Beziehungen gesprochen, die ausdrücken sollen, daß die operativ interessierende Person zum IM volles Vertrauen hat, während der IM ihr gegenüber ein Vertrauen vortäuscht.“<sup>36</sup>

32 Vgl. Thomas Auerbach, Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. BUST (Hrsg.), Reihe B, Analysen und Berichte, Nr. 1/95, Berlin 1994, S. 116 f.

33 J.-P. Picaper (Anm. 4), S. 80.

34 Vgl. Christian Bergmann, Semantische Destruktion als Methode der Manipulation, in: Ruth Reiher (Hrsg.), Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen, Berlin–New York 1995, S. 300 ff.

35 Ebd.; vgl. auch J.-P. Picaper (Anm. 4), S. 141, und E. Eppler (Anm. 12), S. 45 ff.

36 Das Wörterbuch der Staatssicherheit (Anm. 30), S. 438.

Mit Recht kann man hier davon sprechen, daß Wörter mißbraucht werden. Indem er ihre Bedeutung verändert, stellt sie der Unrechtsstaat in seine machterhaltenden Dienste. Dieses Verfahren gilt als die perfideste und zugleich gängigste Variante ideologischer Sprache. Denn sie wird, indem sie das allen Bekannte sich selbst entfremdet, zum Mittel der Manipulation<sup>37</sup>, und das Vertrauen in sie geht verloren.

Das Benannte ist anders, als man es von der Benennung her vermutet. Es kommt zu einem Auseinanderfallen von Sprache und Welt. Das bleibt für die Zeichenbenutzer nicht folgenlos. Sie haben keine Sprache mehr, die die Welt hereinholen könnte; und so beginnen sie – als Gefangene ihrer Sprache –, in einer fiktiven Welt zu leben. Die Phrase tritt an die Stelle des tatsächlichen Seins. Das verhindert letztlich dessen Bewältigung.

---

## VIII. SED-Sprache und LTI in ihrer Gegensätzlichkeit

---

Neben den dargestellten Gemeinsamkeiten gab es auch gravierende Unterschiede zwischen der Sprache des Dritten Reiches und der des realen Sozialismus. Diese Unterschiede gelten auch für die Politik generell. Nur einer davon soll hier herausgehoben und näher beleuchtet werden. Er liegt auf der stilistischen Ebene, beruht auf unterschiedlichen Bewußtseinshaltungen und verweist auch auf entgegengesetzte Zielstellungen der Sprecher.

Anstatt von der Weimarer Republik sprachen die NS-Historiker von der „Systemzeit“. Die Verächtlichkeit, die in dem Bestimmungswort mitschwingt, ist nicht zu überhören. Sie resultiert aus einer Ablehnung des Systembegriffs; und diesem Phänomen geht Victor Klemperer „sprachgedanklich“ nach. Ein „System“ ist für ihn „eine Konstruktion“, „ein logisch geknüpftes Gedanken-netz zum Einfangen des Weltganzen“. Damit erweist sich seine Nähe zur Philosophie. Denn eigentlich „heißt philosophieren: systematisch denken. Gerade das aber ist es, was der Nationalsozialist aus dem Innersten seines Wesens heraus ablehnen, was er aus dem Trieb der Selbsterhaltung verabscheuen muß.“ „Deshalb liebt die LTI das Wort Philosophie beinahe noch weniger als das Wort System. Dem System bringt sie negative Neigung entgegen, sie nennt es immer mit Mißbach-

37 Vgl. Heidrun Kämper-Jensen, Deutsches Fremdwörterbuch – Bericht aus der Werkstatt II. Mißbrauchte Wörter und ihre Darstellung im allgemeinsprachlichen Wörterbuch, in: Sprachreport, I/95, S. 10.

tung, nennt es aber häufig. Philosophie dagegen wird totgeschwiegen, wird durchgängig ersetzt durch ‚Weltanschauung‘.<sup>38</sup>

Daß die LTI diese und nicht die Bezeichnung „Weltansicht“ verwendet, ist für Victor Klemperer kein Zufall. Denn „Anschauen ist niemals Sache des Denkens.“ Es „ist im Deutschen einem selteren, feierlicheren, ahnungsvoll verschwommenen – ich weiß nicht, sage ich Tun oder Zustand vorbehalten: es bezeichnet ein Sehen, an dem das innere Wesen des Betrachtenden, an dem sein Gefühl beteiligt ist.“<sup>39</sup>

Der Nationalsozialismus war philosophisch nicht fundiert. Dementsprechend fehlte der LTI der intellektuelle Zuschnitt. Sie sollte nicht zum Denken anregen; ihr Ziel bestand vielmehr darin, Massen in einen rauschhaften Zustand zu versetzen.

Im Gegensatz dazu fehlte der Sprache des realen Sozialismus jede Emotionalität. Diese Gefühlsarmut war historisch bedingt. Bekanntlich hatte Marx seine Vorgänger als „utopische Sozialisten“ bezeichnet und für sich in Anspruch genommen, einen „wissenschaftlichen Sozialismus“ entwickelt zu haben. Engels hatte diese Auffassung gestützt in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. Sie galt für die Wissenschaftspolitik der SED als unumstößlich; und demgemäß gab es an Universitäten und Hochschulen der DDR ein Lehrgebiet „Wissenschaftlicher Kommunismus“.

Mit dieser Gleichsetzung von Wissenschaft und Politik sowie der Auffassung, allein im Besitz einer absolut gültigen Wahrheit zu sein, hatte sich die Partei selbst eine verhängnisvolle Schlinge gelegt. Denn nun mußte jede Äußerung zur aktuellen Politik als eine wissenschaftliche Darlegung verstanden werden. Wie sie einmal festgelegt war, so hatte sie zu bleiben. Um diese Formulierungen wurde häufig bei ihrer Ausarbeitung mühselig gerungen. „Jeder nichtige Satz wurde mit ideologischer Akribie erarbeitet. Es gab einen Formulierungskult, der mit Formulierungskunst nichts zu tun hatte. Denn die entstehenden Sätze waren so unbeholfen wie nichtssagend.“<sup>40</sup> Waren sie schließlich „festgeschrieben“, so galten sie als unumstößlich. Eine Abweichung davon konnte nur noch als unwissenschaftlich und falsch eingeordnet werden. Die Angst vor Fehlerhaftigkeit führte dazu, daß diese bis ins Detail exakt formulierten Äußerungen in ihrem genauen Wortlaut abgelesen werden mußten, was jene emotionale Armseligkeit zur Folge hatte, mit der niemand erreicht wurde.

Darüber hinaus erwies es sich als notwendig, jedes Element des politischen Wortschatzes als Terminus zu verstehen und entsprechend exakt zu definieren. So wird im Vorwort zum 4. Band des Wörterbuches der deutschen Gegenwartssprache erklärt, daß man von nun an „den gesamten Wortschatz konsequent auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung darstellen“ wird. „Mit seinen lexikographischen Mitteln will es zur Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen in der DDR beitragen.“<sup>41</sup> Damit wird deutlich, daß die Partei versuchte, sich hier ein weithin reichendes Bildungsmittel für das Lehren und für das Erlernen ihres Dogmas zu schaffen.

Andererseits ließ die begriffliche Starrheit der Wörterbucheintragungen keine Freiheit für Spielräume. Nur wer die Normen gesetzt hatte, konnte sie verändern. Diejenigen, die sie sich angeeignet hatten und gebrauchten, konnten sie nur in der vorgegebenen Weise verwenden und wurden zu Gefangenen ihrer eigenen Terminologie.

So sehr sich die Sprachen der beiden totalitären deutschen Staaten voneinander unterscheiden, am Ende resultieren ihre Divergenzen aus der gleichen Ursache. Emphatisches Pathos und Pseudowissenschaftlichkeit mißtrauen beide der Kreativität des kritischen Intellekts und wurzeln letztlich in der gleichen Geistfeindlichkeit der totalitären Systeme.

---

## IX. Schluß

---

SED-Sprache und LTI sind zusammen mit den Systemen, in denen sie entstanden waren und die sie repräsentierten, untergegangen. Sprachliche Untugenden, die heute die kritische Aufmerksamkeit des Sprachwissenschaftlers herausfordern, sind mit ihnen nicht vergleichbar. Der Blick in die sprachliche Vergangenheit kann dazu beitragen, zeitgeschichtliches Wissen zu vertiefen; der jungen Generation kann er verdeutlichen, was ihr erspart geblieben ist. Außerdem darf man nicht übersehen, daß vieles der Vergangenheit Zugehörige in Vergessenheit gerät, so daß sich nostalgische Verklärungen einstellen. Manche Politikwissenschaftler halten das für eine gesetzmäßige Erscheinung nach dem Untergang von Diktaturen. Damit kann man sich nicht abfinden. Gerade diese Vergeßlichkeit macht eine Kultur des Erinnerns dringend erforderlich.

38 V. Klemperer (Anm. 8), S. 122.

39 Ebd., S. 122 f.

40 Uwe Grüning, Zur geistig-kulturellen Situation in der DDR, Masch. Ms. 1990, S. 8.

41 Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (Anm. 1), 4. Bd., S. II.



# Die Neulehrer: Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft

## I. Einleitung

Die DDR war ein Staat, der mit Symbolen nicht geizte. Er bedurfte ihrer und nutzte sie, um sich seiner Legitimität zu versichern oder sich diese zu verschaffen. Die politische Symbolik postulierte auf relativ einfache und durchschaubare Weise die ideologischen Prämissen des Gesellschaftssystems<sup>1</sup>. Von dieser Symbolik ist nichts mehr geblieben. Darüber hinaus verfügte die DDR-Gesellschaft über symbolische Kommunikationsformen, die keineswegs mit dem Ende des Staates verlorengegangen sind. Diese zu untersuchen scheint nicht nur sinnvoll, um Erklärungen für die relative Stabilität des politischen Systems zu finden, sondern auch, um soziale und kulturelle Eigenarten der ostdeutschen Gesellschaft zu erfassen. Ein Bereich, der, obwohl politisch scheinbar völlig desavouiert und deshalb für viele überraschend, bis heute starke ‚Kohäsionskräfte‘ hat, ist das Bildungssystem der DDR<sup>2</sup>. Die Wurzeln dieses Phänomens liegen in der Frühzeit der DDR und in deren erfolgreicher symbolischer Vermittlung. Mit dem Bildungssystem verbinden sich Gründungsversprechen der DDR: der ‚Neubeginn‘ im Zeichen des Antifaschismus, das Gleichheitsprinzip (‚Brechung des Bildungsprivilegs‘), soziale Mobilität und der Elitenwechsel. Es handelt sich um zentrale Legitimationselemente der DDR, die durch biographische Erfahrungen untermauert scheinen. Eine soziale Gruppe, in der sich diese Elemente bündeln, sind die *Neulehrer*.

„Die Bezeichnung ‚Neulehrer‘, in die 1945/46 viele Menschen ihre Geringschätzung hineinleg-

ten, ... wurde zu einem ‚Ehrennamen‘ für diejenigen, die mithalfen, eine historische Wende im deutschen Schulwesen herbeizuführen, und die heute den Kern unserer sozialistischen Lehrerschaft bilden“, resümierte 1965 einer der führenden DDR-Bildungshistoriker<sup>3</sup>. In einer fast dramenhaften Inszenierung erscheinen die Neulehrer als eine soziale Gruppe, der es gegen Widerstände gelang, sich aus anfänglicher Stigmatisierung herauszuarbeiten, und der deshalb Anerkennung nicht mehr verwehrt werden könne. Unschwer läßt sich dieses Bild auf die DDR insgesamt übertragen, und zweifellos war das vom Autor auch so gemeint. Die Neulehrer waren ein wichtiger Bestandteil des Gründungsmythos der DDR, den die Bildungsgeschichtsschreibung zu befördern hatte<sup>4</sup>. Dem standen stets Versuche der Delegitimierung gegenüber, ob in der Alltagswahrnehmung oder in der wissenschaftlichen Diskussion. Verkörpern sie den einen den ‚Aufstieg‘ des deutschen Schulwesens, gelten sie anderen gerade als Beleg für dessen Niedergang<sup>5</sup>. Im „kollektiven Gedächtnis“<sup>6</sup> stehen sie über den Bildungsbereich hinaus für den gescheiterten Versuch einer alternativen Gesellschaft oder aber für ein diktatorisches Gesellschaftsexperiment.

Bisher dominierende politikgeschichtliche Zugänge erfassen die Rolle der Neulehrer für die DDR-Gesellschaft nur in Hinblick auf deren politische Instrumentalisierung durch die SED. Um ihre Bedeutung für das ‚Selbstverständnis‘ der DDR sichtbar zu machen, bedarf es eines Zugangs, der sozial-, mentalitäts- und berufsgeschichtliche Merkmale mitberücksichtigt und der die Ebene symbolischer Vermittlung nicht ausspart. In Anlehnung an einen Ansatz aus der Kul-

1 Vgl. Maoz Azaryahu, Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR, Gerlingen 1991; Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteiauftrag: ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1997.

2 Vgl. Umfrageergebnisse in Hans-Günter Rolff u.a. (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 7 und 8, Weinheim-München 1992 und 1994; Thomas W. Neumann, Was Lehrerinnen und Lehrer heute mit der DDR-Schule verbindet, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Kindheit, Jugend und Bildungsarbeit im Wandel, Weinheim 1996, S. 397–410; vgl. auch jüngst die Reaktionen auf die Pfeiffer-Thesen zur DDR-Erziehung, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 3. 1999; Berliner Zeitung vom 12. 3. 1999; Die Zeit vom 22.4.1999.

3 Gottfried Uhlig, Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945–1946, Berlin 1965, S. 152.

4 „Vom schweren Anfang unserer Neulehrer erzählen heißt, eines der erregendsten Kapitel aus der Geschichte unserer antifaschistisch-demokratischen Revolution schildern“, Autorenkollektiv, Zukunft von Anfang an. Der Weg unserer sozialistischen Schule, Berlin 1970.

5 So Brigitte Hohlfeld, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, S. 427.

6 Herfried Münkler, Das kollektive Gedächtnis der DDR, in: D. Vorsteher (Anm. 1), S. 458; vgl. Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen (1925), Frankfurt am Main 1985.

turanalyse sehe ich einen geeigneten Zugang darin, die Neulehrer als ein „Schlüsselsymbol“ der DDR-Gesellschaft zu verstehen, das wesentliche Vorstellungen, Erfahrungen und Handlungsstrategien sozialer Akteure in dieser Gesellschaft erfaßt. Über die Untersuchung des Symbols ‚Neulehrer‘ erfährt man demnach etwas über die politische, soziale und kulturelle Verfaßtheit der DDR-Gesellschaft<sup>7</sup>.

## II. Das Programm der Umschichtung der Lehrerschaft

Neben der Bodenreform und der Verstaatlichung der Großindustrie gehörte die Schulreform zu den Kernbereichen der gesellschaftlichen Umgestaltung in der SBZ. Zwar kam in allen Besatzungszonen der Entnazifizierung der Lehrerschaft eine besondere Bedeutung zu, in der SBZ waren die Eingriffe jedoch am umfassendsten. Dies war vor allem dem Konsens zwischen Besatzungsmacht und verantwortlichen deutschen Bildungspolitikern zu verdanken. Aufgrund der Schlüsselfunktion des Bildungssystems für die Gesellschaft wurden Maßnahmen zur politischen und sozialen Umschichtung der Lehrerschaft durch den Einsatz von Neulehrern befürwortet. Zwei SMAD-Befehle lieferten die Grundlage<sup>8</sup>. Die Realisierung lag in den Händen der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV), die in ihren Durchführungsbestimmungen offen ihre weitreichenden Intentionen benannte: „Diese Maßnahme der Not“, hieß es, biete „die große Gelegenheit, mit einem Schlage den Bestand unserer Lehrerschaft von Grund auf zu erneuern“<sup>9</sup>.

Bedingt durch Kriegsverluste, Kriegsgefangenschaft, steigende Schülerzahlen sowie die erste Welle der Entnazifizierung<sup>10</sup> fehlten Ende 1945

7 Vgl. Petra Gruner, Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft? Diss., Humboldt-Universität zu Berlin 1998. Zur Theorie des Schlüsselsymbols vgl. Sherry B. Ortner, On Key Symbols, in: *American Anthropologist*, 75 (1973), S. 1338–1346.

8 Vgl. Befehl Nr. 40 zur Vorbereitung der Schulen zum Schulbetrieb vom 25. 8. 1945 (BArch DR-2/910, Bl. 8) und, nachdem eine SMAD-Kontrolle (SMAD = Sowjetische Militäradministration in Deutschland) Ende Oktober die unzureichende „Säuberung“ der Lehrerschaft monierte, Befehl Nr. 162 „Maßnahmen für die Ausbildung von Lehrern für die Volksschule in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ vom 6. 12. 1945, der die Einrichtung SBZ-weiter Kurse ab Januar 1946 vorsah (ebd., Bl. 13).

9 BArch DR-2/173, Bl. 11 – Bestimmungen über die Lehrgänge zur Ausbildung von Lehrern an Volksschulen.

10 Bis Ende November 1945 waren in der SBZ 11 369 Lehrer aus dem Schuldienst entlassen worden (BArch DR-2/1028

nach Berechnungen der DVV in der SBZ einschließlich Berlin fast 31 000 Lehrer (ohne Berlin: 28 622)<sup>11</sup>. Nachdem 1945 bereits über 10 000 Schulfreier in den Schuldienst gekommen waren, wurden 1946 in 86 Lehrgängen 24 329 Neulehrer ausgebildet, 19 576 wurden nach bestandener Abschlußprüfung in den Schuldienst übernommen<sup>12</sup>. Anfang 1947 sah eine neue Säuberungswelle die Entlassung von 3 500 Lehrern vor, und neue Kurse für fast 7 500 Neulehrer wurden geplant<sup>13</sup>. Insgesamt wurden zwischen 1945 und 1950 mehr als 60 000 Neulehrer ausgebildet. Vor allem die hohe Fluktuation unter den Neulehrern sorgte dafür, daß trotz versuchter Gegensteuerung durch die DVV und trotz ab 1948 einsetzender Wiedereinstellungen entlassener Lehrer bei veränderter Form und Dauer immer wieder auf diese Art der Lehrgewinnung zurückgegriffen wurde.

Ausschließlich durch die Entnazifizierung legitimiert, war die Neulehrgewinnung ein Notprogramm, das sich im Gegensatz zu den Bestrebungen vieler Bildungspolitikern, z. B. der DVV und der Lehrgewerkschaft, befand. Diese erhofften sich von der Schulreform nämlich zuerst eine Lehrerbildungsreform, wie sie zum Ende der Weimarer Republik von sozialistischen Bildungsreformern gefordert worden war. Die „Verwirklichung der Einheitsschule“ hing für sie von der „Einheitlichkeit des Lehrerstandes“ ab, die nur die Ausbildung aller Lehrer an der Universität gewährleisten konnte<sup>14</sup>. Dieses Reformziel wurde in der SBZ/DDR nie erreicht. Gemessen daran war die ‚Erneuerung der Lehrerschaft‘ als ‚Voraussetzung der Schulreform‘ nicht ein Erfolg, sondern eher ein Scheitern.

Die Neulehrgewinnung verlief zudem keineswegs planvoll, sondern war von Ad-hoc-Entscheidungen geprägt. Die „Zusammenbruchge-

– Denkschrift über die Maßnahme zur Ausbildung von pädagogischen Lehrkräften ...).

11 DIPF/BBF-Arch, Nachlaß Regener, Nr. 171 – Magistratsvorlage für die Sitzung am 23. 12. 1945.

12 Für 1945 gibt es differierende Angaben; nach B. Hohlfeld (Anm. 5) waren es allein in den Ländern Mecklenburg und Sachsen sowie der Provinz Brandenburg 10 100. Für 1946 vgl. BArch DR-2/174, Bl. 280 – Lehrerausbildung im Jahre 1946.

13 Anlaß waren die Direktiven 24 (12. 1. 1946) und 38 (12. 10. 1946) des Alliierten Kontrollrats mit verschärften Entnazifizierungsbestimmungen. BArch DR-2/421, Bl. 100 f. – Hinweis zur Durchführung der Direktiven 24 und 38 (30. 1. 1947); ebd./180, Bl. 137 – Entwurf für die Ministerkonferenz Februar 1947 (10. 2. 1947); ebd./165, Bl. 4–12 – Betr. Befehl Nr. 48 zur Ausbildung von Neulehrern vom 26. 2. 1947.

14 Vgl. DIPF/BBF-Archiv, Nachlaß Regener, Nr. 171 – Leitsätze für die Neugestaltung der Lehrerbildung, 20. 3. 1946; BArch DR-2/172, Bl. 51 f. – Betr. „Die endgültige Ausbildung der Lehrer in der sowjetischen Besatzungszone“, 8. 3. 1947.

sellschaft“ (Kleßmann) der Nachkriegszeit drückte ihr den Stempel auf. Schon ab Mai 1945 wurden überall in der SBZ Schulhelfer eingestellt, für die zunächst eine hinreichende Schulbildung als Qualifikationsnachweis und der Nachweis einer wie auch immer erworbenen ‚antifaschistischen Gesinnung‘ genügten. Bei laufender Entnazifizierung sollte ab Oktober 1945 die SBZ-weite Aufnahme des Schulbetriebs gewährleistet sein. Aufgrund der bestehenden Länderhoheit wurden die Säuberungen sehr unterschiedlich gehandhabt, woraus Unterschiede im Einsatz von Neulehrern resultierten. Erst mit den ab Januar 1946 eingerichteten Kursen sollte die Neulehrergewinnung eine feste Struktur erhalten. Eine umfassende Werbekampagne setzte ein, die insbesondere Angehörigen bisher ‚benachteiligter Schichten‘ den ‚Aufstieg‘ in den Lehrerberuf und entsprechende materielle Unterstützung versprach. Die Resultate dieser Kampagne wurden in denselben Medien in ihrer Ambivalenz kommentiert: In den erwünschten Schichten blieb die Resonanz gering, die geforderte ‚antifaschistische Gesinnung‘ ließ sich durch ‚Persilscheine‘ erwerben, und ein besonderes Interesse erweckte der Zugang zu einem sozial anerkannten Beruf bei verkürzter Ausbildungszeit ebenso wie die zugesicherten Verpflegungssätze. Auch zeitweilige Aufnahmestopps und gezielte Werbungsaktionen über Parteien und Gewerkschaften führten kaum zu besseren Ergebnissen<sup>15</sup>. Ein brandenburgischer Schulrat teilte z. B. der Provinzialverwaltung lakonisch mit: „Bewerber aus Arbeiter- und Handwerkerkreisen konnte ich nicht in größerem Umfange heranziehen, weil sie sich nicht gemeldet haben.“<sup>16</sup> Dennoch wurden nach einer Überprüfung durch die SMAD im Frühjahr 1946 gerade die Schulräte dafür verantwortlich gemacht, daß in keinem Land der SBZ die Auslesekriterien eingehalten wurden<sup>17</sup>.

Letztlich aber profitierte die Neulehrergewinnung von den Gegebenheiten der Nachkriegsgesellschaft, die aufgrund der Arbeitsmarktsituation und der Entnazifizierung generell durch Berufs-, Status- und Schichtenwechsel gekennzeichnet war. Es stand eine große Gruppe von Personen zur Verfügung, die nach beruflicher Neuorientierung bzw. Ausbildungsperspektiven suchten: Das waren

15 Die Werbekampagne setzte im Dezember 1945 ein und zog sich über das Jahr 1946, v. a. in den Parteizeitungen „Deutsche Volkszeitung“ (KPD), Das Volk (SPD), Der Morgen (LDP), Neue Zeit (CDU), Die Freie Gewerkschaft (FDGB) sowie der SMAD-Zeitung Tägliche Rundschau.

16 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 250/1813 – Organisationsplan für die Ausbildung der in der praktischen Schularbeit stehenden Neulehrer, betr. Runderlaß Nr. 106/IV vom 1. 12. 1945.

17 Vgl. BArch DR-2/173, Bl. 260 f. – Abt. Volksbildung der SMAD, Mitropolskij, an DVV, Direktor Wandel (28. 6. 1946).

vor allem Angestellte und Oberschüler, die geringe Aussichten hatten, begonnene oder angestrebte Berufswege fortzusetzen. In einer Zeit, in der Bauberufen der Vorzug gegeben wurde, war die Neulehrerausbildung vor allem eine einmalige Alternative für die Angehörigen bildungswilliger Milieus.

Bei der politischen Auslese wurden frühzeitig Zugeständnisse gemacht. Eine ‚Amnestierung‘ der Jahrgänge bis 1920 eröffnete noch 1945 Mitgliedern der HJ und des BDM sowie jungen NSDAP-Mitgliedern den Weg in den Schuldienst. Der Umgang mit den jugendlichen Mitläufern des Nazi-Regimes war moderat und auf Integration und Umerziehung gerichtet. Diese schonende Behandlung traf vielfach auf Unverständnis: „Im allgemeinen werden immer wieder Stimmen laut, die die Ausmerzungen der alten, bewährten Lehrkräfte bedauern, da man zum großen Teil erzwungene Nationalsozialisten im antifaschistischen Sinne für zuverlässiger hält als die jungen Leute, die ohne Kritik einseitig in dieser Gesinnungsrichtung aufgewachsen sind.“<sup>18</sup> Die Sorge teilten neben Eltern und Schulräten auch Vertreter der Lehrgewerkschaft. Über dieses Problem konnten die schon 1946 beeindruckenden SED-Mitgliederzahlen nur mühsam hinwegtäuschen. Die „übergroße Mehrzahl“, so ein Leiter der Neulehrerausbildung, seien „Opportunisten, die ihren Mantel nach dem gerade wehenden politischen Wind hängen. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei besagt dabei gar nichts.“<sup>19</sup> Entsprechend der üblichen Unterscheidung „nomineller“ und „aktiver“ NSDAP-Mitglieder in der Entnazifizierungsdiskussion wurde bereits von „nominellen SED-Mitgliedern“ gesprochen, die den Parteibeitritt zur Sicherung ihrer beruflichen Stellung gewählt hätten<sup>20</sup>. Zu den Sozialisationserfahrungen der Neulehrer gehörte auch ein ritualisierter Umgang mit politischen Zumutungen.

Während zeitgenössische Quellen ein überaus facettenreiches und ambivalentes Bild der Neulehrergewinnung zeichnen, setzte sich in der Geschichtsschreibung, aber auch in anderen gesellschaftlichen Medien, schon bald eine kanonisierte Sichtweise durch, in der die Kontingenzen dieser historischen Phase getilgt waren.

18 BArch DR-2/969, F. 94 – LDP-Ortsgruppe Werder/Havel, 24. 6. 1947. Ähnlich der SED-Kreisvorstand über einen Neulehrerkurs in Eberswalde (BLHA, Rep. 332, Nr. L IV/2/9.02/735, F. 111, 7. 5. 1947).

19 BArch DR-2/203, Bl. 94–97 – Erfahrungen in den Ausbildungslehrgängen für Grundschullehrer in den letzten beiden Jahren ([Magdeburg] 16. 8. 1948).

20 Vgl. BArch DR-2/180, Bl. 101 – Referat Lehrerbildung, 16. 5. 1947.

---

### III. Neulehrer in der Literatur und im DEFA-Spielfilm

---

Welche Bedeutung die Neulehrer für die gesellschaftliche Umgestaltung in der SBZ/DDR hatten, zeigen auch die DDR-Literatur und der DEFA-Spielfilm. Die politischen, sozialen und menschlichen Konflikte dieses Umbruchs boten für künstlerische Darstellungen reichlich Stoff. Neulehrer waren schon in den fünfziger Jahren Protagonisten dieser gesellschaftlichen Umwälzung<sup>21</sup>. Rückblicke auf die Jahre 1945/46 waren Ausdruck eines forcierten Bedürfnisses nach Selbstvergewisserung über die Legitimität der Entwicklung in der DDR. Dieses Bedürfnis verstärkte sich nach dem Mauerbau 1961. Zugleich waren beiden Medien erzieherische Aufgaben zugewiesen. Sie sollten ‚typische‘ Entwicklungen und Erfahrungen erfassen, damit ein verbindliches Geschichtsbild vermitteln und darüber hinaus eine Art Handlungsanleitung für die Rezipienten bereitstellen.

Ein zentrales Thema der Erzählliteratur war die ‚Wandlung‘ der Mitläufer des NS zu Antifaschisten. Schriftsteller, die selbst als Neulehrer begonnen hatten, schrieben idealisierte Entwicklungsromane, in denen ehemalige Wehrmachtssoldaten nach weltanschaulicher ‚Wandlung‘ zu der Überzeugung gelangten, daß sie als Neulehrer zu Erziehern einer neuen Generation berufen waren. Etwas später folgten Romane, in deren Mittelpunkt Karrieren ‚sozialistischer‘ Neulehrer standen, die als beispielhaft für die soziale Mobilität und die Mitwirkungschancen sowie die daraus resultierende hohe Identifikation mit der DDR-Gesellschaft galten<sup>22</sup>.

Letzteres trifft auch für den DEFA-Spielfilm „Die besten Jahre“ (1965) zu. Er machte die Biographie eines Neulehrers zu einem Gleichnis für die Geschichte des Bildungswesens und der DDR insgesamt: Ein ehemaliger Weber wird von der ‚Partei‘ zu einem Neulehrerkurs geschickt und übernimmt, obwohl permanent überfordert, erst eine Dorf-

schule, dann eine Oberschule und gelangt schließlich ins Ministerium für Volksbildung der DDR. Wie in einer Reihe anderer Filme dieses Zeitraums wird hier ein spezifisches Sozialismus-Verständnis vermittelt: Die DDR erscheint als ein ‚Experiment‘, dessen Erfolg von den Beteiligten abhängt, von deren Bereitschaft, sich dafür zu engagieren und sich ‚ganz hinzugeben‘. Weniger im gezeigten individuellen Lebensverlauf als im Grundmuster dieses Werdegangs konnten sich Neulehrer wiederfinden: wenn der Neulehrer übermüdet über seinen Unterrichtsvorbereitungen einschläft, wenn er vom Dach Schiefer für die Schule klaut, wenn er sich in der Oberschule dem mitleidigen Lächeln der Studienräte gegenüber sieht, die ihm die professionelle Anerkennung verweigern, und wenn er die Situation letztlich bewältigt. Hier wurden Erfahrungsmuster vorgeführt, die auch für Neulehrer, die nicht wie der Filmprotagonist 1945 in die KPD eintraten und zum Kader der Volksbildungsadministration avancierten, identitätsstiftend sein konnten.

Die DEFA-Spielfilme der sechziger Jahre hatten einen starken pädagogischen Charakter; ihr künstlerischer Anspruch, „eine Sache von Belang vorzutragen“, erlaube es dennoch nicht, sie auf ihre Ideologie zu reduzieren<sup>23</sup>. Belangvoll sind, bei allen Unterschieden in der künstlerischen Qualität, die genannten Beispiele aus Literatur und Film vor allem deshalb, weil sie Deutungsmuster von Neulehrerbiographien anboten – nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die subjektive Sinnggebung. Sie knüpften an authentischen Lebensläufen an und gossen diese in eine geschlossene Form. Damit erleichterten sie aber wiederum die Orientierung in der Gesellschaft. Erst in einer späteren Phase öffnete sich die DDR-Literatur den kontingenten Erfahrungen von Neulehrern<sup>24</sup>.

---

### IV. Erfahrungsmuster von Neulehrerbiographien

---

Die Geschichte der Neulehrer ist eine Geschichte individueller Lebensverläufe und gleichzeitig die einer sozialen Gruppe und ‚kollektiver‘ Erfah-

---

21 Z.B. in den DEFA-Spielfilmen „Die Jungen vom Kranichsee“ (1950), „Hexen“ (1954) oder „Tinko“ (1957). Sie stießen jedoch auf scharfe Kritik, weil sie angeblich nicht das ‚Typische‘ der ‚demokratischen Schulreform‘ erfaßten (vgl. Fritz Ludwig, Die Jungen vom Kranichsee. Eine Filmkritik pädagogisch gesehen, in: die neue schule, 5 (1950) 38, S. 966–968).

22 Zu den ersteren gehörten z. B. Günter de Bruyn, Der Hohlweg, Halle–Leipzig 1963; Max Walter Schulz, Wir sind nicht Staub im Wind. Roman einer unverlorenen Generation, Halle–Leipzig 1962, 1980<sup>14</sup>; zu letzteren Werner Heiduczek, Abschied von den Engeln, Halle 1968; Fritz Meyer-Scharfberg, Die Jahre mit Per, Rostock 1972.

23 Regine Sylvester, Beschwörende Sprüche für ein gutes Ende. Zur Werkschau „Film-Wirklichkeit-Deutschland“ im Martin Gropius-Bau in Berlin, in: Berliner Zeitung vom 26. 6. 1999.

24 So in Werner Heiduczeks Roman „Tod am Meer“, Halle 1977. Der Protagonist, Vertriebener aus Oberschlesien, nennt die Neulehrer pointiert „Gestrandete und Obdach Suchende“; er sei Neulehrer geworden, um zu überleben, und in die SPD eingetreten, weil er „hundert Mark dafür bekommen habe“ (S. 57).

lungsmuster. Die Neulehrer verkörpern quasi lebensgeschichtlich ‚Aufstieg‘ und ‚Niedergang‘ der DDR: Sie begannen ihre Berufslaufbahn nach 1945 und beendeten sie meist in den achtziger Jahren. Um die Erfahrungen der Beteiligten mit zu berücksichtigen, sind Interviews mit ehemaligen Neulehrern Dokumente von besonderem Rang. Sie zeigen, daß die Erfahrungsgeschichte der Neulehrer nicht erst 1945, sondern reichlich zwei Jahrzehnte früher beginnt. Auch diese ‚Vorgeschichten‘ sind die von Schule und Gesellschaft der DDR. Die aus 51 Interviews gewonnenen ‚Muster‘ erheben nicht den Anspruch der ‚Repräsentativität‘. Es gibt allerdings keinen Anlaß, anzunehmen, daß es sich hier gerade um vom ‚Normalfall‘ abweichende Biographien handelt<sup>25</sup>. Wie verhalten sich die subjektiven Erfahrungen dieser Neulehrer zur historischen Überlieferung ihrer Rolle in der Gesellschaft?

Die interviewten Neulehrer kamen aus fast allen sozialen Milieus. In dieser sozialen Gruppe trafen sich das aufstiegswillige Arbeitermilieu und die abstiegsbedrohte Mittelschicht, wobei letztere deutlich überwiegt. Die ‚klassischen‘ Schichtgrenzen lassen sich jedoch nicht ohne weiteres ziehen. Gemeinsam ist den Herkunftsmilieus ein extrem krisenhaftes Erleben der Weimarer Republik, die Erfahrung von wirtschaftlichen Einbrüchen und Arbeitslosigkeit, soziale Ab- und Umstiege und eine dadurch verursachte Instabilität der Lebenslagen überwiegend vor, seltener nach 1933. Als weitere Gemeinsamkeit resultierte daraus, daß der ‚Bildungsbeflissenheit‘ (Bourdieu) dieser Milieus die mangelnden Realisierungschancen einer entsprechenden Bildungskarriere entgegenstanden. Im Gegensatz zu den Intentionen der Neulehrergewinnung handelte es sich dennoch weitgehend um die traditionellen ‚Rekrutierungsmilieus‘ für den Volksschullehrerberuf, der schon für frühere Phasen als Beruf beschrieben wird, „in dem das abstiegsbedrohte Kleinbürgertum Sicherheit zu gewinnen sucht“<sup>26</sup>. Diese soziale Zusammensetzung macht letztlich plausibel, weshalb das ‚Experiment‘ der Neulehrergewinnung die Schule nicht existentiell gefährdete, sondern relativ erfolgreich war. Nicht minder wichtig sind jedoch die subjektiven Deutungen der Interviewten, die fast ausnahmslos ihre Herkunft, wenn nicht aus dem ‚Arbeitermilieu‘, so doch aus ‚kleinen Verhältnissen‘ betonten, manchmal unter Rückgriff auf die

Großelterngeneration. Das erklärt sich daraus, daß ‚niedrige Herkunft‘ in der SBZ/DDR ‚symbolisches Kapital‘ und für die Chancenfindung in der neuen Gesellschaft von Vorteil war.

Mehr als die Interviewten oft selbst zugestehen wollten, war der Nationalsozialismus eine sie prägende Erfahrung. Überwiegend den Jahrgängen 1919 bis 1928 zugehörig, durchliefen sie das „Gesamterfassungssystem“ des Nazi-Regimes: HJ – RAD (Reichsarbeitsdienst) – Wehrmacht. Nur von den Älteren konnten sich einige der HJ entziehen (von denen bezeichnenderweise keiner die Oberschule bis zum Abitur besuchte), ansonsten gelang das nicht einmal Jugendlichen aus politisch-oppositionellen Elternhäusern. Je mehr die „Staatsjugend“ durchgesetzt wurde, desto häufiger hing höhere Schulbildung, vor allem die sogenannten „Freistellen“, auf die viele angewiesen waren, von der HJ-Mitgliedschaft ab. Bis zum Kriegsbeginn 1939 wurden die Bildungschancen für den größeren Teil der Interviewten nicht berührt. Für einige boten sich im Nationalsozialismus sogar erweiterte Möglichkeiten, z. B. durch die 1941 gegründeten Lehrerbildungsanstalten. Zum lebensgeschichtlichen Einschnitt wurde für die Interviewten der Zweite Weltkrieg. Durchgängig erfolgten nun durch Arbeitsdienst, Wehrdienst oder Kriegshilfsdienst vollständige Einbrüche der Bildungskarrieren. Abgebrochene Ausbildungen und Notabschlüsse schufen bereits die Basis für die spätere Identifikation mit dem Programm der Beseitigung von Bildungsbarrieren.

Das Ende der Nazi-Zeit bedeutete für die Interviewten den Zusammenbruch bisheriger Lebensplanung. Insofern war das Jahr 1945 eine „Stunde Null“. Nationalsozialismus und Krieg, Kriegsende und Gewalt der Besatzungsmacht sowie die Kriegsgefangenschaft bildeten in der Selbstdeutung einen unauflöselichen Erfahrungszusammenhang. Deshalb war die Identifikation mit dem Slogan „Nie wieder Krieg!“ für Neulehrer die zentrale Komponente des Antifaschismus. Antifaschistische Gesinnung wurde subjektiv als Ablehnung des Krieges und als Bereitschaft zum Wiederaufbau übersetzt.

Für die meisten Interviewten war die Möglichkeit der Fortsetzung begonnener Bildungs- und Berufswege zunächst nicht gegeben, zum Teil aufgrund ihrer politischen Vergangenheit, zum anderen mangels Ausbildungsinstitutionen. Viele waren gezwungen, Beschäftigungen zu wählen, die nicht ihrer Herkunftsorientierung entsprachen, sondern im Gegenteil eine drohende ‚Proletarisierung‘ bedeuteten, der die Betroffenen oft gerade zuvor erfolgreich entkommen waren. Einige waren rascher, andere erst nach vergeblicher Suche nach

25 Die Interviews wurden 1993/94 erhoben. Die Interviewtengruppe umfaßt ehemalige Neulehrer der Jahrgänge 1919–1929, die in der DDR geblieben sind und die zum Zeitpunkt des Interviews in Berlin und im Land Brandenburg lebten.

26 Wilfried Breyvogel, Soziale Lage und Berufsbewußtsein von Lehrern, in: Dieter Lenzen (Hrsg.), Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 308.

Alternativen kompromißfähig. Interviewte mit Bezug zum Lehrermilieu (LBA-Schüler oder Lehrerkinder) ergriffen relativ schnell die Chance der Neulehrertätigkeit. Andere ‚entdeckten‘ in ihrer Vorgeschichte (z. B. frühere Empfehlungen von Lehrern) oder aktuellen Situation (durch Hinweise von Eltern, Freunden oder Lehrern) ihre ‚Nähe‘ zum Lehrerberuf. Die Neulehrergewinnung war eine beispiellose Chance in der ‚Überlebensgesellschaft‘: Lehrer erhielten die Industriearbeiter-Lebensmittelkarte; Landlehrerstellen boten vergleichsweise hohe Versorgungssicherheit; formale Bildungsabschlüsse waren zweitrangig. Einerseits konnte relativ kurzfristig an die Orientierungen der Herkunftsfamilien angeknüpft werden, andererseits war für die Zukunft weitgehende Offenheit gegeben. Es ist wenig verwunderlich, daß entgegen den politischen Intentionen besonders Mittel- und Oberschüler die Neulehrertätigkeit suchten. In zeitgenössischer soziologischer Sicht war es gerade diese soziale Gruppe, die in einer perspektivlos scheinenden Situation offenbar am meisten Energie aufbrachte, an früheren Orientierungen festzuhalten<sup>27</sup>. Die häufige Deutung der ‚Nähe zum Lehrerberuf‘ erscheint wiederum als eine Konstruktion, die der Chancenfindung im angestrebten sozialen Feld diene.

Diejenigen, die sich endgültig für den Lehrerberuf entschieden, durchliefen, wenn auch nicht in Form einer herkömmlichen Berufskarriere, die Sozialisation in der Institution Schule und innerhalb der Lehrerberufskultur<sup>28</sup>. In berufsgeschichtlicher Perspektive stehen die Neulehrer deshalb auch für historische Kontinuitäten. Elemente von Diskontinuität waren sicherlich der Ausbildungsgang, das jugendliche Alter und eine um sozialpädagogische und politische Ansprüche erweiterte Lehrerrolle. Elemente von Kontinuität setzten sich in der unmittelbaren beruflichen Sozialisation und Ausbildung durch Altlehrer durch. In der Aus- und Weiterbildung, vor allem aber in der Schulpraxis kamen Arbeitshaltungen und Wertorientierungen der Berufskultur zum Ausdruck. Als traditionelle Formen der Limitierung des Berufszugangs wurden in der SBZ/DDR auch die staatlichen Lehrprüfungen beibehalten, von ihnen hing ab 1953 der Verbleib im Schuldienst ab. Weitere formale Qualifikationen waren in eigens eingerichteten Fernstudiengängen zu erwerben. In der biographischen

27 Vgl. Hilde Thurnwald, *Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Eine soziologische Untersuchung an 498 Familien*, Berlin 1947, S. 132 f.

28 Das ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb ein politikgeschichtlicher Ansatz zu kurz greift. Die Annahme etwa ‚Klarheit der Weltanschauung‘ sei ein ausreichender Qualifikationsausweis für Neulehrer gewesen (so Johannes Niermann, *Lehrer in der DDR*, Heidelberg 1973, S. 22) unterschätzt diesen Aspekt.

Selbstdeutung hat diese Lehrersozialisation einen dominanten Stellenwert. Das ‚professionelle Selbstbewußtsein‘ gründet sich dabei auf die subjektive Leistungsbereitschaft, wofür die biographische Konstruktion des ‚Selbsthelfers‘ steht. Diese Deutung wurde im übrigen wesentlich durch die künstlerischen Medien gestützt.

Schon Anfang der fünfziger Jahre differenzierten sich die ‚Karrieren‘ von Neulehrern. Ein Teil nahm durch staatliche Jugendförderung und SED-Kaderrekrutierung einen raschen Aufstieg in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens. Insbesondere wenn die Betroffenen tatsächlich aus dem Arbeitermilieu stammten oder bereits früh verantwortungsvolle Positionen besetzten, kam solchen ‚Aufstiegen‘ ein hoher Symbolwert zu. Darüber wurde jedoch oft vergessen, daß die Mehrzahl als Lehrer oder als Schulleiter im Schuldienst blieb und daß es auch ‚Abstiege‘ gab; Frauen, die Unterstufenlehrerinnen blieben, sind ein Beispiel dafür. Interessanterweise lautet die Deutung des eigenen Werdegangs in den verschiedenen ‚Gruppen‘ in etwa gleich: ‚Ich wurde gebraucht.‘ In dieser Konstruktion repräsentiert sich das diffizile Verhältnis von Selbst- und Fremdbestimmung im Karriereverlauf. Der einzelne hatte, so ein Interviewter, „nicht immer die Möglichkeit . . ., seine eigenen Ambitionen durchzusetzen“. Andererseits behauptet die Formel auch die Umkehrung: ‚Ohne mich ging nichts‘ und steht somit für das charakteristische Selbstbewußtsein der DDR-Aufbaugeneration.

---

## V. Die Neulehrer – ein erfahrungsgesättigtes Symbol

---

Der Neulehrerberuf war eine der Aufstiegsschleusen der DDR. Ehemalige Neulehrer fand man Ende der achtziger Jahren in allen Bereichen der DDR-Gesellschaft in leitenden Positionen; Neulehrer wurden nicht nur Schulleiter und Schulräte, sondern Wissenschaftler und Minister<sup>29</sup>. Solche ‚Karrieren‘ stehen bis heute für die soziale Mobilität dieser Gesellschaft. Insofern sind die Neulehrer für die DDR ein Schlüsselsymbol, wie es für die amerikanische Gesellschaft der ‚Tellerwäscher‘ ist, wenngleich mit dem eklatanten Unterschied, daß sie nicht Reichtum und Macht als Ziel des Auf-

29 Eine einschlägige Publikation verzeichnet 57 ehemalige Neulehrer der Jahrgänge 1919–1929, die in Wissenschaft, Kultur und Politik prominent wurden, unter ihnen sind Naturwissenschaftler, Schriftsteller, Sporttrainer, Diplomaten, Funktionäre aller Parteien und mehrere Minister. Vgl. Bernd-Rainer Barth u. a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch*, Frankfurt am Main 1995.

stiegs symbolisieren, sondern die Partizipation neuer Schichten an der Gestaltung der Gesellschaft, wie sie dem Konzept des Elitenaustauschs entsprach. Ein propagandistisches Symbol – ähnlich der politischen Symbolik – ist es dabei insofern, als Mobilitäts- und Partizipationschancen lediglich für *eine* DDR-Generation und auch nur teilweise tatsächlich gegeben waren<sup>30</sup>.

Das Symbol ‚Neulehrer‘ konnte sich aber nur deshalb voll entfalten, weil es Erfahrungen erfaßt, die über die Kategorie des ‚Aufstiegs‘ hinausreichen. Denjenigen, die diese Laufbahn wählten, gelang es, die gebotenen Möglichkeiten der Integration in die Nachkriegsgesellschaft und der sozialen Positionierung zu nutzen und damit ihre biographischen Eigeninteressen durchzusetzen. Diese Gruppe besaß, mit Bourdieu gesprochen, kein ‚ökonomisches Kapital‘, sondern suchte ihre Chancen in der Gesellschaft über ‚kulturelles‘ und Bil-

dungskapital zu finden. Unter Nutzung ‚symbolischen Kapitals‘ – der Deutung sozialer und politischer Erfahrungen – gelang es ihnen z. B., die in der SBZ/DDR herrschenden Barrieren des Herkunftsprinzips und des Loyalitätsprinzips zu überwinden. Die Umdeutung von Erfahrungen und Interessen erscheint deshalb selbst als eine zentrale kulturelle Strategie, um sich in der Gesellschaft zu behaupten.

Die Neulehrer sind ein Schlüsselsymbol für die Selbstdarstellung der DDR, aber darüber hinaus ein Schlüssel zum Verständnis der Gesellschaft. Sie stehen zum einen für die Legitimation des Gesellschaftssystems nach innen und nach außen, zum anderen für eine soziale Praxis, für Lebensverläufe und kulturelle Strategien in dieser Gesellschaft. Mit den ‚Neulehrern‘ werden deshalb immer zugleich DDR-Biographien thematisch. Daß es sich um ein erfahrungsgesättigtes Symbol handelt, erklärt seine ungleich größere Wirkkraft im Vergleich zur politischen Symbolik auch nach dem Ende der DDR.

30 Vgl. Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995.

## Die DDR und Palästina

Es gibt m. W. bis heute keine Untersuchung über die Beziehungen der DDR zu Palästina. Publikationen, die das Thema tangieren und die sich auf archivalische Forschungen stützen<sup>1</sup>, behandeln es entweder ausschließlich unter dem Aspekt der Beziehungen bzw. Nichtbeziehungen DDR-Israel oder in solchem Kontext wie „DDR-Staatsicherheit und terroristische Organisationen“. Insofern wird der Leser solcher Materialien Zeuge bemerkenswerter Schief lagen. Entweder wird ihm suggeriert, das Verhältnis DDR-Palästina reduziere sich sozusagen auf eine finstere Verschwörung zwischen Mielke und Arafat oder zwischen Stasi und „Schwarzem September“<sup>2</sup>. Oder es wird – und dies ist zumeist der Fall – moralisch argumentiert. Es sei zutiefst unmoralisch gewesen, wenn der ostdeutsche Staat so enge Beziehungen ausgerechnet zu jener Organisation entwickelt habe, die das Leben von Holocaust-Überlebenden nachhaltig bedrohe.

Das sich über vier Jahrzehnte zunächst sehr langsam entwickelnde Verhältnis zwischen DDR und der palästinensischen Befreiungsbewegung PLO

1 So in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv/SAPMO-BArch, in den Unterlagen der Gauck-Behörde und in den im Sommer 1990 vorübergehend zugänglichen Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR – jetzt Archiv des Bundesministeriums des Äußeren.

2 Vgl. Michael Wolffsohn, *Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*, München 1995. Was dort anklingt – der Versuch, eine antisemitische Kontinuität zwischen Drittem Reich und DDR zu konstruieren –, wird seither auch in anderen sich seriös gebenden Publikationen fortgesetzt. Das jüngste, eher abschreckende Beispiel liefert Hannes Stein, *Die DDR, das Dritte Reich und Israel*, in: *Die politische Meinung*, (1999) 357. Hier werden – übrigens ohne exakte Quellenangabe – alle möglichen älteren Zeitungsartikel zusammengeführt, um dann das Fazit ziehen zu können, die DDR habe mit ihrer Nahostpolitik „nahtlos“ da angeknüpft, „wo das Deutsche Reich aufgehört hatte“, wobei man „nicht den Großmufti“ (Hadj Amin al-Husseini) „unterstützte“, „sondern seinen Neffen“, womit Arafat gemeint ist. Der DDR wird beispielsweise eine Beteiligung an dem Mordanschlag auf den israelischen Botschafter in London (1982) unterstellt und die Unterweisung irakischer Militärs im Einsatz von Gift; kurz und gut, kein Unfug wird ausgelassen. Herr Stein steigert sich schließlich zu der Feststellung, die DDR habe die Nahostpolitik des Dritten Reiches „nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch überboten“. So kommt er am Ende zu der rhetorischen Frage: „Wünschte die SED-Führung ein Auschwitz am Mittelmeer?“ Die Antwort ist sozusagen vorgegeben: Offenkundig doch wohl ja.

unterlag den allgemeinen politischen Prämissen, die die DDR-Außenpolitik bestimmten:

1. Die Außenpolitik der DDR folgte immer (und nur manchmal sehr geringfügig abweichend) der Außenpolitik der Sowjetunion.

2. Sie war stets Mittel in der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat und hatte die wesentliche Funktion, die internationale Anerkennung der DDR zu erzielen. Bis Mitte/Ende der siebziger Jahre war eines ihrer Hauptziele der Kampf gegen die sogenannte Hallstein-Doktrin, die den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik postulierte. Vor diesem Hintergrund wird übrigens verständlich, daß sich Beziehungen zwischen Israel und der DDR auch deshalb lange ausschlossen, weil Israel spätestens mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 die Hallstein-Doktrin akzeptiert und damit auf normale Beziehungen zur DDR verzichtet hatte.

3. Die DDR verstand sich als antifaschistisch und antiimperialistisch. Internationalismus und internationale Solidarität waren zwar auch ein taktisches Vehikel, aber vor allem doch echtes ideologisches Anliegen.

Mitte der sechziger Jahre, interessanterweise zu etwa dem Zeitpunkt, da die Arabische Liga die PLO gründete, wurde die DDR-Politik im Nahen Osten aktiver. Die engeren Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel wurden von arabischen Staaten mit der Drohung des Abbruchs der Beziehungen zu Bonn und der Aufwertung der Beziehungen zu Ostberlin beantwortet. Die DDR unterhielt zu diesem Zeitpunkt zu einigen nahöstlichen Staaten konsularische Beziehungen und Handelsbeziehungen (Vereinigte Arabische Republik [VAR], Syrien und Irak). Sie hatte bei verschiedenen Gelegenheiten verbal und manchmal auch materiell ihre Solidarität mit arabischen Staaten bekundet (während des Suezkrieges von 1956 und der Libanonkrise von 1958 beispielsweise). In solchen Erklärungen war auch Palästina erwähnt worden, aber dies stets ausschließlich als ein Flüchtlingsproblem, das in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen gelöst werden müsse. Das sollte sich nun ändern. In einem Grußtelegramm des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht an die 2. arabische Gipfelkonferenz in Alexandria vom 5. September 1964 hieß es,



die DDR halte „eine Lösung des Palästina-Problems auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO für dringend erforderlich“ und sie sei „mit allen Arabern eins im Kampf gegen die Versuche des Imperialismus, die Palästinafrage zur Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten auszunutzen“<sup>3</sup>. Dieses Telegramm war die erste explizite Erklärung der DDR-Spitze zum Palästina-Problem.

Ulbricht besuchte im Frühjahr 1965 die VAR – es war sein erster Staatsbesuch außerhalb des Ostblocks. Im Abschlußkommuniqué der Gespräche mit Nasser hieß es, die DDR anerkenne „alle Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung. ... Beide Seiten verurteilen die aggressiven Pläne des Imperialismus, nach denen Israel als gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze geschaffen wurde, um seinen Zielen zu dienen.“<sup>4</sup> Ulbricht sagte in einem Interview mit der ägyptischen Zeitung „Akhbar el-Yom“ vom 21. März 1965 auf die Frage, warum man den arabischen Standpunkt in der Palästinafrage unterstütze, diese Haltung habe „nichts mit taktischen Winkelzügen oder pragmatischen Erwägungen zu tun. Ihr liegen die Prinzipien zugrunde, von denen sich unsere Außenpolitik leiten läßt: Der Kampf um die Erhaltung des Friedens und um die friedliche Koexistenz, der Kampf gegen den Imperialismus und für die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.“<sup>5</sup>

Die DDR-Medien dieser und der darauf folgenden Zeit enthielten jedoch weniger Aussagen zur Unterstützung der Palästinenser, sondern vor allem scharfe Anti-Israel-Töne. Der Schwerpunkt lag bei dem Bemühen, nachzuweisen, daß an anti-arabischen Aktionen Israels irgendwie die Bundesrepublik zumindest mitbeteiligt sei. Der Medienjubiläum in Westdeutschland anlässlich des israelischen Sieges im Sechstagekrieg von 1967 schien das zu bestätigen.

Seit 1964 hatte es Versuche sowohl der PLO als auch einzelner palästinensischer Organisationen (z. B. al-Fatah) gegeben, der DDR die eigene Position nahezubringen bzw. Beziehungen anzuknüpfen. Die DDR-Stellen reagierten auf solche Annäherungen höflich-reserviert<sup>6</sup>. Zu jener Zeit nahm die Sowjetunion eine sehr zurückhaltende

Position zur palästinensischen Widerstandsbewegung ein. Erinnert sei nur an das Wort des damaligen sowjetischen Außenministers Schepilow von den palästinensischen „Folklore-Guerrillas“. Die sowjetische Zeitschrift „Kommunist“ schrieb noch 1968, die PLO repräsentiere „die rückwärtsge wandtesten Elemente der palästinensischen Nationalbewegung, die durch die Chinesen für ihre eigenen Zwecke genährt werden“<sup>7</sup>.

Die DDR übernahm solche Wertungen zunächst nur partiell. Außerdem war sie nicht bereit, extremistische Positionen palästinensischer Gruppen („Israel ins Meer treiben“) zu akzeptieren. Es gehörte zu den unveränderlichen Maximen der SED-Politik, das Existenzrecht des Staates Israel nicht in Frage zu stellen, ungeachtet all der harschen und vielleicht auch überzogenen Darstellungen Israels und der israelischen Politik in Agitation und Propaganda. Eine Lösung des Palästina-Konflikts war für die DDR nur als politische Lösung vorstellbar.

Die Haltung zu den Palästinensern könnte man für die sechziger Jahre am besten mit dem Wort „zögerlich“ umschreiben. Die DDR-Diplomatie versuchte erst einmal, sich ein Bild zu verschaffen: Mit wem kann man eventuell zusammenarbeiten, mit wem sollte man es unter keinen Umständen? Wünsche palästinensischer Organisationen nach Unterstützung wurden in dieser Periode hinhalten beantwortet. Im November 1967 hatte das DDR-Außenministerium seine Vertretungen dahin gehend instruiert, keine Initiativen gegenüber palästinensischen Organisationen zu unternehmen. Bei „Unterstützungsersuchen“ solle auf die Solidarität der DDR gegenüber den arabischen Staaten verwiesen werden, die auch den Palästinensern zugute käme<sup>8</sup>. Kontakte zwischen PLO-Vertretern und DDR-Diplomaten in jener Zeit – vor allem in Kairo – ergaben sich stets auf palästinensische Initiative.

In dem Meinungsfindungsprozeß Mitte bis Ende der sechziger Jahre spielte das Verhältnis der SED zu den Bruderparteien im Nahen Osten eine wichtige Rolle als Quelle der Analyse und Information. Die Kommunisten – vor allem der KP Jordaniens – verfügten über gute informelle Kontakte zur palästinensischen Bewegung. Daß es zu jener Zeit in den Kommunistischen Parteien Israels, Jordaniens, Syriens und des Libanon harte innere Auseinandersetzungen bis hin zur Spaltung dieser Parteien gab, hat es für die DDR-Außenpolitiker allerdings nicht unbedingt einfacher gemacht.

3 Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982. Ausgewählt und eingeleitet von Wolfgang und Angelika Bator, Berlin 1984, S. 95.

4 Ebd., S. 98.

5 Ebd., S. 102.

6 Vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 270 ff.

7 Ebd., S. 269.

8 Vgl. SAPMO-B-Arch, DY 30/IV A2/20/859; A. Timm (Anm. 6), S. 272.

Während sich die SED und der Staat DDR offiziell zurückhielten, wurden erste Beziehungen zwischen gleichgearteten Organisationen geknüpft. Zu nennen ist das Rote Kreuz der DDR, das Kontakte zum Palästinensischen Roten Halbmond aufnahm. Vor allem aber der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR (FDGB) wurde aktiv. Er schloß am 25. Oktober 1969 eine Vereinbarung über Zusammenarbeit mit dem palästinensischen Gewerkschaftsbund PFTU ab. Darin wurden das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt und ihr Recht auf „allseitigen Befreiungskampf mit dem Ziel, einen demokratischen Staat auf dem Territorium Palästinas zu errichten, eines Staates, in dem alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Rasse miteinander leben“. Der FDGB wolle „alle Möglichkeiten“ prüfen, um den PFTU in der gewerkschaftlichen Arbeit zu unterstützen, wie z. B. durch Ausbildung und materielle Unterstützung<sup>9</sup>.

Kontakte zu den Palästinensern entwickelte auch die Freie Deutsche Jugend (FDJ), und zwar insbesondere über den Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) und den Internationalen Studentenbund (ISB). Dieser Kanal sollte für die künftigen Beziehungen von Bedeutung sein, hatte doch die erste Generation der palästinensischen Führung ihren politischen Kampf in den Studentenorganisationen begonnen. Beispielsweise nahm Yasser Arafat als Vertreter des palästinensischen Studentenbundes GUPS an ISB-Konferenzen teil. Erwähnt sei am Rande auch, daß Yahia Hammouda, der im Dezember 1967 Shukeiry als PLO-Vorsitzender nachfolgte, bevor er seinerseits im März 1969 von Arafat abgelöst wurde, in der DDR studiert hatte. (Erste Palästinenser nahmen bereits 1956 ein Studium in der DDR auf, zu jener Zeit wurden sie durchweg von der Arabischen Liga zum Studium delegiert.)

Ein Beispiel für die Vorsicht, mit der die DDR die Beziehungen zur PLO pflegte, möchte ich aus persönlicher Erfahrung aus meiner Zeit als stellvertretender Chefredakteur der DDR-Wochenzeitung „Wochenpost“ berichten. Diese schlug im Frühjahr 1969 vor, palästinensische Kinder aus Flüchtlingslagern in Jordanien zu einem Ferientaufenthalt in die DDR einzuladen. Für dieses Vorhaben benötigten wir sowohl logistische als auch politische Unterstützung. Es ergab sich eine enge Zusammenarbeit mit der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED. Die wichtige Frage war, wer angesichts fehlender offizieller Beziehungen vor Ort unser Partner sein sollte. Es kam zur Kooperation mit der Kommunistischen Partei Jordaniens, die ihrerseits eine Mas-

senorganisation als geeigneten Partner vorschlug, die Jordanische Frauenliga. Diese kooperierte für unsere Aktion mit dem palästinensischen Jerusalem-Komitee, an dessen Spitze wiederum mit Ibrahim Bakr ein Mitglied des PLO-Exekutivkomitees stand. Nach außen also gab es ein Zusammenwirken „nur“ mit einem Frauenverband in Jordanien, de facto arbeiteten wir an Ort und Stelle mit Vertretern des PLO-Exekutivkomitees zusammen. Damals bemühten sich mehrere palästinensische Gruppierungen, bei dieser Gelegenheit ebenfalls mit uns in Kontakt zu kommen, insbesondere die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (DPFLP, später DFLP) und die Volksfront (PFLP).

Warum war alles so kompliziert? Weshalb erfolgte der Kontakt verdeckt? Es war der typische Ausdruck der Art und Weise, wie in der DDR politisch vorgegangen wurde. Offizielle Beziehungen zur PLO waren abhängig von einem offiziellen Placet der obersten Führung. Solange dieses nicht erging, mußte taktiert werden. Noch aber befand man sich im Stadium des Abwägens.

Der Meinungsbildungsprozeß der DDR-Führung hinsichtlich Palästina kam offenbar erst im Frühjahr 1970 zu einem vorläufigen Abschluß. Den Zeitraum zwischen dem Frühsommer 1970 und dem Spätsommer 1973 würde ich als die wesentliche Phase der Herausbildung der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO bezeichnen. Am 28. April 1970 wurde vom SED-Politbüro ein „Maßnahmeplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur palästinensischen Widerstandsbewegung“ beschlossen<sup>10</sup>. Die Notwendigkeit für eine solche grundsätzliche Positionsbestimmung gegenüber den palästinensischen Organisationen ergab sich daraus, daß der Nahe Osten zu jener Zeit für die DDR-Außenpolitik an Bedeutung gewonnen hatte: Die arabischen Staaten übernahmen die Vorreiterrolle bei der internationalen Anerkennung der DDR.

Das Papier vom 28. April 1970 enthält eine Linie, die in den kommenden Jahren durchgängig von der DDR beibehalten worden ist. Es hieß darin unter anderem: „Nationalistische Konzeptionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staats Israel beinhalten, werden nicht unterstützt.“ Statt dessen sollten die DDR-Repräsentanten in den enger werdenden Beziehungen bei der palästinensischen Führung auf eine realistische Haltung hinwirken<sup>11</sup>. Außer-

<sup>10</sup> Vgl. A. Timm (Anm. 6), S. 277, zit. in: SAPMO 30/J IV 2/2/1281.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 278. Gespräche mit Arafat in den Jahren 1974 und 1975 „belegen Versuche der DDR, die PLO-Führung in genannter Richtung zu beeinflussen“.

<sup>9</sup> Vgl. W. u. A. Bator (Anm. 3), S. 179.

dem förderte die DDR „Versuche von Kommunisten und anderen Linken in Israel, mit PLO-Vertretern Kontakt aufzunehmen und einen Meinungsaustausch zu führen“.

Mit Blick auf die Ereignisse des Jahres 1970 möchte ich auf einen anderen Aspekt aufmerksam machen: Die DDR drückte sich in der Öffentlichkeitsarbeit stets dann um eine klare Position zur Palästina-Problematik herum, wenn es um Konflikte zwischen den Palästinensern und arabischen Regimen ging. Man konnte und wollte nicht arabische Regierungen verprellen, zu denen man Beziehungen auf hoher Ebene suchte, man konnte oder wollte aber auch nicht eine Befreiungsbewegung desavouieren. Also wählte man sehr oft die Flucht ins Schweigen<sup>12</sup> oder in unverbindliche allgemeine Erklärungen. Auch ich wurde in zwei Fällen gewissermaßen „Opfer“ dieser Taktik. Im September 1970 erlebte ich den „Schwarzen September“ in Amman mit und übermittelte Berichte von den Kämpfen an die Wochenpost-Redaktion in Berlin. Im Unterschied zu anderen Berichterstattern, die sich ganz auf die Flugzeugentführungen durch Palästinenser konzentrierten, schilderte ich auch die Rücksichtslosigkeit, mit der die jordanische Armee gegen die palästinensischen Flüchtlingslager vorging und beschrieb die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen um die richtige Taktik. Nach meiner Heimkehr mußte ich erfahren, daß meine Berichte nicht gedruckt worden waren – mit Rücksichtnahme auf Jordanien. Als ich im Herbst 1982 aus dem Nahen Osten unter anderem Augenzeugenberichte über das Massaker in Sabra und Shatila an die Redaktion schickte, wurden diese erst mal auf Eis gelegt – mit der Begründung, man wolle nicht von der bevorstehenden Nahostreise Honeckers ablenken!

Im Herbst 1970 gab es ein weithin unbemerktes, jedoch überaus wichtiges Ereignis für die Bezie-

12 Ein Beispiel findet sich in einer jetzt erschienenen Dokumentensammlung: Als 1978 bei der DDR-Filmgesellschaft DEFA über das Projekt eines Spielfilms über die Belagerung und Eroberung des Palästinenserlagers Tell es-Zaatar in Beirut durch die libanesischen Christenmilizen diskutiert wurde, riet die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED davon ab. Einmal könne man nicht einfach ausklammern, daß auch Syrien Schuld an dem Fall des Lagers trage. Außerdem stelle das vorgelegte Szenarium die Führer der Christenmilizen Gemayel und Chamoun als Hauptschuldige dar. Zu bedenken sei: „Diese politischen Repräsentanten der rechten libanesischen Kräfte werden auch künftig in der libanesischen Politik eine wichtige Rolle spielen. Im Hinblick auf die Beziehungen der DDR zur Republik Libanon wäre es politisch falsch, wenn wir als DDR diese Personen namentlich anklagen und ihre Rolle in der libanesischen Politik entlarven wollten.“ SAPMO DY30/IVB2/2.024/105 – zit. in: Henrik Eberle/Denise Wesenberg (Hrsg.), Einverständnis. E. H. – Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999, S. 210.

hungen zwischen der DDR und der PLO. Den Palästinensern wurde die De-facto-Einrichtung einer Vertretung in Berlin ermöglicht: Der PLO-Funktionär Imad Abdin (Abu Imad) wurde in der DDR als „Journalist“ akkreditiert, als „Korrespondent“ der Zeitung „al Fatah“, und er konnte eine Art Büro einrichten. (Natürlich war er alles andere als ein Journalist.)

Vom 30. Oktober bis zum 2. November 1971 besuchte dann Yasser Arafat auf Einladung des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees die DDR. In der Analyse der dabei geführten Gespräche durch die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED wurde bei Arafat eine „Annäherung an einen realistischen Standpunkt in der Beurteilung des Staates Israel“ registriert. Ein weiterer Wandel werde sich nur schrittweise vollziehen. Als Schlußfolgerung nannte die Analyse die Forderung, sich stärker auf „die durch wachsenden Realismus gekennzeichneten Teile“ in der palästinensischen Bewegung zu orientieren. Dagegen solle „jede Möglichkeit einer Identifizierung der DDR mit nationalistisch-extremistischen Forderungen bzw. terroristischen Methoden vermieden werden“<sup>13</sup>.

Die sich anbahnenden Beziehungen und die politische Linie der DDR sollten sehr schnell auf eine harte Probe gestellt werden. Am 4. September 1972 überfiel ein palästinensisches Kommando die israelische Olympiamannschaft in München. Für die Öffentlichkeitsarbeit der DDR ergab sich eine schwierige Situation: Sie mußte sich vom Terroranschlag distanzieren, ohne die dadurch in Gang gesetzte antipalästinensische Kampagne zu unterstützen. Also hieß es: „Offizielle Kreise der Deutschen Demokratischen Republik verurteilen dieses verabscheuungswürdige Verbrechen auf das allerschärfste. Die DDR lehnt den Terror als Mittel zur Erreichung politischer Ziele entschieden ab. Solche terroristischen Aktionen fügen auch der Olympischen Bewegung schweren Schaden zu.“ Und: „Mit ihrer Untat haben die Terroristen nicht zuletzt den mit uns freundschaftlich verbundenen arabischen Staaten schweren Schaden zugefügt.“<sup>14</sup>

In der Bundesrepublik wurde der Anschlag von München zum Ausgangspunkt zahlreicher Aktionen gegen Palästinenser. Zwischen dem 8. und 24. September 1972 wurde ca. 1 500 Palästinensern die Einreise in die Bundesrepublik verweigert. Ab 16. September gab es Polizeiaktionen in der Bundesrepublik und in Westberlin gegen Palästinenser; am 4. Oktober wurden der Studentenverband

13 SAPMO DY 30/IV A2/20/859, vgl. A. Timm (Anm. 6), S. 274 f.

14 Neues Deutschland vom 6. 9. 1972.

GUPS und die Gewerkschaft GUPA verboten. Am 21. September 1972 teilte die bundesrepublikanische Presse mit, es seien acht Araber am Grenzübergang Waltersdorfer Chaussee in Westberlin zurückgewiesen worden. Am folgenden Tag gab es Berichte über Razzien gegen Palästinenser und am 28. September über Abschiebungen. Die DDR-Medien sprachen von „Willkürakten gegen arabische Bürger“ und einer „Welle allgemeiner Araberfeindlichkeit“. „Natürlich billigt die DDR nicht die Terroraktionen einiger Elemente, die unter anderem zu den jüngsten tragischen Ereignissen in München führten,“ hieß es. Doch das Vorgehen bedeute „Willkürakte“, und diese seien „eindeutig gegen das friedliche Zusammenleben der Staaten und gegen die Völkerverständigung gerichtet“<sup>15</sup>.

Kurz darauf erfuhr man durch einen Artikel in der außenpolitischen Wochenzeitung „Horizont“ quasi nebenbei dies: „Aus der BRD ausgewiesene Studenten erhalten die Gelegenheit, ihr Studium in der DDR weiterzuführen.“<sup>16</sup> Dieser lakonischen Mitteilung war ein für DDR-Verhältnisse erstaunlich unbürokratischer Prozeß vorausgegangen. Bei den am 21. September und an den folgenden Tagen am Westberliner Grenzübergang zurückgewiesenen Palästinensern handelte es sich um Studenten u. a. von Hochschulen in Hamburg, die zum Ende der Semesterferien zum Studium zurückkehren wollten. Nach der Zurückweisung „strandeten“ sie erst einmal im Transitraum des Flughafens Schönefeld. Hier gelang es ihnen, durch private Vermittlung mit dem Berliner Repräsentanten von Arafats Fatah-Organisation, Imad Abdin, Kontakt aufzunehmen. Dieser beschaffte mit Hilfe der irakischen Botschaft zunächst provisorische Aufenthaltserlaubnisse für die DDR. Dann wurde sehr schnell an höchster Stelle entschieden, den aus Westdeutschland ausgesperrten palästinensischen Studenten den Abschluß ihres Studiums in der DDR zu ermöglichen. „Horizont“ teilte im Januar 1973 mit: „Palästinensische Studenten in der DDR eingetroffen.“ Dazu gab es ein Interview mit einem dieser Studenten. Die Aufnahme, hieß es, „widerspiegelt die antiimperialistische Haltung der DDR und entspricht dem Wesen unserer Außenpolitik, den arabischen Völkern in ihrem Kampf gegen den israelischen Aggressor im Rahmen des Möglichen jede Unterstützung zu gewähren“<sup>17</sup>. Ich halte es durchaus für bemerkenswert, daß die Aufnahme der Studenten ohne das in der DDR bei einem solchen

Anlaß eigentlich zu erwartende Agitationsgetöse erfolgte.

In Westdeutschland stieß die Aktion der DDR auf heftige Kritik. In einer Untersuchung heißt es: „Als die DDR ihre Solidarität mit den ausgewiesenen Studenten bekundete und ihnen Studienplätze und Stipendien beschaffte, stellten (einige BRD Zeitungen) nicht nur die Friedfertigkeit der Palästinenser, sondern auch die der DDR in Frage.“<sup>18</sup> So fragte die Zeitung „Die Welt“ beispielsweise am 5. April 1973, ob dies nicht sogar ein Verstoß gegen den Grundlagenvertrag sei.

Die Reaktion der DDR auf München und die Überzeugung, es werde möglich sein, die realistischen Kräfte in der PLO zu stärken, führten gerade in jenen Tagen zu den entscheidenden Schritten für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Als Ende Juni 1973 das SED-Politbüro-Mitglied Grüneberg in Beirut weilte, kam es zu den entscheidenden Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen DDR und PLO, die bis zum Ende der DDR Bestand haben sollten. In dem Kommuniqué über die Gespräche hieß es: „Die SED bekräftigte, daß sie auch in Zukunft die Palästinensische Befreiungsorganisation in ihrem gerechten Kampf für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aktiv unterstützen wird.“<sup>19</sup> So wurde der PLO unter anderem die Möglichkeit gegeben, „ein Büro in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu eröffnen“<sup>20</sup>. Arafat nahm kurz danach an den Weltjugendfestspielen teil, die in Berlin vom 28. Juli bis 3. August 1973 stattfanden. In seiner Anwesenheit sah man übrigens auch eine gewisse „Vorbeugung“ gegen einen möglichen Terroranschlag während des Festivals<sup>21</sup>.

Arafats Berlin-Besuch hatte noch andere bemerkenswerte Aspekte. Am 4. August empfing ihn Honecker zum ersten Mal im Haus des ZK der SED – es sollten zahlreiche Begegnungen in den kommenden Jahren folgen. Am gleichen Tag kam es bei einem Empfang Honeckers in Schloß Niederschönhausen erstmals zu einer offenen und offiziellen Begegnung zwischen Arafat und einer jüdischen Bürgerin Israels, der Anwältin Felicia Langer<sup>22</sup>. In Israel galt ein Treffen mit PLO-Vertretern als Straftatbestand. Dieses Treffen lag genau auf der oben skizzierten politischen Linie der DDR. Sodann wurde am 2. August 1973 in Berlin von Arafat und Grüneberg die Vereinba-

15 Ebd. vom 29. 9. 1972.

16 Horizont vom 4. Oktober 1972. Autor des Artikels war Wolfgang Schübler, Sektorenleiter in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED.

17 Horizont vom 5. Januar 1974.

18 Hakam Abdelhadi/Mahmud El-Labadi/Norman Paech/Birgit A. Sommer/Hans Weingartz, BRD, Israel und die Palästinenser, Köln 1973, S. 154.

19 W. u. A. Bator (Anm. 3), S. 242.

20 Ebd., S. 245.

21 Vgl. A. Timm (Anm. 6), S. 275.

22 Vgl. ebd., S. 265.

zung über die weitere Zusammenarbeit unterzeichnet<sup>23</sup>. Sie enthielt u. a. die Verpflichtung der DDR zur „Lieferung von Ausrüstungen des nichtzivilen Bereichs“, also militärischen Gütern.

Diese neue Qualität der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO ist in der Bundesrepublik merkwürdigerweise mit einer kleinen Verzögerung wahrgenommen worden. Erst am 15. August 1973 meldete die Presse einen Protest des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, der vom „größten Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte“ sprach. In diesem Zusammenhang wurde von westdeutschen Medien eine „Arabische Informationsagentur“ zitiert: Moskau habe die DDR als „Durchgangsstation für die Unterstützung der Guerrillas vorgesehen, um künftig für sich selbst diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, die sich aus einer direkten Hilfeleistung der Sowjetunion ergeben könnten“<sup>24</sup>. Galinski wurde nach eigenen Aussagen bei den Vertretern der Westalliierten in Berlin vorstellig und verlangte deren Vorgehen gegen das PLO-Büro<sup>25</sup>.

Die offizielle Eröffnung des Büros der PLO in der Hauptstadt der DDR erfolgte im März 1974<sup>26</sup>. Es hatte nicht den Status einer diplomatischen Vertretung, es war – wie die Büros der afrikanischen Befreiungsbewegungen SWAPO oder FRELIMO – beim Solidaritätskomitee akkreditiert. Welches Gewicht die PLO dieser Vertretung beimaß, zeigte sich auch daran, daß mit Nabil Quleilat der Vizepräsident des Studentenverbandes GUPS zu ihrem ersten Leiter ernannt wurde. Der Oktoberkrieg von 1973 war gerade beendet, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte in seiner Resolution 338 zum Frieden im Nahen Osten aufgerufen, die arabische Gipfelkonferenz in Algier vom 28. November 1973 hatte die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt, und in der Vollversammlung der Vereinten Nationen stimmten am 7. Dezember 1973 87 Staaten für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung und Rückkehr in die Heimat. Ein Jahr später, am 13. November 1974, hielt Arafat dann seine berühmte Rede vor der UNO-Vollversammlung, und Erich Honecker gratulierte ihm mit einem Telegramm. Bemerkenswert war dabei die Anrede: „Werter Genosse Yasser Arafat!“<sup>27</sup>. Ab 1974 entwickelte sich eine zunehmend enger

werdende Zusammenarbeit zwischen der DDR und der PLO auf den verschiedensten Feldern.

In der westlichen Öffentlichkeit konzentrierte man sich auf die Kooperation im – wie es im DDR-Sprachgebrauch hieß – „nichtzivilen Bereich“, und dies mit dem Hinweis auf die besondere deutsche Verantwortung gegenüber Israel nach dem Holocaust. Ich bin nicht in der Lage, auf Umfang und Einzelheiten dieser Zusammenarbeit einzugehen. Aber die „Enthüllungen“ darüber, die nach 1990 durch die Medien gingen, hatten durchaus keinen Neuigkeitswert. Die israelische Armee erbeutete im Sommer 1982 beim Vormarsch auf Beirut eine größere Anzahl von Dokumenten über die militärische Kooperation (so u. a. Protokolle der Gespräche von Abu Jihad mit DDR-Verteidigungsminister Hoffmann im November 1981<sup>28</sup>) und veröffentlichte sie 1983 in einem Buch. Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit war die Ausbildung von militärischen Spezialisten und insbesondere militärischen Führungskräften in der DDR (u. a. an Offiziershochschulen). Für diese Kooperation gab es im PLO-Büro bzw. der späteren palästinensischen Botschaft einen Militärattaché. Es gehörte zum Selbstverständnis der DDR, daß man jedweden Terrorismus ablehnte, daß aber bewaffneter Befreiungskampf als legitim betrachtet wurde. Hinsichtlich Palästinas betonte man die Unmöglichkeit einer militärischen und die Notwendigkeit einer politischen Lösung, aber auch das legitime Recht der Palästinenser auf Selbstverteidigung. In diesem Kontext gab es also keine Vorbehalte gegen ein militärisches Zusammenwirken mit der PLO.

Hinsichtlich des Umfangs waren die Beziehungen auf anderen Feldern bedeutender. Die DDR leistete eine umfangreiche humanitäre Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge, vor allem im Libanon. Archivunterlagen zufolge betrug der Gesamtumfang dieser Hilfe gemäß Vereinbarungen mit dem SED-Politbüro in den Jahren 1973 und 1974 je eine Million Mark, 1976 und 1977 je fünf Millionen sowie 1978 und 1979 jeweils vier Millionen Mark<sup>29</sup>. In den folgenden Jahren dürfte der Umfang ähnlich gewesen sein. Zu den Hilfeleistungen der DDR gehörte u. a. die Ausrüstung des palästinensischen Krankenhauses in Beirut – das Gaza-Hospital in Sabra/Shatila –, das 1982 von den „christlichen“ Milizen zerstört wurde.

Aus der DDR erhielt die 1970 gegründete PLO-Wirtschaftsorganisation SAMED Ausrüstungen (z. B. Nähmaschinen) für die SAMED-Werkstätten. Das erlaubte es zahlreichen palästinensischen

23 Vgl. den Wortlaut bei A. Timm, ebd., S. 545.

24 Die Welt vom 15. 8. 1973.

25 Interview mit Galinski, in: Neue Ruhrzeitung vom 25. 9. 1973.

26 PLO-Büros in anderen sozialistischen Staaten: 1975 in Polen, Ungarn und der CSSR, 1976 in der UdSSR.

27 Neues Deutschland vom 25. 11. 1974.

28 Vgl. Wafa 255/81; vgl. auch A. Timm (Anm. 6), S. 277.

29 Vgl. A. Timm, ebd., S. 278.

Flüchtlingsfamilien im Libanon, sich selbst einen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit erwuchs ab 1975 die regelmäßige Teilnahme von SAMED an der Leipziger Messe. In der Logik dieser Kooperation lag es dann auch, daß der Chef der SAMED, Abu Ala (Ahmed Orei), der heutige Präsident des palästinensischen Legislativrats, zum Vorsitzenden einer neu gegründeten Freundschaftsgesellschaft Palästina-DDR berufen wurde.

Unbedingt zu nennen ist die Ausbildung palästinensischer Studenten in der DDR. Insgesamt wurden in jedem Jahr mehr als hundert Palästinenser in der DDR immatrikuliert, davon jeweils 35 für eine Hochschulausbildung, zehn bis 15 für eine Fachausbildung bzw. Fortbildung an Hochschulen und 45 für eine Berufsausbildung. Alljährlich wurde zwischen der DDR und der PLO ein Kulturabkommen vereinbart. Es wurden Stipendien an palästinensische Künstler vergeben und Zeugnisse palästinensischer Kultur in der DDR gezeigt, beginnend 1978 mit einer beeindruckenden Ausstellung palästinensischer Volkskunst im Islamischen Museum in Berlin<sup>30</sup>. Es gab palästinensische Filmwochen in der DDR und – zunächst zögerlich – die Veröffentlichung palästinensischer Literatur.

Schwerer in Daten zu belegen sind die politischen Aktivitäten der DDR, die über Jahrzehnte hinweg den eingangs skizzierten Grundsätzen folgten. Die DDR war keine Großmacht, sie hatte keine Großmachtambitionen, aber ihre Führung hatte das Gefühl, daß die besonderen Beziehungen und ein schrittweise erworbenes Vertrauenspotential sie in den Stand setzten, gute Dienste als Vermittler zu leisten. Das betraf auch die innerpalästinensische Szene. Die PLO-Führung wurde „protokollgemäß“ sozusagen von Staats wegen empfangen. Aber es gab gleichermaßen Beziehungen zu Teilorganisationen, insbesondere zur Volksfront (PFLP) und zur Demokratischen Front (DFLP). George Habbash und Nayef Hawatmeh weilten des öfteren als Gäste des Solidaritätskomitees in der DDR. Auch die Mitglieder von PFLP und DFLP kamen in den Genuß von Solidaritätsleistungen, insbesondere Studienplätzen. Es entsprach durchaus politischer Grundhaltung wie auch einem gewissen Harmoniebedürfnis, wenn die DDR-Vertreter bei Diskussionen sich immer wieder für die palästinensische Einheit unter dem Dach der PLO stark machten und versuchten, zwischen den palästinensischen Gruppierungen zu vermitteln. Die DDR engagierte sich naturgemäß auch stark für die gleichberechtigte

Mitarbeit der im Februar 1982 gegründeten Palästinensischen Kommunistischen Partei in der PLO.

Wer die Chronik der Palästina-Frage in den achtziger Jahren etwas genauer betrachtet, wird bemerken, daß Arafat oftmals unmittelbar vor oder nach politischen Wendepunkten nach Berlin reiste. Es bildete sich fast die Gewohnheit heraus, einschneidende politische Schritte mit der SED-Führung zu debattieren. Nicht, daß die DDR sozusagen zum Promoter der Palästina-Politik geworden wäre. Aber ihr Rat war gefragt, zumal die DDR international stets ihr Gewicht zugunsten der Palästinenser in die Waagschale warf. Das mag im nachhinein etwas merkwürdig erscheinen: die DDR als der große Weise, wo sie doch offensichtlich nicht einmal in der Lage war, das eigene Haus in Ordnung zu halten?

Die Details der folgenden Jahre, all die Treffen und Konferenzen<sup>31</sup> sollen hier nicht aufgeführt werden. Es sei nur erwähnt, daß das PLO-Büro in Berlin 1980 diplomatischen Status erhielt, und zwar auf der Ebene einer Ständigen Vertretung. Der zumindest optischen Aufwertung der Haltung zur PLO diente am 16. Juni 1981 die Gründung des Freundschaftskomitees DDR-Palästina, sozusagen als Partnerorganisation zur Freundschaftsgesellschaft Palästina-DDR. Diese Gründung erfolgte im Rahmen der Liga für Völkerfreundschaft der DDR, deren Präsident berief Werner Kirchhoff zum Präsidenten des Komitees<sup>32</sup>. Kirchhoff war hauptamtlich Vizepräsident des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, eine zumindest laut Protokoll wichtige Position, so daß seine Berufung auch die Bedeutung des Palästina-Komitees unterstreichen konnte.

31 Eine sehr unvollständige Aufstellung: Vom 5. bis 7. 6. 1978 besuchte Arafat zur Woche der Solidarität Berlin; 13. 3. 1980 – Paraphierung des Kulturabkommens DDR – PLO (vgl. W. u. A. Bator [Anm. 3], S. 353); vom 6. bis 23. 6. 1980 – Ausstellung Palästinensische Malerei am Fernsehturm in Berlin; 8. 9. 1980 – Besuch von Faruk Kaddoumi in der DDR (vgl. ebd., S. 367); 29. 12. 1980 – Arafat bei Honecker (vgl. ebd., S. 375); Juni 1981 – Filmtage der Solidarität mit dem palästinensischen Volk; 9. 7. 1981 – offizielle Mitteilung über einen Besuch von George Habbash in der DDR (vgl. ebd., S. 387); 17. 11. 1981 – Besuch von Abu Jihad bei Verteidigungsminister Hoffmann; 23. 11. 1981 – Delegation des PNC unter Khaled Fahoum in Berlin; 1982 – Leipziger Frühjahrsmesse Unterzeichnung des ersten Handelsabkommens DDR-PLO; vom 9. bis 10. 3. 1982 Arafat in Berlin, PLO-Vertretung erhält von DDR Status einer Botschaft; 17. 10. 1982 – Treffen Honecker – Arafat in Kuwait (das Kommuniqué ebd., S. 418); vom 3. bis 6. 6. 1983 – Ausstellung Kalligraphie von Michel Najjar in Berlin; Juni 84 – Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen SED und PKP (vgl. A. Timm [Anm. 6], S. 280); 6. 10. 1984 – Arafat in Berlin; 30. 8. 1985 – Abu Jihad bei Hoffmann; 18. 4. 1986 – Arafat in der DDR, dabei Treffen mit Gorbatschow; 15. 8. 1988 – Treffen Arafats mit Honecker. 32 Vgl. Neues Deutschland vom 19. 6. 1981.

30 Veranstaltet vom Solidaritätskomitee der DDR und dem Ministerium für Kultur vom 5. 6. bis 20. 8. 1978.

Das Freundschaftskomitee DDR-Palästina ordnete sich in der Liga für Völkerfreundschaft in eine ganze Anzahl von Freundschaftsgesellschaften und -komitees ein<sup>33</sup>. Das Komitee setzte sich vornehmlich aus Vertretern jener Organisationen zusammen, die in irgendeiner Weise mit palästinensischen Institutionen zusammenarbeiteten. So gehörten ihm Beauftragte des Gewerkschaftsbundes FDGB an, der Freien Deutschen Jugend, des Frauenverbandes, des Journalistenverbandes, des Solidaritätskomitees etc. Vertreten waren auch das Außen- und das Kulturministerium. Außerdem gab es einige wenige „Einzelmitglieder“, Menschen, die sich in dieser oder jener Weise in der DDR für Palästina engagierten: Journalisten, Filmleute und Schriftsteller. Das Komitee traf sich regelmäßig, aber in sehr großen Abständen. Eine Koordination der verschiedenen Aktivitäten erfolgte naturgemäß nicht hier, sondern durch den SED-Parteiparat. So beschränkte man sich im Komitee darauf, sich gegenseitig über Aktionen zu informieren. Und es ergab sich die Möglichkeit einer Debatte politischer Analysen der Palästina-politik.

Am 15. November 1988 wurde der Staat „Palästina“ proklamiert, und am 18. November wurde er von der DDR anerkannt. Am 16. Januar 1989 erfolgte die formelle Umbenennung des PLO-Büros in Berlin in Botschaft des Staates Palästina. Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der DDR war auch Yasser Arafat angereist, er wurde sozusagen Augenzeuge des Untergangs der DDR. Am 6. Oktober erhielt er von Honecker den Großen Stern der Völkerfreundschaft. Es war der gleiche Orden, den Honecker genau ein Jahr zuvor, am 17. Oktober 1988, an Edgar Bronfman, den Präsidenten des World Jewish Congress, überreicht hatte.

Mitten in der Umbruchzeit sahen die Freunde Palästinas in der DDR ihre Chance, aus dem engen Korsett des Freundschaftskomitees auszubrechen. Am 10. März 1990, acht Tage vor der ersten freien Wahl in der DDR, wurde die Vereinigung der Freunde Palästinas gegründet als eine DDR-weite Organisation. Sie hielt es für wichtig, in die sich abzeichnende deutsche Vereinigung die

entwickelten Beziehungen der DDR zu den Palästinensern einzubringen. In Westdeutschland verfügte die PLO über die „Informationsstelle Palästina“ als eingetragenen Verein und einen beim Büro der Arabischen Liga akkreditierten PLO-Vertreter. Die DDR hingegen unterhielt volle diplomatische Beziehungen zu Palästina. Wir wandten uns also an die Regierung de Maizière und an die Fraktionen der am 18. März 1990 neu gewählten Volkskammer der DDR und legten dar, daß es vernünftig und notwendig wäre, die Beziehungen zu und die Hilfeleistungen für die Palästinenser fortzusetzen. Wir regten an, die Haltung der DDR zum Palästina-Problem, zu diplomatischen Beziehungen eines vereinigten Deutschland zu Palästina und zur Fortsetzung von Solidaritätsaktivitäten mit den Palästinensern zum Gegenstand einer aktuellen Fragestunde in der Volkskammer zu machen.

Außenminister Markus Meckel antwortete am 19. Juli 1990. Er verwies darauf, daß „erst kürzlich beim amtierenden Staatsoberhaupt der DDR ein neuer palästinensischer Botschafter akkreditiert wurde“<sup>34</sup>. Er fügte hinzu: „Wir sind entschlossen, diese Beziehungen zum palästinensischen Volk in den Vereinigungsprozeß einzubringen.“ Schließlich hieß es in dem Schreiben: „Unsere Solidarität mit dem Volk von Palästina beweisen wir auch durch die Weiterführung der Ausbildung palästinensischer Studenten. Für das in Kürze beginnende Studienjahr 1990/91 wurden erneut Plätze angeboten. Hilfssendungen für die Palästinenser in den besetzten Gebieten sollten meines Erachtens ebenfalls fortgesetzt werden. Entsprechende Aktivitäten politischer Kräfte zur Unterstützung dieses Anliegens werden begrüßt.“

Zweieinhalb Monate später existierte die DDR nicht mehr. Im deutschen Vereinigungsprozeß hatten die Politiker wichtigere Ziele im Auge als Palästina. Erst drei Jahre später, nach dem Oslo-Abkommen im Herbst 1993, wurde Arafat offiziell in Bonn empfangen und wurden erste Schritte in Richtung auf engere Beziehungen und eine Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Palästina unternommen.

33 So gab es zur damaligen Zeit für den arabischen Raum neben der Deutsch-Arabischen Gesellschaft solche Gesellschaften bzw. Komitees u. a. für Ägypten, Syrien, Jordanien, Irak und Algerien.

34 Der palästinensische Botschafter in der DDR, Issam Kamel, war nach außerordentlich langer Tätigkeit in der DDR – seit 1979 – Anfang 1990 formell abberufen worden. Ihm folgte als Botschafter Daoud Barakat, der zuvor die PLO u. a. bei der UNO in Genf und in Wien vertreten hatte.

### **Karl Wilhelm Fricke: Fluchthilfe als Widerstand im Kalten Krieg. Anmerkungen zu einem ungeschriebenen Kapitel DDR-Widerstandsgeschichte**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/99, S. 3–10

Solange in der DDR ein legales Verlassen des ungeliebten Staates erschwert oder unterbunden war, wurde das „illegale“ Verlassen als „Republikflucht“ diskriminiert und kriminalisiert. Je riskanter eine Republikflucht wurde, zumal infolge der Sperrmaßnahmen nach dem 13. August 1961, desto näher lag der Gedanke an organisierte Fluchthilfe. Sie entwickelte sich nach dem Bau der Berliner Mauer zu einer durchaus legitimen Form politischen Widerstands. Die gewerbsmäßige Fluchthilfe, die jenseits politischer Motivation lediglich vom Kalkül des Geldes bestimmt war, kann dagegen nicht dem Widerstand zugerechnet werden, auch wenn sich ihr Handeln „objektiv“ gegen die politischen Interessen der Diktatur der SED gerichtet hat.

### **Hubertus Knabe: Der lange Arm der SED. Einflußnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/99, S. 11–17

Regierungskritische Proteste in der alten Bundesrepublik besaßen unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes im Kalkül der kommunistischen Führung in Ostdeutschland teilweise einen erheblichen Stellenwert. Unterlagen aus den ehemaligen Herrschaftsapparaten der DDR zeigen, daß sie mit beträchtlichem Aufwand gefördert und beeinflußt wurden, wenn sie sich mit den politischen Ambitionen der SED-Führung deckten oder diesen nützlich sein konnten. Der Beitrag untersucht derartige Einflußnahmen am Beispiel der Studentenbewegung der sechziger und der Friedensbewegung der achtziger Jahre. Deutlich wird dabei, wie sich die Anleitungstrukturen des Parteiapparates und die des Staatssicherheitsdienstes gegenseitig ergänzten. Obgleich die genannten Bewegungen keineswegs mit der SED kongruente Ziele verfolgten und ihre Träger ein breites politisches Spektrum repräsentierten, gelang es den mit der DDR verbundenen Kadern, in wichtigen organisatorischen Zentren Fuß zu fassen und dadurch auf die Gesamtbewegung Einfluß auszuüben.

### **Christian Bergmann: Totalitarismus und Sprache**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/99, S. 18–24

Das zu Ende gehende Jahrhundert ist gekennzeichnet durch das Entstehen und Erstarken sowie das Zusammenbrechen totalitärer Ein-Parteien-Systeme. Besonders der Osten Deutschlands, wo die nationalsozialistische unmittelbar von der kommunistischen Diktatur abgelöst wurde, war von diesen Prozessen nachhaltig betroffen. Die Einstellung des Totalitarismus zum Menschen zeigt dessen Verdinglichung in der Sprache. Daß diese als Instrument der Manipulation diene, wird vor allem bei einer Auseinandersetzung mit den Wortbedeutungen deutlich. Doch dürfen NS- und SED-Sprache nicht einander gleichgesetzt werden; in ihnen stehen sich Pathetik und Pseudowissenschaftlichkeit als gegensätzliche Ausdruckskräfte gegenüber. Ihre Aufarbeitung ist ein aktuelles Erfordernis der sprach- wie der zeitgeschichtlichen Forschung.

### **Petra Gruner: Die Neulehrer: Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/99, S. 25–31

Die erfolgreiche symbolische Vermittlung der Gründungsphase der DDR hat langlebige Identifikationsmuster erzeugt, die bis heute Bestand haben. Ein solcher Vorgang war der Austausch des Lehrpersonals und der Einsatz von Neulehrern in den Schulen der SBZ/DDR. Es handelte sich um einen Schlüsselprozeß nicht nur der politischen Entwicklung in der DDR, sondern auch soziokultureller und mentalitätsgeschichtlicher Entwicklungen und Prägungen. Mit den Neulehrern verbanden sich programmatische Ziele der Gesellschaft. Die Erneuerung der Lehrerschaft stand unter dem Zeichen des Antifaschismus und der sozialen Umschichtung, der ‚Brechung des Bildungsprivilegs‘. Die Neulehrer waren daher stets ein Legitimationssymbol der DDR. Die anhaltende Wirkkraft des Symbols ‚Neulehrer‘ läßt sich gerade darauf zurückführen, daß es durch biographische Erfahrungen untermauert ist.

### **Klaus Polkehn: Die DDR und Palästina**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/99, S. 32–39

Die Außenpolitik der DDR folgte weitgehend der der Sowjetunion. Und sie war stets Mittel der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat. Diesen Prämissen ordnete sich auch die Entwicklung von Beziehungen zur palästinensischen Bewegung und zur PLO unter. Nach langem Zögern kam es nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 zu ersten losen Kontakten zwischen beiden Seiten. Ab 1970 wurde durch die DDR-Führung die Entwicklung von Beziehungen zielstrebtiger angegangen. Dabei legte die DDR einige Prinzipien fest, an die sie sich stets hielt: grundsätzliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat, keine Infragestellung des Existenzrechts Israels, umfassende Unterstützung der Palästinenser – natürlich im Rahmen der Möglichkeiten der DDR – und Einwirken der DDR auf die palästinensische Führung im Sinne realistischer Positionen. Ab Mitte 1973 entwickelte sich eine immer enger werdende Kooperation zwischen der DDR und der PLO.